

An aerial photograph of a historic city square, likely in Seville, Spain. The square is filled with mature green trees and a grid of paved paths. In the background, a large, light-colored stone cathedral with multiple arches and a tiled roof dominates the scene. Surrounding the square are various historic buildings with colorful facades and tiled roofs. The image is used as a background for the book cover.

BEITRÄGE ZUR
STÄDTEBAULICHEN
DENKMALPFLEGE

KLIMASENSIBEL WEITERBAUEN –

Historische Städte und Quartiere
an den Klimawandel anpassen

Herausgeber*innen

Hannah Keuser
Marcus Lumma
Walter Ollenik
Christa Reicher

BEITRÄGE ZUR
STÄDTEBAULICHEN
DENKMALPFLEGE

KLIMASENSIBEL WEITERBAUEN –

Historische Städte und Quartiere
an den Klimawandel anpassen

Herausgeber*innen

Hannah Keuser

Marcus Lumma

Walter Ollenik

Christa Reicher







Calwer Passage, Stuttgart / Foto: Tabea Rückle

08 KLIMASENSIBEL WEITERBAUEN:

**Klingt naheliegend, wird aber
kontrovers diskutiert**

Christa Reicher

**12 Wertebasiertes Konfliktmanagement
im Spannungsfeld von Denkmalpflege
und Klimaschutz**

Matthias Ripp | Sebastian Daniel

**20 Die Herausforderungen für die
Wasserwirtschaft**

Susanne Linnebach

**ERKENNTNISSE AUS DEN
TISCHGESPRÄCHEN****32 Lebendige Dialoge für lebendige
Denkmäler**

Peter Köddermann

**36 Soziale und ökonomische Heraus-
forderungen in benachteiligten
Quartieren**

Margarete Meyer

46 Akteur*innen, Allianzen und Prozesse

Stefan Spörl | Vanessa Ziegler

EINBLICKE UND AUSBLICKE**56 Robuste Prinzipien**

Jutta Albus

64 Klimaresiliente Freiraumgestaltung

Rainer Sachse

**70 Herausforderungen aus der Perspek-
tive der Wohnungswirtschaft**

Isabelle Bothe

**76 Wie gestalten wir eine zukunftsfeste
Stadt im Bestand?**

Mario Tvrtković

FAZIT**86 Klimasensibles Weiter- und Umbauen:
Wie lässt sich das Anliegen umsetzen?**

Christa Reicher

ANHANG**91 Autorinnen und Autoren****96 Impressum**

KLIMASENSIBEL WEITERBAUEN: KLINGT NAHELIEGEND, WIRD ABER KONTROVERS DISKUTIERT

CHRISTA REICHER

08

Stadt bedeutet Veränderung. Doch in Zeiten wie diesen, in denen die Folgen des Klimawandels die historischen Städte und Quartiere vor besondere Herausforderungen stellen, nimmt der Handlungsdruck zu und die unterschiedlichen Interessen treffen – nicht immer konfliktfrei – aufeinander. Irene Hermes und Laura Weißmüller haben die Daueraufgabe der Anpassung gut beschrieben: „Womit die Metropolen durch ihren Versuch, sich an das Klima anzupassen, in gewisser Weise nur das tun, was sie immer getan haben: sich wandeln – wenn auch diesmal unter verschärften Bedingungen und in einem Balanceakt zwischen verschiedenen Interessen. Dabei wird nicht nur Neues geschaffen, sondern manchmal auch wiederentdeckt und neu wertgeschätzt, was immer schon zur Stadt gehörte,...“ (SZ 03./04.08.2024, Irene Helmes und Laura Weißmüller). Das klingt zunächst einmal einfach und naheliegend, aber wie verhält es sich mit den angesprochenen „verschärften Bedingungen“, denn wir sehen, wie die Bedrohung gerade unseres kulturellen Erbes durch die Katastrophen zunimmt, und wie verhält es sich mit dem „Balanceakt zwischen verschiedenen Interessen“, die doch zumindest in vielen Kommunen stark auseinanderdriften?

Die in Teilen kontroverse Debatte kommt u.a. in folgenden Themen und Handlungsfeldern zum Ausdruck:

Architektur vs. Begrünung

Das Greenwashing am Bau erlebt einen Höhepunkt an Versprechungen. Aber werden diese Versprechungen je eingelöst? Es ist nichts einzuwenden gegen all die bemerkenswerten Versuche, das Bauen endlich wieder so natur- wie menschenfreundlich wie möglich zu machen. Aber wir brauchen keine pseudogrünen Immobilienideen, sondern wir brauchen schlicht mehr echtes Grün in bestehenden Lebensräumen. Aber: Eine grüne Architektur, die nicht grün ist, sondern am Ende nur grün aussieht, ist ein größerer Schaden als eine Architektur, die sich ehrlich macht.

Baukultur vs. Energieerzeugung

Dieser Diskurs wird vor allem in den historischen Städten und Quartieren geführt, wo die Denkmalpflege sehr oft zu restriktiv Veränderungen am baulichen Bestand nicht zulassen will, um die historische Gestalt nicht durch Photovoltaikanlagen oder andere technologische Bauwerke zu beeinträchtigen. Dabei ist eine solare Gestaltung, wenn sie differenziert eingesetzt wird, ein wichtiger Aspekt, um unsere historisch geprägten Baustrukturen nachhaltiger und lebensfähiger zu machen. Die Zukunftsfähigkeit von (historischen) Bestandsstrukturen ist vielfach ohne solare Maßnahmen, die im Einklang mit den Gestaltungsansprüchen stehen, nicht zu ge-

währleisten. Vor diesem Hintergrund sind integrative Gestaltungskonzepte längst überfällig.

Neben diesen Kontroversen geht es verstärkt um den Ressourcenverbrauch, der am Limit angekommen zu sein scheint. Wir wissen, dass der Bau- und Gebäudesektor wesentlich für den Klimawandel verantwortlich ist, dass Gebäude „Klimasünder“ sind. Bisher agiert der Bausektor weitestgehend mit dem linearen Wirtschaftsmodell „Nehmen, Herstellen und Verschenden“. Deshalb ist es gar nicht verwunderlich, dass wir Unmengen an Land und Rohstoffen verbrauchen. Der Bausektor ist für ca. 40 % der CO₂-Emissionen verantwortlich und erzeugt jede Menge Treibhausgasemissionen und Abfälle. Ein wertschätzender Umgang mit dem Bestand kann demnach ein Beitrag sein, den Ressourcenverbrauch einzuschränken und zugleich identitätsstiftend zu wirken.

Der Diskurs um den richtigen Weg - zwischen einer behutsamen Anpassung, der Integration neuer Technologien und einer offensiven Risikovorsorge – beschäftigt die Stadt- und Umweltplanung genauso wie die Denkmalpflege. Klimasensibel Weiterbauen meint, Bau- und Sanierungsmaßnahmen so zu gestalten, dass sie den ökologischen Fußabdruck minimieren und die Anpassung an den Klimawandel fördern. Zu den wesentlichen Konzepten des klimasensiblen Weiterbaus zählen die energetische Optimierung des Bestandes sowie die Integration grün-blauer Infrastruktur. Grünflächen, Dachbegrünungen und „Cool Streets“ können das Mikroklima verbessern und die Biodiversität fördern. Dabei ist auch der Erhalt der historischen Bausubstanz von großer Bedeutung.

Behutsame Renovierungen und Restaurierungen sollen den historischen Charakter und die baukulturell wertvollen Bauten bewahren. Gefragt sind ganzheitliche Ansätze zur Risikovorsorge.

Doch diese Ansätze stoßen oft auf Kontroversen zwischen dem Denkmalschutz und der Modernisierung. Häufig stehen sich der Erhalt historischer Bausubstanz und die Notwendigkeit moderner energetischer Standards gegenüber. Strenge Denkmalschutzauflagen können die Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen erheblich erschweren. Herausfordernd ist auch, dass klimasensible Sanierungen häufig teurer sind als konventionelle Ansätze, was zu Spannungen zwischen privaten Eigentümer*innen, Investor*innen und öffentlichen Förderprogrammen führen kann. Nicht zuletzt spielen soziale Aspekte eine Rolle: Klimasensible Sanierungen können zu Gentrifizierung führen, wenn steigende Miet- und Kaufpreise alteingesessene Bewohner*innen verdrängen.

Diese breit und kontrovers geführte Debatte über das Klimasensible Weiterbauen war Anlass für die „Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege“, sich im Rahmen der Jahrestagung dieser Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven zu widmen.

Diese Publikation fasst die vorgestellten Positionen sowie die Erfahrungen aus den präsentierten Projekten zusammen und zieht Schlussfolgerungen aus der Perspektive der Städtebaulichen Denkmalpflege.

Literaturverzeichnis

Helmes, Irene; Weißmüller, Laura (2024): Beitrag in der Süddeutschen Zeitung, SZ 03./04.08.2024, München





WERTEBASIERTES KONFLIKTMANAGEMENT IM SPANNUNGSFELD VON DENKMALPFLEGE UND KLIMASCHUTZ

MATTHIAS RIPP | SEBASTIAN DANIEL

12

Angesichts der aktuellen Kumulation von Herausforderungen und Krisen erfahren wir eine derart signifikante Intensivierung der Veränderungsdynamik in zentralen gesellschaftspolitischen Bereichen wie Klima und Umwelt, Energie und Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung, dass viele eine bemerkenswerte Sehnsucht nach Stabilität als schützenden Gegenpol zur allgegenwärtigen Unbeständigkeit entwickeln (Ripp/Daniel 2023; Cave 2022, 219). Infolgedessen stehen auch die verantwortlichen Akteur*innen in der Kultur- und Denkmalpflege immer häufiger vor der Herausforderung, zwischen Erhalt und Anpassung des gebauten Erbes zu balancieren. Dabei müssen sie zahlreiche legitime Nutzungsinteressen und -ansprüche berücksichtigen, worin ein enormes Konfliktpotential besteht.

Insbesondere die Bewältigung des Klimawandels nimmt hierbei eine herausragende Stellung ein. Wissenschaftliche Studien belegen, dass die umgehende Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen alternativlos ist (IPCC 2023, 92–115), da bereits heute massive – sowohl direkte als auch indirekte – negative Auswirkungen auf die Biodiversität und das menschliche Wohlbefinden einerseits und auf das Kulturerbe andererseits nachweisbar sind (Marsh et al. 2023; Cave 2022, 216). Der aktu-

elle Global Risks Report des World Economic Forums (2025, 8) zeigt, dass fünf der zehn langfristigen Risiken klima- beziehungsweise umweltrelevant sind, darunter Extremwetterereignisse, Verlust von Biodiversität und Zusammenbruch der Ökosysteme, kritische Veränderungen im Bereich der Erdsysteme, Verknappung natürlicher Ressourcen sowie Umwelt- und Luftverschmutzung.

Im Gegensatz zum Umgang mit Krisen wie beispielsweise der Covid 19 Pandemie stoßen Klimaschutzmaßnahmen in Politik und Gesellschaft immer wieder auf vehementen Widerstand, da die damit verbundenen Transformationsprozesse eine grundlegende Veränderung der gewohnten Lebenswirklichkeit bedingen (Kehlbach/Nordhardt 2021). Obwohl diese Veränderungen langfristig zu einer Verbesserung der Lebensqualität führen können, werden sie in der Gegenwart häufig mit einem Verlust an Stabilität und Sicherheit assoziiert.

Ausgehend von den Fragestellungen, (1) inwiefern das Kulturerbe einen positiven Beitrag zur Klimaresilienz leisten kann, (2) wie weit eine verantwortungsvolle Adaption des materiellen Erbes gehen darf und (3) wo die Grenze zwischen Erhalt und Anpassung zu ziehen ist, zeigt der Beitrag, welche personalen Werte im Bereich von Kulturerbe und

Klimawandel relevant sind und wie diese Erkenntnisse dazu beitragen können, Konflikte vor Ort und in der Praxis konstruktiv zu modellieren, ohne sie im Keim ersticken zu wollen.

Der Wertediskurs im Kulturerbe-Bereich

Der Leitgedanke „Bauen im Bestand“ statt Abriss und Neubau ist ein zentraler Ansatz nachhaltiger Stadtentwicklung und prägt die Denkmalpflege seit Jahrhunderten. Denkmalgeschützte Gebäude sind nicht nur langlebig, sondern auch widerstands- und anpassungsfähig und somit wichtige soziale urbane Zukunftsressourcen: Nachhaltige Sanierungsmaßnahmen und Nachnutzungskonzepte bieten kreative Lösungen für das Platzproblem in überfüllten Innenstädten und wirken der fortschreitenden Versiegelung des öffentlichen Raums entgegen (Ripp et al. 2023).

Gleichzeitig stehen viele Anpassungsmaßnahmen häufig im Widerspruch zu denkmalpflegerischen Prinzipien an den Erhalt der Integrität historischer Stadtlandschaften, da sie mit teils gravierenden Eingriffen in die Bausubstanz einhergehen – etwa beim Ausbau der grünen/blauen Infrastruktur, bei Hochwasserschutzmaßnahmen, der Bodenentsiegelung, der Implementierung neuer Energiegewinnungstechnologien oder der Umsetzung einer nachhaltigen Verkehrswende. Diese Konflikte führen regelmäßig zu Grundsatzdiskussionen, die tendenziell zu Stillstand und verhärteten Positionen anstatt zu konstruktiven Lösungen führen.

Die Frage, warum (Werte) und was (Attribute) erhalten werden soll, hat sich im Laufe der Jahre von einem materiellen und

DOMAIN	PEOPLE	RESOURCES	CONCEPTS	PROCESSES	PRINCIPLES	CONTEXT	TOOLS	DEVELOPMENT NARRATIVE
Entity Groups	actors	built cultural heritage	objectives	analysis	governance principles	qualitative qualities	tools	challenges/ threats
	affected People	material	strategies	change	cooperation principles	quantitative qualities		opportunities
	decision Makers	intangible heritage	effects	vision development	participation principles	interests/ needs		benefits
		knowledge	benefits	strategy development		values		
		human infrastructure		definition		meaning		
		skills		financing		challenges		
		creativity		planning		other context		
		innovation		implementation of actions		function		
		financial resources		evaluation		organisational structures		
		policies		scoping				
				capacity building				

Abb. 1: Die Elemente des Kulturerbe-System. Nachweis: Ripp 2022.

objektbasierten Ansatz über verschiedene Zwischenschritte hin zu einer systemisch-ganzheitlichen Perspektive auf das Kulturerbe gewandelt, die alle Elemente des Kulturerbe-Systems umfasst (vgl. Abb. 1). Bereits die Charta von Venedig aus dem Jahr 1964 deutet mit der konzeptionellen Weiterentwicklung von der Betrachtung des Einzelobjekts hin zur Einbeziehung des Kontextes im Sinne des *genius loci*, der Aura des Ortes, an: „Als lebendige Zeugnisse jahrhundertelanger Traditionen der Völker vermitteln die Denkmäler der Gegenwart eine geistige Botschaft der Vergangenheit.“ (ICOMOS Deutschland et al. 2012, 47) Insbesondere sogenannte New Heritage Approaches integrieren in jüngerer Vergangenheit auf der Basis eines ganzheitlichen Verständnisses sowohl materielle als auch immaterielle Aspekte des Kulturerbes und definieren diesen Begriff vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich daher unter Fachleuten ein intensiver Wertediskurs etabliert (Avrami et al. 2019, 1). Avrami und Mason fordern beispielsweise eine Erweiterung des traditionellen Wertekanons der Denkmalpflege:

„To operate effectively in the thoroughly politicized global society emergent in the last fifty years—in other words, to remain relevant and effective—conservation professionals have been challenged to broaden their perspective, enlist new partners, reframe inherited theories, and engage with political, economic, and cultural dynamics of the society writ large as part of the practice of conservation. Professionals, in other words, have been compelled to strengthen their traditional curatorial focus on a few, widely accepted categories of heritage value—historic, artistic, aesthetic,

scientific—by sharpening their engagements with values activated by the broader societal processes affecting heritage [...]“ (Avrami/Mason 2019, 10) Angesichts der Herausforderungen der Gegenwart muss sich die Praxis der Kultur- und Denkmalpflege an die neuen Gegebenheiten anpassen. Nach Sloggett und Scott (2023, 10) ist die Inwertsetzung von kulturellem Erbe weiterhin untrennbar mit dem Bedürfnis lokaler Communities verbunden, ihre Kulturgüter angesichts externer Gefährdungen – beispielsweise durch den Klimawandel – für die Zukunft zu bewahren, und damit mit den Überzeugungen und Wertvorstellungen der Menschen. Für ein zeitgemäßes Kulturerbe-Management, das über den Selbstzweck hinaus gesellschaftlich relevant bleiben möchte, ist dementsprechend die Ermittlung und Kenntnis der den Diskurs prägenden personalen Werte essenziell: „As societies around the globe, and at all scales, continue to change and transform, and heritage places take on even more prominence in contemporary life, values-based conservation has been challenged with rising to these new complexities.“ (Avrami et al. 2019, 2)

Implizite Werte im Bereich von Kulturerbe und Klimawandel

Wertvorstellungen werden häufig nicht direkt artikuliert, sondern bleiben dem tatsächlich Gesagten zumeist implizit. Im Rahmen des Projekts Kulturerbe Klimazukunft (2022) wurde deshalb versucht, diese über drei Podiumsdiskussionen in den Welterbestädten Augsburg, Regensburg und Hamburg im fachlichen Austausch verschiedener Stakeholder explizit zu erfassen – ein Vorhaben, das jedoch nicht die erhofften Ergebnisse lieferte und somit eine qualitative Auswertung erforderlich machte. Zur Identifikation der

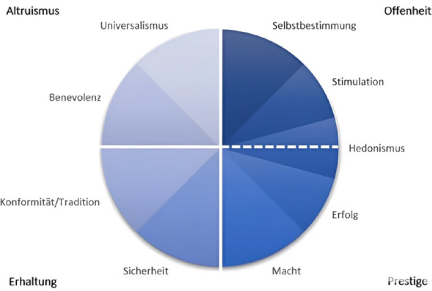


Abb. 2: Relationales Kreismodell der zehn motivationalen Werttypen; adaptiert nach Schwartz 2012.

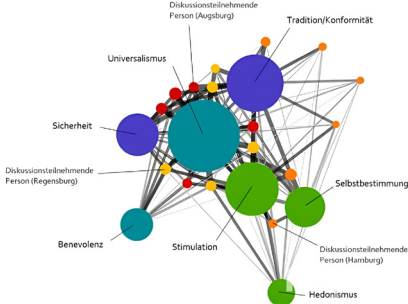


Abb. 3: Vernetzung der Werte miteinander und den Diskussionsteilnehmenden nach Veranstaltungsort.

Wertedimension	Wert	Item	Absolute Häufigkeit	Relative Häufigkeit (in %)
Nachhaltig	Universalismus	Ganzheitlicher Schutz von Natur und Umwelt	302	24%
Konservativ	Tradition/Konformität	Bewahrung kultureller Bräuche/Traditionen	139	11%
Progressiv	Stimulation	Veränderung	116	9%
Konservativ	Sicherheit	Gesellschaftliche Sicherheit	102	8%
Progressiv	Selbstbestimmung	Interesse/Kreativität	102	8%
Progressiv	Stimulation	Abwechslung/Herausforderung	95	8%
Nachhaltig	Benevolenz	Gesellschaftliche Verantwortung	63	5%
Nachhaltig	Universalismus	Soziale Gerechtigkeit	62	5%
Konservativ	Tradition/Konformität	Pflichtbewusstsein	60	5%
Konservativ	Tradition/Konformität	Respekt	57	5%
Progressiv	Hedonismus	Vergnügen/sinnliche Befriedigung	55	4%
Konservativ	Sicherheit	Personale Sicherheit	33	3%
Nachhaltig	Universalismus	Toleranz	32	3%
Nachhaltig	Benevolenz	Fürsorge	19	2%
Progressiv	Selbstbestimmung	Entscheidungsfreudigkeit	17	1%
Summe			1254	100%

Abb. 4: Absolute und relative Auftretenshäufigkeiten der identifizierten Werte.

personalen Werte wurde daher ein Grounded-Theory-Verfahren angewandt (Ripp/Daniel 2024). In einem ersten Schritt wurde das Datenmaterial mittels open coding analytisch aufgebrochen. In den folgenden Prozessen (axial/selective coding) wurden die codierten Konzepte sukzessive abstrahiert und in ein Wertesystem basierend auf der Wertetheorie von Schwartz (2012) integriert.

Nach Bouman et al. (2021, 102) sind im Bereich Klimawandel die Dimensionen biosphärisch, altruistisch, egoistisch und hedonistisch relevant, wobei erstere förderlich und letztere eher hinderlich für die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen sind. Die Ergebnisse (vgl. Abb. 4) zeigen, dass der biosphärisch-altruistisch geprägte Wert Universalismus mit deutlichem Abstand am häufigsten codiert

wurde – gefolgt von Tradition/Konformität, Stimulation, Sicherheit, Selbstbestimmung, Benevolenz und Hedonismus mit der geringsten Auftretenshäufigkeit und Vernetzung mit anderen Werten oder Diskussionsteilnehmenden (vgl. Abb. 3). Die in Schwartz' relationalem Kreismodell (vgl. Abb. 2) direkt benachbarten und als egoistisch assoziierten Werte Erfolg und Macht konnten überhaupt nicht identifiziert werden.

Das Schwartz'sche Wertekontinuum kontrastiert progressive (Selbstbestimmung, Stimulation, Hedonismus) und konservative Werte (Konformität/Tradition, Sicherheit): „Openness to change values emphasize readiness for new ideas, actions, and experiences. They contrast with conservation values that emphasize self-restriction, order, and avoiding change.“ (Schwartz et al. 2012, 669) Im vorliegenden Fall zeigt sich jedoch, dass Schutz- und Veränderungsnarrative nicht zwangsläufig im Widerspruch stehen. So ist beispielsweise die Forderung nach Veränderung nicht ausschließlich auf ein progressives Wertesystem zurückzuführen, wenn ihr Zweck in der Bewahrung von Natur und Umwelt bzw. in der Abwehr von Gefahren und Risiken liegt. Die Diskussionsteilnehmenden waren sich der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen weitgehend bewusst – was sich im hohen prozentualen Anteil nachhaltiger Werte widerspiegelt.

Implikationen für die Praxis

Eine wichtige Erkenntnis für die Kulturerbe-Praxis ist, dass Personen aufgrund ihrer heterogenen Wertesysteme unterschiedlich mit Veränderungsprozessen umgehen. Einerseits kann Veränderung als Chance angesehen werden, die in innovativen und zu-

kunftsorientierten Lösungsstrategien resultieren kann; andererseits wird sie aufgrund einer starken Priorisierung konservativer Werte mit Verlusten assoziiert und daher mit einer höheren Wahrscheinlichkeit vermieden bzw. abgelehnt. Dieses Wissen kann dabei helfen, zwischen den konkurrierenden Positionen mit Werten der Nachhaltigkeit argumentativ zu vermitteln und zur Konsens- und Kompromissfindung beizutragen. Der am stärksten vernetzte Wert Universalismus zielt sowohl auf den Schutz der Biodiversität und des Ökosystems als auch auf den Erhalt der (natürlichen und gebauten) Umwelt ab und verbindet dadurch konservative mit progressiven Werten – das heißt, es wird Veränderung und Anpassung eingefordert, um entweder die negativen Folgen des Klimawandels zu reduzieren und/oder das Kulturerbe vor den Auswirkungen der Klimakrise zu bewahren.

Die unterschiedliche Positionierung gegenüber Veränderungen ist mitunter auf eine unterschiedlich starke Ausprägung der individuellen Ambiguitätstoleranz zurückzuführen – also auf die „Fähigkeit, mit Bewertungsunklarheit gut zurechtzukommen.“ (Eidenschink 2023, 70). Im Site-Management ist es daher umso wichtiger, unsicherheitskompetent zu agieren (May/Holtorf 2020, 264), um in Konfliktsituationen moderieren sowie agil und flexibel mit Veränderungen umgehen zu können (Ripp/Daniel 2023, 124–127).

Die Tatsache, dass sich teils signifikante Unterschiede in der Werteverteilung der einzelnen Welterbestädte feststellen ließen, legt nahe, dass die jeweilige Konfiguration und Eigenheit des Kulturerbes sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Probleme Einfluss darauf haben, welche Werte im Dis-

kurs wirksam werden. Eine möglichst hohe Akzeptanz von Veränderungsmaßnahmen setzt daher ein detailliertes Monitoring dessen voraus, was das Wesen des jeweils betroffenen Kulturerbes ausmacht. Dazu gehört eine umfassende Kenntnis aller Faktoren und Elemente des Kulturerbe-Systems. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Systems sind die Communities und Stakeholder. Dementsprechend ist es wichtig, die Wertorientierungen der Menschen zu erfassen. Darüber hinaus kann beispielsweise durch eine detaillierte Analyse der beteiligten Parteien sowie der Persönlichkeitsstruktur (z. B. auf Basis der Sinus-Milieus, SINUS Markt- und Sozialforschung 2023) ein gewisser Grad an Vorhersagbarkeit der Gesprächs- und Konfliktodynamik erreicht werden, der für die Konfliktmoderation oder zur Kompromissfindung nutzbar gemacht werden kann.

Zusammenfassung und Ausblick

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Anforderungen an die traditionelle Kultur- und Denkmalpflege substanziell gewandelt. Komplexe Transformationsprozesse von globaler Tragweite erfordern eine kritische Evaluation etablierter Konzepte des Kulturgüterschutzes. Gegenwärtig intensivieren multiple Krisen die Veränderungsdynamik, wobei der Klimawandel als Gefährdungs- und Risikofaktor für das Kulturerbe besonders anerkannt wird:

„Climate change continues to affect more and more natural World Heritage sites. In 2014, the IUCN World Heritage Outlook identified climate change as the most significant potential threat and in 2017, it became the fastest growing threat. In 2020, climate change has become the most prevalent current threat. Overall, it is assessed as a high or a very high threat in 83 out of 252 sites. Climate change

also still remains by far the largest potential threat.“ (Osipova et al. 2020, viii)

Eine systemische Perspektive auf das Kulturerbe bietet in der Auseinandersetzung mit solchen Herausforderungen einen wertvollen Ausgangspunkt. Lineare Ansätze würden zu kurz greifen, da sie zahlreiche Einflussfaktoren und Elemente des Kulturerbe-Systems außer Acht lassen. Ein systemisches Verständnis ermöglicht nicht nur umfassendere Präventionsmaßnahmen im Katastrophenmanagement – indem es neben den Einzelgebäuden auch den öffentlichen Raum sowie den Kontext inklusive aller Communities berücksichtigt –, sondern auch ein neues Verständnis dafür, wie Kulturerbe zur urbanen Resilienz beitragen kann. Um ihre gesellschaftliche Relevanz zu bewahren, müssen die verantwortlichen Instanzen jene Wertvorstellungen in die Entscheidungsprozesse des Kulturerbe-Managements integrieren, die in Fachdiskursen und Multi-Stakeholder-Dialogen wirksam werden.

Es zeigt sich, dass es im Sinne der Konsensfindung weniger um eine Einigung in den medial ausgetragenen, populären Debatten geht, sondern vielmehr um kreative Lösungsansätze auf der Basis gemeinsamer Wertvorstellungen. Im Spannungsfeld zwischen progressiven und konservativen Werten können durch die konstruktive Aushandlung der Konfliktthemen innovative, lösungsorientierte Projekte entstehen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Kulturerbe-System eine komplexe Wertepluralität herrscht, die sich in der parallelen Existenz heterogener, aber gleichwertiger Interessen äußert. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber

bis heute von unveränderter Gültigkeit: „Co-existence of cultural values should always be recognised, respected and encouraged. This is especially important in cases where they conflict.“ (Australia ICOMOS 2013, 5)

Literaturverzeichnis

Australia ICOMOS: The Burra Charter. The Australia ICOMOS Charter for Places of Cultural Significance. Burwood, Australia 2013.

Avrami, Erica/MacDonald, Susan/Mason, Randall/Myers, David: Introduction. In: dies. (Hrsg.): Values in Heritage Management: Emerging Approaches and Research Directions. Los Angeles 2019, S. 1-8.

Avrami, Erica/Mason, Randall: Mapping the Issue of Values. In: Avrami, Erica/Mason, Randall/MacDonald, Susan/Myers, David (Hrsg.): Values in Heritage Management: Emerging Approaches and Research Directions. Los Angeles 2019, S. 9-33.

Bouman, Thijs/Steg, Linda/Perlaviciute, Goda: From Values to Climate Action. In: Current Opinion in Psychology 42, 2021, S. 102-107.

Cave, Claire: Climate Change and World Heritage. An Introduction. In: Albert, Marie-Theres/Bernecker, Roland/Cave, Claire/Prodan, Anca Claudia/Ripp, Matthias (Hrsg.): 50 years World Heritage Convention. Shared Responsibility - Conflict & Reconciliation (Heritage studies). Cham, Switzerland 2022, S. 215-225.

Eidenschink, Klaus: Die Kunst des Konflikts. Konflikte schüren und beruhigen lernen. Mit einem Vorwort von Fritz B. Simon (Beratung, Coaching, Supervision). Heidelberg 2023.

ICOMOS Deutschland/ICOMOS Luxemburg/ICOMOS Österreich/ICOMOS Schweiz (Hrsg.): Internationale Grundsätze und Richtlinien der Denkmalpflege (Monumenta; Bd. 1). Stuttgart 2012.

IPCC: Climate Change 2023. Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. IPCC, Geneva, Switzerland 2023.

Kehlbach, Christoph/Nordhardt, Michael: Corona-Maßnahmen. Die Pandemie und die Grundrechte (Stand v. 31.1.2024). <https://www.tagesschau.de/inland/corona-grundrechte-101.html>

Lee, Julie Anne/Bardi, Anat/Gerrans, Paul/Sneddon, Joanne/van Herk, Hester/Evers, Uwana/Schwartz, Shalom: Are Value-Behavior Relations Stronger than Previously Thought? It Depends on Value Importance. In: *European Journal of Personality* 36, 2022, S. 133-148.

Marsh, Helene/Smith, Anita/Terrill, Greg: World Heritage and the Challenge of Climate Change. A Reform Agenda. In: *International Journal of Heritage Studies* 29, 2023, S. 39–48.

May, Sarah/Holtorf, Cornelius: Uncertain Futures. In: DeSilvey, Caitlin/Holtorf, Cornelius/Macdonald, Sharon/Bartolini, Nadia/Breithoff, Esther/Fredheim, Harald/Lyons, Antony/May, Sarah/Morgan, Jennie/Penrose, Sefryn (Hrsg.): *Heritage Futures. Comparative Approaches to Natural and Cultural Heritage Practices*. London 2020, S. 263–275.

Osipova, Elena/Emslie-Smith, Matthew/Osti, Matea/Murai, Mizuki/Åberg, Ulrika/Shadie, Peter: *IUCN World Heritage Outlook 3. A Conservation Assessment of all Natural World Heritage Sites*. Gland, Switzerland 2020.

Ripp, Matthias/Daniel, Sebastian Franz-Josef: Agility in Cultural Heritage Management. Advancing Competence Within Uncertainty as a Sustainable and Resilient Adaptation to Processes of Dynamic Change. In: *Landscape Architecture Frontiers* 11, 2023, S. 120.

Ripp, Matthias/Daniel, Sebastian Franz-Josef: Implizite Werte in der Diskussion um Kulturerbe und Klimawandel. Eine Grounded-Theory basierte Analyse. In: Ripp, Matthias/Hager, Antonia/Paulowitz, Bernd/Scheffler,

Nils (Hrsg.): *Kulturerbe - Klimazukunft - Wertekonflikte. Gemeinsam getragene Lösungswege im Kontext der Zukunftstauglichkeit von UNESCO-Welterbestätten*. Augsburg, Hamburg, Regensburg. Regensburg 2024, S. 31-51.

Ripp, Matthias/Halder-Hass, Nicole/Hager, Antonia/Malnati, Thomas/Müllegger, Ulrich/Stausberg, Christina: Das Potenzial der Vergangenheit für die Zukunft nutzen. Eine neue Rolle für historische Städte bei Resilienz und Klimaanpassung. Impuls des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages vom 5. Mai 2023, 2023.

Ripp, Matthias: A Metamodel for Heritage-based Urban Development. Enabling Sustainable Growth Through Urban Cultural Heritage (*Heritage studies*). Cham 2022.

Schwartz, Shalom H./Cieciuch, Jan/Vecchione, Michele/Davidov, Eldad/Fischer, Ronald/Beierlein, Constanze/Ramos, Alice/Verkasalo, Markku/Lönnqvist, Jan-Erik/Demirutku, Kursad/Dirilen-Gumus, Ozlem/Konty, Mark: Refining the Theory of Basic Individual Values. In: *Journal of personality and social psychology* 103, 2012, S. 663-688.

Schwartz, Shalom H.: An Overview of the Schwartz Theory of Basic Values. In: *Online Readings in Psychology and Culture* 2, 2012, S. 3-20.

SINUS Markt- und Sozialforschung: Sinus-Milieus Deutschland (Stand v. 24.12.2023). <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland>
Sloggett, Robyn/Scott, Marcelle: The Story of Climate Change. Narratives as Influencers. In: dies. (Hrsg.): *Climatic and Environmental Threats to Cultural Heritage*. London 2023, S. 10-26.

World Economic Forum: *The Global Risks Report 2025*. Cologny/Geneva, Switzerland 2025.

DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT

SUSANNE LINNEBACH

Die Folgen des Klimawandels: Zunahme der Starkregen- und Hitzeereignisse

Im Jahr 2023 haben 90% aller Ozeanregionen eine Hitzewelle erlebt, so die World Meteorological Organisation. Laut dem 2024 veröffentlichten Klimabericht haben die Gletscher mehr Eis verloren als in jedem anderen Jahr seit der Aufzeichnung in den 50 Jahren, vor allem in Nordamerika und in Europa. Die Ausdehnung des amerikanischen Meereises habe einen Negativrekord erreicht. Die maximale Ausdehnung sei eine Million Quadratkilometer kleiner gewesen als beim vorherigen Negativ-Rekord: Das entspricht einer Fläche etwa so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen. Der global durchschnittliche Meeresspiegel sei im vergangenen Jahr so hoch gewesen wie nie seit Beginn der Satellitenmessungen 1993 (World Meteorological Organisation 2024).

Mit Blick auf NRW und die Emscher Region zeigen sich die Folgen des Klimawandels ebenso. In diesem Ballungsraum gibt es einen großen Temperaturunterschied zwischen den Innenstädten und dem Umland. In Essen beträgt der Temperaturunterschied zwischen Umland und Stadt beispielsweise rund 8°C, was gerade in den Sommermonaten zu starken Hitzebelastungen in der Innenstadt führt (Stadt Essen 2023, 12).

Trockenzeiten wechseln sich mit Starkregenereignissen ab. Der Dürremonitor des Helm-

holtz Zentrums für Umweltforschung zeigt, dass 2022 in einer Tiefe von 1,8 Metern großflächig in Deutschland eine extreme bis außergewöhnliche Dürre und selbst ab 25 cm Tiefe fast bundesweit eine schwere Dürre herrschte. Für Pflanzen gab es kaum mehr verfügbares Wasser mit Ausnahme einiger Regionen in Süddeutschland (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung 2022).

Das darauffolgende Jahr 2023 war in der Emscher- und Lipperegion das nasseste seit Auswertungsbeginn 1931. Die trockenen Böden des Vorjahres konnten das Wasser nicht aufnehmen und hohe Pegel- und Grundwasserstände führten vielerorts zur Überschwemmung von Kellern. Da die bestehende Kanal- und Abwasserreinigungsinfrastruktur für extreme Starkregenereignisse nicht ausgelegt ist, helfen Klimaanpassungs- und Hochwasserschutzmaßnahmen, um die Wassermassen im Extremfall aufzunehmen. Stabile Deiche, Hochwasserrückhaltesysteme, natürliche Überflutungsgebiete entlang der Auen renaturierter Gewässer, Überschwemmungsflächen, versickerungsfähige Böden gehören zu den Schutzmaßnahmen.

Die Impulse des Emscher-Umbaus für den Hochwasserschutz

Der Emscher-Umbau spielt im Zusammenhang des Hochwasserschutzes eine entscheidende Rolle: eine moderne Wasserinfrastruktur ist Grundlage für die Entwicklung



Abb. 1: „Die renaturierte Emscher am Natur- und Wasser-Erlebnis-Park, Castrop-Rauxel“.
Nachweis: EGLV/Fritsche, Andreas.

der Gewässer des Emscher-Systems zu naturnahen Bächen und Flüssen. Die schrittweise Revitalisierung der Emscher geht einher mit einer konstanten Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Region. Die Auswirkungen von Starkregenereignissen werden dadurch gemindert. Durch die ökologische Verbesserung, die Aufweitung der Emscher sowie der Schaffung neuer Auenflächen kann sich das Wasser bei Starkregen ausbreiten. Es entsteht somit mehr Raum für die natürliche Entwicklung des Flusses. (vgl. Abb. 1)

Multifunktionale Retentionsbecken in der Emscher Region

Flankierend zur ökologischen Verbesserung und Aufweitung der Auen-Flächen übernehmen die insgesamt 55 Regenretentionsbecken von Emschergenossenschaft und

Lippeverband eine tragende Rolle für den Hochwasserschutz. Mit einem Gesamtrückhaltevolumen von 5 Millionen m³ konnten sie in den vergangenen Jahren bei Starkregenereignissen die anliegenden dicht besiedelten Kommunen effizient schützen. Ein Beispiel für den integrierten Hochwasserschutz stellt das Hochwasserrückhaltebecken „Emscher-Auen“ in Dortmund-Mengede dar. Bei intensiven Starkregenereignissen kann das Rückhaltebecken bis zu 1,1 Millionen Kubikmeter Wasser zurückhalten (EGLV 2025). Darüber hinaus zeichnet sich das Hochwasserrückhaltebecken durch seinen hohen ökologischen Wert aus. Zusätzlich ist das Areal rund um das Becken ein Ort der naturnahen Naherholung und Umweltbildung, der sowohl zu Fuß als auch mit dem Fahrrad erschlossen werden kann. (vgl. Abb. 2)



22

Abb. 2: „Das Hochwasserrückhaltebecken Emscher-Auen in Dortmund-Mengede“. Nachweis: EGLV/Fritsche, Andreas.



Abb. 3: „Der Phoenix-See in Dortmund“. Nachweis: EGLV/Fritsche, Andreas.

Technischer Hochwasserschutz meets Stadtentwicklung: der Phoenix-See

In Analogie zur Schaffung multifunktionaler Hochwasserrückhaltebecken sollen sich technische Anlagen des Hochwasserschutzes einen planerischen Beitrag zur Stadt- und Landschaftsplanung leisten. Ein gutes Beispiel für die Synthese von technischem Hochwasserschutz und nachhaltiger, wassersensibler Stadtentwicklung ist der ca. 24 ha große Phoenix-See in Dortmund. An diesem ehemaligen Stahlproduktionsstandort floss in der Vergangenheit die Emscher kanalisiert unter dem Werksgelände, bevor das Gelände 2001 zur Industriebrache wurde und die Stadt Dortmund sich für ein innovatives Stadtentwicklungskonzept an gleicher Stelle entschied. Seit 2009 fließt die nun abwasserbefreite Emscher am nördlichen Ufer des Sees, während der revitalisierte Hörder Bach das südliche Ufer entlang fließt. Im Anschluss an die künstliche Herstellung des Gewässerkörpers wurde 2011 der Projektraum und ein See als Naherholungsanlage für die Menschen eröffnet. Darüber hinaus wurde eine umfangreiche Naherholungsinfrastruktur errichtet: mehr als drei Kilometer neue Uferpromenade laden zur Beobachtung der Natur und sportlichen Betätigung ein.

Während im Hafenbereich verschiedene Gastronomie- und kleinere Büroeinheiten geschaffen wurden, bieten rund 2.000 Wohneinheiten Wohnraum in attraktiver Seelage. Betrachtet man den See jedoch aus einer technischen Perspektive, so übernimmt er die Funktion eines Hochwasserrückhaltebeckens (MHKBG / EGLV 2022). Gleichmaßen wurde die Versiegelung der Oberflächen begrenzt und das anfallende Niederschlagswasser wird in den Phoenix-See geleitet. In diesem Sinne

verbindet der Phoenix-See ein effizientes Regenwassermanagement mit der Stärkung blau-grüner Infrastruktur bei gleichzeitiger neuer „Adressbildung“ im Dortmunder Süden. (vgl. Abb. 3)

Wassersensible Stadtentwicklung

Das Prinzip der Schwammstadt

Besonders in Gebieten mit einem hohen Anteil versiegelter Flächen in den Städten der dicht besiedelten und von Autobahnen und Industrie geprägten Emscher Region lassen sich die Folgen des Klimawandels spüren. Beton und Asphalt verhindern die Versickerung von Regenwasser. Verstärkend dazu heizen sich die dunklen, verdichteten Böden auf, was wiederum eine starke Hitzebelastung in den Städten zur Folge hat, die sich insbesondere in der Zunahme von urbanen Hitzeinseln widerspiegelt. Abhilfe verschaffen hier entsiegelte Flächen, wie z.B. Grünstreifen, Wiesen, Parks, Baumscheiben oder Wasserflächen, die Wasser speichern und durch Verdunstungseffekte die Umgebung kühlen. Darüber hinaus spenden Bäume Schatten und frische Luft und dienen gleichzeitig als Rückzugsorte für Tiere (Klima-Werk 2025).

Doch während die Zahl heißer und trockener Tage zunimmt, kommt es gleichzeitig immer häufiger zu Starkregenereignissen. Dies erklärt sich dadurch, dass sich mit dem Temperaturanstieg mehr Wasser in der Atmosphäre befindet: mit jedem Grad Celsius Erwärmung erhöht sich die Speicherkapazität von Wasser in der Luft um 7 Prozent. Dies führt zur Bildung von großen Wolken, die sich in Starkregenereignissen abregnen können. Beide Phänomene erfordern ein effizientes Regenwassermanagement, wobei das Leit-

bild der Schwammstadt vielerorts zum Einsatz kommt: sauberes Regenwasser soll idealerweise vor Ort versickern und so ins Grundwasser übergehen. Es soll gespeichert werden, verdunsten oder in Gewässer abgeleitet werden. So kann das Wasser in den Stadtquartieren der Bewässerung und Kühlung dienen (Klima-Werk 2025).

Maßnahmen der wassersensiblen Stadtentwicklung

Die Elemente der wassersensiblen Stadtgestaltung umfassen Maßnahmen wie multifunktionale Retentionsflächen, die das Regenwasser langsamer in die Kanalisation abfließen und langsam versickern lassen. Neben der Rückhaltung von Regenwasser kann es mit Hilfe von Zisternen gespeichert und anschließend genutzt werden.

24

Einige Maßnahmen können durch rechtliche Festsetzungen gemäß BauGB vorgegeben werden. Zu nennen sind hier u.a. die Freihaltung von Flächen und die Festsetzung von öffentlichen und privaten Grünflächen. Auch städtebauliche Gebote zur Entsiegelung (z.B. auf Konversionsflächen) können erlassen werden, wobei hier die kurzfristige Durchsetzbarkeit in Frage gestellt werden darf. Neben rechtlichen Festsetzungen sind verhaltenserzeugende und -fördernde Maßnahmen zielführend für die Umsetzung einer wassersensiblen Planung, wie finanzielle Anreizsysteme, Wissensvermittlung durch die Medien, persönliche Beratungen und Infoveranstaltungen.

In vielen Fällen rückt das Thema "Wasser" bei Starkregen und Überschwemmung in den Fokus der Öffentlichkeit und gerät danach wieder in Vergessenheit. Umso wichtiger ist

es, die gesetzlichen Möglichkeiten zur wassersensiblen und klimaangepassten Planung auszuschöpfen. Das Klimaanpassungsgesetz sowie die geltenden gesetzlichen Grundlagen des BauGB zur Klimaanpassung in der Bauleitplanung dienen zur Berücksichtigung der Klimaanpassung in der Umweltprüfung sowie zur Berücksichtigung der Klimaanpassung in der Stadtanierung und im Stadtumbau. Somit werden gute Voraussetzungen für eine wasserbewusste Planung geschaffen. Aktuell wird geprüft, inwieweit im Rahmen des BauGB der Versickerung Vorrang eingeräumt werden kann. Darüber hinaus hat das Land NRW im Oktober 2024 mit seiner Klimaanpassungsstrategie verschiedene Klimaanpassungsmaßnahmen beschlossen (LANUV 2024).

Wasser macht an Eigentumsgrenzen nicht Halt, daher sind sowohl öffentliche als auch private Eigentümer*innen in die Maßnahmenumsetzung einzubeziehen. Die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen auf privaten Flächen ist abhängig von der Bereitschaft und den finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer*innen. Daher sind Überzeugungsarbeit und eine finanzielle Unterstützung privater Dritter notwendig. Neben der finanziellen Unterstützung von Eigentümer*innen ist eine den Herausforderungen angepasste Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand (Land, Bund und EU) dringend geboten, um die finanzielle Last zu mildern.

Klimaanpassungsmaßnahmen in der Emscher Region: das Projekt Klima-Werk

Zur nachhaltigen Transformation des Ruhrgebiets wurde anlässlich der Ruhrkonferenz 2019 die Entwicklung neuer strategischer Leitprojekte für die Region durch die Landes-

regierung NRW beschlossen. Ein thematischer Schwerpunkt lag dabei auf dem klimafesten Umbau der stark versiegelten Städte des Ruhrgebiets. In diesem Kontext besteht das Kernziel des aus der Ruhrkonferenz entstandenen Projekts „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft (KRiS)“ darin, mittels einer Förderung durch das Umweltministerium NRW in der Höhe von 250 Millionen Euro den klimaresilienten Umbau der 53 Kommunen des Ruhrgebiets maßgeblich voranzutreiben. Bis 2030 sollen 25 Prozent der befestigten Flächen abgekoppelt und die Verdunstungsrate um 10 Prozentpunkte gesteigert werden. In diesem Zusammenhang fungiert die „Serviceorganisation“ als zentrale Koordinierungsstelle bei der Emschergenossenschaft mit Hinblick auf die Planung und Umsetzung der einzelnen Klimawandelanpassungsmaßnahmen in der Region (Klima-Werk 2025).

Als Wasserwirtschaftsverbände der Region erfüllen Emschergenossenschaft und Lippeverband damit ihre Pflicht der Daseinsfürsorge. Abwasserreinigung, Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung können künftig nur zusammen mit Klimaanpassung als integrale Aufgabe gelingen. Um Kanalnetze bei Starkregen oder vermehrten Niederschlägen zu entlasten und die Grundwasserversorgung bzw. -neubildung auch bei anhaltender Hitze zu gewährleisten, wird somit der Umgang mit (Regen-) Wasser neu bewertet und gestaltet. Die von der EGLV angebotenen Förderprogramme für Klimaanpassungsmaßnahmen basieren auf zwei Säulen: der Zukunftsvereinbarung Regenwasser (ZVR) und dem KRiS-Förderprogramm. Bei dem ZVR-Förderprogramm sind alle Kommunen im Genossenschaftsgebiet, andere Genossenschaftsmit-

glieder (Kreise, Unternehmen etc.) sowie alle Grundstücks- bzw. Hauseigentümer*innen in den Emscher-Kommunen im Einzugsgebiet der Emschergenossenschaft antragsberechtigt und die Förderquote beträgt, je nach Maßnahme, 60 – 100 Prozent. Bei dem KRiS-Förderprogramm sind alle 53 Städte und Gemeinden des Regionalverbandes Ruhr (Kommunen, Unternehmen, Vereine, Institutionen und Bürger*innen) antragsberechtigt und die Förderquote beträgt 60 Prozent (Klima-Werk 2025).

Beispiele der Klimawandelfolgeanpassung: die Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein

Die Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein (GMVA) der Stadt Oberhausen befindet sich in einem Industriegebiet im Ortsteil Buschhausen. Die GMVA beabsichtigte auf einigen Bestandsgebäuden mit Flachdächern bei entsprechender KRiS-Förderung eine extensive Begrünung umzusetzen. Die extensive Dachbegrünung hat einen dünn-schichtigen Aufbau von ca. 12 cm und besteht aus mehreren Lagen, wie der Wurzelschutzschicht, der Trenn- und Schutzschicht, der Drainageschicht (Sickerschicht) und der Vegetationsschicht aus Sedumsprossen. Die Gebäude benötigen für die Unterhaltung der Begrünung eine Absturzsicherung.

Insgesamt wurden auf der GMVA sechs Bestandsgebäude begrünt. Als weitere Maßnahme wurde auf dem Gelände ein Kühlturm begrünt. Dazu wurde an der Fassade des Kühlturms in einer Länge von 38 m eine Rankhilfe aus Edelstahlseilen montiert. Als Begrünung wurde in dieser Länge immergrünes Geißblatt gepflanzt. Diese Pflanze ist stadtklimafest und die Blüten werden stark von Insekten



Abb. 4: „Die Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein mit Dachbegrünung“. Nachweis: EGLV/Saborowski, Jörg.

angeflogen. Es ist dadurch nun eine rd. 300 m² große Wandfläche des Kühlturms begrünt (Klima-Werk 2025). Die Dach- und Fassadenbepflanzungen der Anlage nehmen Regenwasser auf und sorgen für eine Entlastung der Kanalisation und eine Verdunstungskühle, von der im Sommer die gesamte Umgebung profitiert. Zudem speichert die Begrünung CO₂ und bindet Feinstaub (Vgl. Abb. 4).

Hochwasserschutz meets nachhaltige Stadtentwicklung in Kopenhagen

Ein ganzheitlicher Ansatz des effizienten Regenwassermanagements setzt eine Gesamtstrategie voraus, welche die notwendigen Eingriffe abdeckt, ein bestehendes System

bei Bedarf reformiert und Mittel für einen nachhaltigen und langfristigen Wandel findet. In diesem Zusammenhang gibt der Kopenhagen Cloudburst Plans eine Reihe von Impulsen für die Verbindung von Hochwasserschutz und nachhaltiger Stadtentwicklung: durch die Schaffung blau-grüner Infrastrukturen werden bestimmte Funktionen und Kreisläufe, die der natürlichen Umwelt ähneln, zurück in die urbane Sphäre integriert. Durch die Verflechtung von blauen und grünen Merkmalen kann die lokale Absorptionsfähigkeit gesteigert werden und dem Stadtgrün einen doppelten Zweck erfüllen. Klimaparks, Wasserplätze oder begrünte Dächer können helfen, das überschüssige Wasser bei starken

Wolkenbrüchen abzuleiten und so neben der herkömmlichen zentralen Kanalisation eine großflächige Wasserversickerung hinzuzufügen (The City of Copenhagen 2012).

Der Klimapark Enghave, Kopenhagen, ist ein Beispiel dafür, wie ein gut etabliertes Parkgebiet heute ebenfalls die Funktion eines temporären Überschwemmungsbeckens für auftretende Wassermassen eines Wolkenbruchereignisses übernimmt. Gleichzeitig dient es als Erholungsraum, der Bürger*innen und Besucher*innen zu Freizeitaktivitäten und geselligen Zusammenkünften im beliebten Stadtgrün anlockt. In seiner Umgestaltung zeigt er, dass der Hochwasserschutz nicht nur von technischer Bedeutung ist, um das Hochwasserschutzportfolio in Kopenhagen schrittweise zu erweitern, sondern auch die Aufenthaltsqualität der Kopenhagener Erholungsgebiete zu verbessern (Pancewicz 2022). In dieser Hinsicht deuten multifunktionale Stadträume darauf hin, dass der Bedarf an Hochwasserschutz nicht mit den wesentlichen Funktionen der Stadt konkurriert, sondern sich effizient in die städtebauliche Gestaltung einfügen kann. Seine Neugestaltung für eine verbesserte Klimaresilienz hat die ästhetischen Merkmale und die Attraktivität des gebauten urbanen Raums nicht eingeschränkt, sondern sogar noch gesteigert. Vielseitiges Design unterstreicht die Bedeutung der Integration von Klimaanpassungsmaßnahmen für Regenwasser- oder städtische Überschwemmungsereignisse im öffentlichen Raum und ermöglicht und lädt gleichzeitig die Bürger*innen ein, die multifunktionalen Räume täglich zu erleben und zu nutzen.

Schlussbetrachtungen

Die Folgen des Klimawandels sind stärker denn je zu spüren. Überschwemmungen in Folge von Starkregen wie in Süddeutschland im Sommer 2024 sowie anhaltende Hitze- und Trockenperioden verdeutlichen den Anpassungsbedarf zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit von Städten gegenüber den Risiken. Insbesondere ein Paradigmenwechsel in Bezug auf den Umgang mit anfallendem Regenwasser nimmt seit einigen Jahren einen immer höheren Stellenwert ein. Das Schwammstadtprinzip stellt einen innovativen Ansatz zur urbanen Klimaanpassung dar. Die Schaffung eines dezentralen, naturnahen Wasserhaushalts zielt darauf ab, Regenwasser nachhaltig zu bewirtschaften und somit auf aktuelle Herausforderungen wie Starkregen sowie Hitzeperioden zu reagieren. Auf stadtplanerischer Ebene ist ein ganzheitlicher Ansatz notwendig, der technischen Hochwasserschutz, effizientes Regenwassermanagement und Stadt-, Landschafts- und Quartiersentwicklung gemeinsam denkt. Die Stärkung der grün-blauen Stadtentwicklung ist entscheidend für die Funktionsfähigkeit und die Lebensqualität der stark versiegelten Emscher Region. Auf Grundlage der Erfahrungen von Emschergenossenschaft und Lippeverband im Umgang mit den Folgen des Klimawandels lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

1. Klimafolgen erfordern neue Stadtplanung: Ein ganzheitliches und regionales Wasserwirtschaftsmanagement kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten.
2. Wassersensible Stadtentwicklung muss in der Ausbildung von Planer*innen stärker verankert werden.

3. Planer*innen müssen einen stärkeren Fokus auf die wassersensible Stadtentwicklung legen, die gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen und von guten Beispielen wie Kopenhagen lernen.
4. Klimafolgen sind Daueraufgabe. Eine stabile Finanzierung muss gesichert werden, ggf. durch Zusammenlegen von Budgets verschiedener Fachressorts.

Literaturverzeichnis

28

EGLV, 2025 (Stand 12. Juni 2025). Emscher-Auen: Aus vier kleinen Becken wird ein großes. <https://www.eglv.de/medien/emscher-auen-aus-vier-kleinen-becken-wird-ein-grosses/>

EGLV, 2021 (Stand 12. Juni 2025). Grüne Dächer der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen kühlen das Stadtquartier. <https://www.eglv.de/medien/gruene-daecher-der-muellverbrennungsanlage-in-oberhausen-kuehlen-das-stadtquartier-2/>

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, 2022 (Stand 12. Juni 2025). <https://www.ufz.de/index.php?de=47252>.

Klima-Werk, 2025 (Stand 12. Juni 2025). Klima.Werk: Für eine blau-grüne Zukunft.

LANUV 2024. Klimaentwicklung und Klimaprojektionen in Nordrhein-Westfalen Datengrundlage und Wissenschaftlicher Hintergrund der Klimaanpassungsstrategie LANUV-Fachbericht 157. LANUV, Recklinghausen.

MHKBG / EGLV, 2022 (Stand 12. Juni 2025). Die Region gemeinsam verändern. Die-Region-gemeinsam-veraendern_dt.pdf

Pancewicz, Alina 2022. Urban nature as an active means of adapting public spaces to climate conditions: case studies from Copenhagen and selected Polish cities. Civil and Environmental Engineering Reports, 32(4).

Stadt Essen, 2023. Integriertes Klimafolgenanpassungskonzept für die Stadt Essen. Stadt Essen, Umweltamt.

The City of Copenhagen, 2012 (Stand 12.06.2025): Cloudburst Management Plan 2012. City of Copenhagen. https://kk.sites.itera.dk/apps/kk_pub2/pdf/1019_81SkHGSvS.pdf.

World Meteorological Association, 2024 (Stand 12. Juni 2025). Climate change indicators reached record levels in 2023. Climate change indicators reached record levels in 2023: WMO.



ERKENNTNISSE AUS DEN TISCHGESPRÄCHEN





Kerala
ayurveda shop
classische heilung



Kerala
ayurveda shop
classische heilung

Ayurveda Produkte
aus Kerala / Indien

Eigene
biozertifizierte
Manufaktur

Massageöle
Pflegeprodukte
Nahrungsergänzung

Tee
Gewürze
Lebensmittel

Schmuck



LEBENDIGE DIALOGE FÜR LEBENDIGE DENKMÄLER

PETER KÖDDERMANN

32

Uns allen ist bewusst: Denkmäler sind bauliche Zeugen der Geschichte und reflektieren individuelle Herkunft. Sie wirken identitätsstiftend und stehen unter besonderem öffentlichem Interesse. Gleichzeitig fordern Denkmäler eine intensive Befassung und stellen nicht selten eine besondere Herausforderung für ihre Trägerschaft dar. Obwohl Denkmäler in Nordrhein-Westfalen nur 1,8 % des gesamten Gebäudebestands ausmachen, sind auch sie gefordert, einen Beitrag zur klimagerechten Neuausrichtung der Baubestände zu leisten. Auch wenn ihr Anteil am rund sechs Millionen Gebäude umfassenden Bestand in NRW gering ist, erfordert ihr Betrieb häufig eine Auseinandersetzung mit technischen oder baulichen Ergänzungen, um Betriebskosten gering zu halten.

Ein baukultureller Auftrag

Fast alle Rahmenbedingungen für den Erhalt und Betrieb von Denkmälern haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Der bewusste Umgang mit unserer gestalteten Umwelt ist zu einem zentralen ökonomischen und ökologischen Faktor geworden. Neben gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich direkt auf die Gestaltung unserer Lebensräume auswirken, stellt insbesondere der Klimawandel eine Herausforderung für die Entwicklung und Transformation unserer gebauten Umwelt dar – und nicht zuletzt auch für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege. Er fordert alle

Akteur*innen der Baukultur und Bauwirtschaft dazu auf, ihre gewohnten Perspektiven auf Erhalt, Schutz, Umbau und Abriss von Baubeständen zu hinterfragen.

Dies reicht von der Neubewertung von Stadträumen und -landschaften über die Auseinandersetzung mit sogenannter „Alltagsarchitektur“ bis zur Hinterfragung unseres Umgangs mit Baudenkmalern selbst. Der Erhalt und die Neuprogrammierung von Gebäuden – ob denkmalgeschützt oder nicht – sind zentrale Anliegen einer zeitgemäßen, nachhaltigen Betrachtung. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Befassung umfasst nicht nur den Schutz, sondern auch den Umgang und die Neuausrichtung des denkmalwerten Baubestandes. Doch dient diese Bewertung bereits allen beteiligten Akteur*innen als gemeinsame Grundlage? Ist der Auftrag eindeutig genug formuliert? Und wird neben der Bewahrung der Originalität auch die Neuausrichtung von Denkmälern ausreichend gewürdigt?

Viele aktuelle Aushandlungsprozesse über Betrieb, Ertüchtigung und Ausstattung von Denkmälern – zwischen Trägerschaften, Nutzer*innen und Unteren Denkmalbehörden – nehmen den denkmalgerechten ebenso wie den zukunftsorientierten Erhalt leider nicht gleichermaßen in den Fokus. Häufig spiegeln diese Prozesse eher unvereinbare Interessenlagen und unterschiedliche Perspektiven auf

das Untersuchungsobjekt wider. Für die einen steht die bauliche Qualität im Vordergrund, für die anderen die Kosten-Nutzen-Betrachtung.

Der Kampf um die Werte

Vereinfacht dargestellt, lässt sich die Praxis im Umgang mit Denkmälern oft auf zwei Interessenslinien reduzieren: Auf der einen Seite stehen zum Teil sehr kurzfristig gedachte ökonomische Beweggründe und rein immobilienwirtschaftliche Bewertungen; auf der anderen Seite verhindern das Wissen um die historische oder bauliche Qualität des Objektes als Vertretung des Originals einen praktikablen Denkmalbetrieb für den Betreiber. Beide Positionen sehen sich im Recht – und verhindern so nicht selten den dringend benötigten Dialog und Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung des Denkmals. Immer häufiger prallen retrospektiv, historisch orientierte Bewertungen von Gebäuden und zukunftsgerichtete, nutzungsorientierte sowie energetische Ertüchtigung verständnislos aufeinander. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass sich die Bedeutung eines Gebäudes auf verschiedenen Ebenen entfaltet und entsprechend bewertet werden muss. Eine Einigung im Sinne einer „Objekt lebendigkeit“ bedarf der Verknüpfung unterschiedlicher Positionen – mit dem komplexen Ziel des Erhalts und klimagerechten Betriebs.

Häufig wird mangelnde Sensibilität für herausragende Architektur bemängelt, gleichzeitig aber ein denkmalgerechter Umgang als praxisfern dargestellt. Es scheint, als seien verständliche Dialogprozesse im Umgang mit denkmalwerter Bausubstanz bislang kaum eingeübt, die beteiligten Akteur*innen selten dialogorientiert geschult. Damit rückt die Denkmalpflege in der öffentlichen Wahr-

nehmung – häufig zu Unrecht – in die Rolle der Verhinderin. Der hohe Wert der Originalität wird in Debatten oft gegen Nutzungsansprüche und ökonomische Verpflichtungen ausgespielt. Letztendlich fatal im Sinne des Denkmals selbst und nicht hilfreich für die Bewertung des Objekts.

Zur Rolle der Denkmalpflege in der Praxis

Lassen sich Erhaltungsprozesse nicht besser initiieren – unter Beteiligung von Träger-schaften, Betreibenden und Denkmalpflege? In vielen Transformationsprozessen für Gebäude wird der Denkmalschutz leider viel zu spät einbezogen. Mitunter ist es sogar ein erklärtes Ziel, die Denkmalpflege zunächst außen vor zu lassen. Häufig kommt sie erst dazu, wenn sie nur noch zustimmen oder ablehnen kann. Das bedeutet, es wird bereits zu Beginn einer Transformation auf das Wissen über die Genese, die bauliche Qualität und die Strahlkraft des Objektes verzichtet. Dies kann sich letztendlich jedoch nur nachteilig für den Umgang mit dem Denkmal auswirken. Vielleicht liegt es daran, dass Denkmalpflege fälschlich als hinderlich für Transformationsprozesse wahrgenommen wird. Vielleicht erwartet man von ihr höhere Investitions- oder Betriebskosten. Vielleicht erscheint ihre Einbeziehung als zusätzlicher Arbeitsaufwand. Vielleicht hat sich der Denkmalschutz in den vergangenen Jahren aber auch zu häufig hinter starren Betrachtungen von Bestandsobjekten verschanziert. Es ist müßig dies von Fall zu Fall zu klären.

Wichtiger wäre es, weitverbreitete Vorurteile gegenüber Denkmalpfleger*innen durch neue gemeinsame Betrachtungen auf das Objekt und verbesserte Prozessqualitäten zu ersetzen. Denkmalschutz sollte als natürlicher

Partner im Nutzungsprozess wahrgenommen werden. Eine möglichst frühe Abstimmung aller Beteiligten muss Grundlage jeder Planung sein. Das setzt allerdings voraus, dass sich Denkmalpfleger*innen nicht ausschließlich als Hüter*innen des Denkmalwertes verstehen, sondern als Partner*innen und Dienstleister*innen im Sinne des Erhalts begreifen. Sie bringen das Wissen um die Bedeutung und Strahlkraft des Gebäudes mit – und sind zugleich Fachleute, die Möglichkeiten für dessen Nutzung mit in die Auseinandersetzung einbringen können. Nicht zuletzt ist die Denkmalpflege prädestiniert, bei Sanierungen und Neuausrichtungen auch die Rolle der Moderation zu übernehmen.

Was könnte ein Ziel sein?

34

Angesichts der komplexen Herausforderungen für den Gebäudebestand braucht es aus baukultureller Perspektive eine allseitig stärkere Sensibilisierung für unsere gebaute Umwelt – und das schon als Bildungsauftrag in der Schule und Weiterbildung. Mit diesem Ansatz kann es langfristig gelingen, die Wertschätzung des Gebauten in der Gesellschaft zu verankern. Dies würde sich auch positiv auf viele baukulturell bedeutsame Prozesse im Umgang mit denkmalwerter Architektur auswirken.

Ein weiterer Ansatz liegt in der Weiterentwicklung der Berufsbilder im Bereich Denkmalschutz: weg von rein objektzentrierten Rollen hin zu prozessorientierten Tätigkeiten. Denn unsere Mediennutzung und Kommunikationsformen haben sich in den vergangenen 15 Jahren grundlegend verändert. Leider ohne, dass sich dies in den Kommunikationsstrategien von Planungs-, Bau- oder Umbauprozessen widerspiegelt.

Was wäre, wenn im Zentrum der Denkmalpflege zukünftig der Kommunikationsauftrag zur nachhaltigen Nutzung von Gebäuden stünde? Die Befähigung zum oder zur Denkmalschützer*in müsste dann eng verknüpft sein mit den Kompetenzen eines Moderators oder einer Mediatorin. Damit ließe sich die Rolle der Denkmalpflege in Verhandlungen zum Erhalt oder zur Neuprogrammierung von Denkmälern deutlich stärken.



SOZIALE UND ÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN BENACHTEILIGTEN QUARTIEREN

MARGARETE MEYER

Mein Beitrag entsteht aus der Perspektive der Bearbeitung des Themas Soziale Stadt, heute „Sozialer Zusammenhalt“ in der Stadterneuerung bzw. Stadtentwicklung der Stadt Essen und des „Netzwerkes Soziale Stadt NRW“ (Anm.1), für die ich drei Jahrzehnte lang leitend tätig war.

Benachteiligte Quartiere

36

Zunächst benenne ich eine Reihe von Merkmalen der benachteiligten Stadtviertel/Quartiere zur Charakterisierung von Missständen, deren Bearbeitung gemäß Baugesetzbuch anzugehen ist.

Im § 171e BauGB (Baugesetzbuch) Maßnahmen der Sozialen Stadt heißt es:

„(2) Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist. Ein besonderer Entwicklungsbedarf liegt insbesondere vor, wenn es sich um benachteiligte innerstädtische oder innenstadtnah gelegene Gebiete oder verdichtete Wohn- und Mischgebiete handelt, in denen es

einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf.“

Es ist zu berücksichtigen, dass die Quartiere nicht über einen Kamm zu scheren sind, sondern jeweils analytisch zu betrachten sind. Sie können vielfältige Missstände aufweisen. Typische Kennzeichen, die sich nach Lage des Quartiers im Stadtgebiet, Größenordnungen der Stadt sowie Siedlungstypen, nicht selten sogar entlang einzelner Straßenzüge, stark unterscheiden können, kann man hier nur aufführen, treffen aber nicht auf alle Gebiete zu. In etlichen Gebieten ist auch festzustellen, dass sich Missstände räumlich auf kleine Bereiche konzentrieren und sich nicht flächendeckend abbilden. Bei den Bevölkerungsmerkmalen und der Sozialstruktur sind die Differenzen im Verhältnis zur Gesamtstadt zu betrachten. (Soziale Stadt NRW, o.J.) Vgl. hierzu verschiedene Veröffentlichungen zur Evaluation des Landesprogramms, insbesondere zu den Kontextindikatoren.

Zu untersuchen und konzeptionell zu bearbeiten sind:

- Städtebauliche Mängel, Aufwertungsbedarfe bei der Wohnsituation und dem Wohnumfeld, heruntergekommene Siedlungen oder brachgefallene Flächen, man-

gelnde Investitionsbereitschaft, Eigentümer*innen mit geringer Kapitalausstattung und wenig zahlungskräftigen Mieter*innen, Problemimmobilien, nicht genutzte oder vernachlässigte Denkmäler,

- Mangel an attraktiven Aufenthalts- und Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum; fehlende Begegnungsorte erschweren gute nachbarschaftliche Kommunikation,
- Benachteiligung durch Umweltbelastungen wie Verkehrsdichte, Lärm und Immissionen und mangelnde Grün- und Erholungsflächen, Klimatische Belastungen wie Hitzestress oder mangelnde Durchlüftung,
- Besondere Bedarfslagen hinsichtlich sozialer Dienste und Angebote zum Thema Gesundheit, Integration; höherer Unterstützungs-/Betreuungsbedarf bei Alleinerziehenden und/oder Geflüchteten, fehlender Zugang zu Kultur und z. T. zu Sportangeboten,
- Segregation: überdurchschnittlich hohe sozio-ökonomische Belastung gemessen am gesamtstädtischen Durchschnitt, dadurch Entstehung von „abgehängten“ Quartieren, Abwärtsspiralen, die sich verstärken durch Diskriminierungserfahrung, Vorurteile, Stigmatisierung,
- Arbeitslosigkeit, Armut, v. a. Kinderarmut,
- Geringere Bildungschancen gemessen an Übergangsquoten zu Gymnasien, teilweise bildungsferne Familien, zu geringe Unterstützung beim Lernen,

- Soziale Konflikte, Nachbarschaftskonflikte, Zusammenleben mit vielen Nationen, Geflüchteten, fehlende Sicherheit,
- ...

Die Gebietsgrößen der Fördergebiete schwanken bundesweit zwischen wenigen Hundert bis über 100 000 Einwohner*innen, wie es im Statusbericht Soziale Stadt 18 (Empirica AG et al., 2018) vor etlichen Jahren ermittelt wurde. Ein gutes Viertel der Gebiete liegt bei einer Bevölkerungszahl von 8000 sowie ein weiteres Viertel bei unter 2000.

In Essen gab es die Tradition, eher große Gebiete zu definieren. Inzwischen wird von Landesseite im Rahmen der neuen Förderrichtlinien zur Städtebauförderung 2023 gefordert, seitens der Kommunen kleinere Gebiete zu definieren, um die vollständige Realisierung aller vorgesehenen Maßnahmen im überschaubaren Zeitraum von ca. 5-6 Jahren realisieren zu können und Umsetzungsdefizite damit zu reduzieren.

Ziele der Förderprogramme und der Konzepte für Quartiere

Das Gesetz nennt auch schon den Handlungsbedarf: erheblich benachteiligte Quartiere, ...“in denen es einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf“.

Aus dieser Anforderung ergibt sich die Notwendigkeit, integrierte, mehrdimensionale Handlungskonzepte zu erarbeiten, die ressortübergreifend anzulegen sind und hohe Koordinierungsanforderungen aufweisen. Parallel soll genügend Raum für die Einbeziehung der Beteiligten bei der Konzepterstellung und Umsetzung gegeben werden. Hier steht der

Gedanke im Vordergrund, Selbsthilfekräfte zu stärken, die Mitwirkung anzuregen bzw. die Aktivierung derjenigen zu fördern, denen der Stadtteil nicht egal ist, auch um eine höhere Akzeptanz für alle Maßnahmen zu erzeugen. Mitmach- und Beteiligungsangebote erfordern daher besonderes Augenmerk.

Fachlich übergreifend und aus verschiedenen Quellen speist sich auch die Förderung durch EU, Bund, Land und Kommunen in den jeweiligen Ressorts. Der größte Förderanteil kommt aus dem Bund/Länder-Programm Städtebauförderung und den EU-Strukturfonds EFRE und ESF aber auch von Investitionen privater Seite oder Stiftungen. Als Besonderheit ist auf den Verfügungsfonds für bürger*innen-getragene Aktivitäten hinzuweisen. Dieser ermöglicht die Finanzierung von zahlreichen Initiativen und Aktivitäten vor Ort und nebenbei auch die konkrete Demokratieerfahrung in ortsnahen Gremien, häufig in Verbindung mit dem ebenfalls finanzierten Quartiersmanagement sowie den örtlichen Anlaufstellen wie Stadtteilbüros u. Ä.

Die Fördermittel dienen der Voll- oder Fehlbefarfsfinanzierung von unrentierlichen Maßnahmen sowie der Anteilsfinanzierung für z. B. private Verschönerungsmaßnahmen an Fassaden oder ergänzende Förderungen bei bestimmten Modernisierungen. Bei den sozialen Maßnahmen wird vielfach auf kommunale Mittel oder Mittel anderer Ressorts zurückgegriffen, was sich aber als ein aufwendiger Aushandlungsprozess gestaltet. Die Mittelbündelung stellt sich als eine sehr komplexe Aufgabe dar, da Förderprogramme in ihren Regelwerken durchdrungen werden müssen und Andockstellen zur Städtebauförderung gefunden werden müssen.

Auf der Arbeitsebene sind die Konzepte mit Arbeits- oder Lenkungsgruppen innerhalb der Stadtverwaltungen zu begleiten, um alle wichtigen Aspekte angemessen berücksichtigen zu können. Die Federführung ist dabei in den Kommunen in NRW unterschiedlich geregelt: von Sozialressort bis Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Stabsstellen oder eigens beauftragten externen Trägern oder Entwicklungsgesellschaften. Viele Kommunen haben sich auch das Prinzip der Sozialraumorientierung als gebietsbezogenen Strategischen Steuerungsansatz zu Eigen gemacht. Vorteilhaft ist eine stabile Arbeitsorganisation mit guter Aufgabenteilung, ergänzt durch ein leistungsfähiges Quartiersmanagement. Hauptziele des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ sind somit:

- Die Verbesserung der städtebaulichen und sozialen Situation mit flankierenden Maßnahmen der Bürger*innenbeteiligung und Aktivierung der Bewohnerschaft; Verbesserung der sozialen und der grünen Infrastruktur,
- Aufwertung der Wohn- und Lebensverhältnisse, z. B. Wohnumfeldverbesserung, Eigentümer*innenaktivierung, Gestaltung des öffentlichen Raums, Freiraumentwicklung, Lokale Ökonomie,
- Klimaschutzgerechte Quartiersgestaltung und ökologische Aufwertung; Umweltgerechtigkeit,
- Förderung des friedlichen Zusammenlebens, Stärkung von Nachbarschaften, Image-Maßnahmen und Konzepte, Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt oder Rassismus,

- Netzerkennung und Allianzen mit Institutionen und Akteur*innen vor Ort (z. B. soziale und gesundheitsbezogene Dienste, kulturelle Einrichtungen und Bildungstätten, Kitas und Schulen, Vereine und bürgerschaftliche Initiativen, Integration, Inklusion,
- Herstellen von Kommunikationsangeboten durch den Einsatz von Quartiersmanagements, Stadtteilbüros, Quartierszentren, Stadtteilkonferenzen, Beiräte, Eigentümer*innenaktivierung, etc.

Aufgrund der breit gefächerten Möglichkeiten des Förderprogramms hat sich auch die Konjunktur von einzelnen Themenfeldern in der nun über 30 jährigen Praxis verändert. Standen am Anfang eher bauliche Maßnahmen im Vordergrund, werden heute mehr integrierte

Maßnahmen entwickelt, die auch die soziale Seite des Programms betonen. Auch die Entwicklung zum Bildungscampus oder zu Stadtteilschulen sowie die Infrastrukturanpassung in den Quartieren sind viel wichtiger geworden.

Das Thema Nachhaltigkeit war von Anfang an ein Grundprinzip bei der Projektentwicklung, die vielfach als Mehrzielprojekte geplant und umgesetzt wurden und längst verstetigt werden konnten.

Die Aufgabenstellung Anpassung an den Klimaschutz und Klimawandel hat spätestens seit der jüngsten Neufassung der Förder Richtlinien 2023 eine wesentlich höhere Bedeutung erhalten.



Abb. 1: Denkmalgeschützte Zechensiedlung Kolonie Hegemannshof, Meerbruchstraße in Essen.
Nachweis: Holger Krüssmann, Stadt Essen.

In Essen wurden gerade in den ersten Jahren viele Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration mit Hilfe von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen vorangetrieben. Als Beispiele sind zu nennen: Sozialer Wohnungsbau, Radwegebau, Kirchenrenovierungen, Denkmal-Renovierung, Gewerbegebiete zu parkähnlichen Anlagen wie am Bürger- und Handwerkerpark oder das Gründerzentrum ZukunftsZentrumZollverein (Triple Z AG), weiterhin Marketing-Offensiven mit dem Einzelhandel, Renovierung von denkmalgeschützter Zechensiedlung mit Hilfe von türkischsprachigen Quartiersarchitekten.

30 Jahre Soziale Stadt in Essen-Katernberg

Essen Katernberg gehörte zu den ersten geförderten Gebieten in NRW, da ein Bezug zur Zeche Zollverein bestand, die in besonderem Landesinteresse mit ihrer überragenden geschichtlichen und architektonischen Bedeutung steht und heute als Weltkulturerbe einen herausragenden Anziehungspunkt für Kultur, Design, Museum und Veranstaltungen darstellt. Das Fördergebiet erstreckte sich rund um die Zeche Zollverein, anfangs nur in Katernberg, später kamen Stoppenberg und Schonnebeck dazu.

Die Förderung erfolgte auf Basis der jeweiligen integrierten Konzepte für den Stadtteil (IEK) unter fortlaufender Beteiligung und Einbindung der Bürgerschaft, z.B. in über 50 Stadtteilkonferenzen. Besonders betrachtet wurden die zahlreichen Verbindungen zwischen Zollverein mit den verschiedenen Standorten und dem Stadtbezirk. Alle Maßnahmen wurden unterstützt durch die starke Vernetzung und aktive Mitwirkung aus dem Stadtbezirk. Mithilfe des Verfügungsfonds für bürger*innengetragene Aktivitäten und Ein-

richtung der Lenkungsgruppe (Verwaltung, Ortpolitik und Institutionen) konnten zahlreiche Aktionen unterstützt werden.

Maßnahmen des Stadtteilprojektes Katernberg haben zahlreiche Auszeichnungen beim „Preis Soziale Stadt“ u.a. sowie den „Nationalen Preis für Stadtentwicklung“ für die Umsetzung des ganzen Projektes erhalten.

Projekt „Katernberger Bach – Mach mit am Fluss!“ (Stadtteilprojekt Katernberg)

Der Katernberger Bach verlief seit Jahrzehnten unterirdisch in einem Abwasserkanal in einem öffentlichen Park. Für die notwendige Parkumgestaltung und die Renaturierung des Gewässers haben die Stadtverwaltung (zuständig für den Park) und die Emschergenossenschaft (zuständig für den Wasserlauf des Emschersystems) ihre Planung, Finanzierung und die Umsetzung Hand in Hand vorgenommen. Die Anlieger*innen wurden intensiv zur Einbringung von Ideen, Wünschen und Anregungen in die Planung einbezogen. Zwischenstände und Baufortschritte wurden öffentlich kommuniziert und durch Begehungen und verschiedene Feste begleitet. Einzelne Initiativen von Schulen (blaues Klassenzimmer), Jugendeinrichtungen (Kunst), Kita (Spielplatz) und privaten Imker-Vereinen konnten konzeptionell eingebunden werden. Der Katernberger Bach wurde schließlich auf einer Strecke von 1.100 Metern als neues „blaues Band“ im Grünzug offen gelegt und hat die angrenzenden Wohngebiete erheblich aufgewertet.

Die Nominierung für den „Bundespreis Stadtgrün 2022“ und Auszeichnung mit dem „Preis Soziale Stadt“ erfolgten im Jahr 2022.

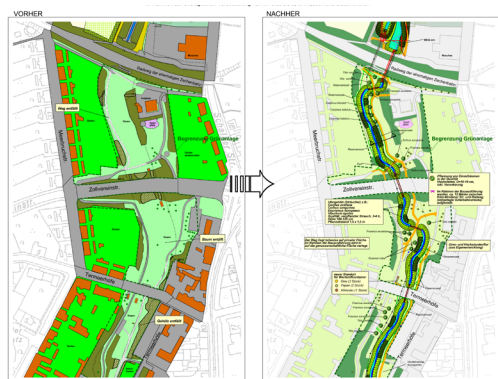


Abb.2: Planung Renaturierung Katernberger Bach.
Nachweis: EmscherGenossenschaft.



Abb.3: Planung Renaturierung Katernberger Bach.
Nachweis: EmscherGenossenschaft.



Abb.4: Planung Eltingplatz.
Nachweis: Siegerentwurf häfner jiménez betcke
jarosch landschaftsarchitektur gmbh, Stadt Essen.

Innovation City im Eltingviertel (Stadtteilprojekt Altenessen-Süd/Nordviertel)

Die Machbarkeitsstudie für das „Eltingviertel / Viehofer Platz“ erfolgte bereits im Jahr 2017 mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die städtische Quartiersentwicklung ist in Abstimmung mit den Partner*innen VONOVIA SE, RWE, EmscherGenossenschaft, STEAG, Stadtwerke Essen, Innovation City Management GmbH, Bottrop, entstanden.

Mit Förderung der Kreditanstalt für Wiederaufbau konnte ein integriertes Quartierskonzept (IEKK) für das Eltingviertel, das teilweise aus den 20er Jahren stammt, erarbeitet werden. In Folge konnte 2020 auch ein Sanierungsmanagement mit umfangreichen Beratungs- und Veranstaltungsangeboten zum Thema „Energetische Sanierung“ für die Bewohner*innen beauftragt werden. Seitens der Stadt erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit dem ansässigen Wohnungsunternehmen, das parallel umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen und die Begrünung von Innenhöfen vornahm.

Die Entwicklung im Quartier wurde ergänzend seitens der Stadt mit dem klimagerechten Umbau des Eltingplatzes und der Eltingstraße (in Bau) sowie zahlreichen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit flankiert. Auch die zu erwartende Mietpreissteigerung konnte sehr niedrig ausfallen, da durch Energieeinsparungen der höhere Mietpreis fast aufgefangen werden konnte. Für Sozialmieter*innen gab es zudem Sondervereinbarungen mit dem Träger der Kosten für die Unterkunftsleistungen. Weitere Besonderheiten sind das jährliche Lichterfest, günstige Mietmöglichkeiten für Künstler*innen und die



Abb. 5: Ostermannplatz. Nachweis: Essen Marketing gmbh.

42

geplante Anbindung an das überregionale Radwegenetz, den Radschnellweg RS 1. Die Gentrifizierung des Viertels ist wie gewünscht sehr maßvoll ausgefallen und es konnten zahlreiche Mängel im Quartier (u.a. Sicherheitsprobleme, Ruhender Verkehr, Mietkonflikte) behoben werden. Eine weitere ähnliche Quartiersentwicklung mit weiteren Partner*innen aus der Wohnungswirtschaft konnte im Anschluss in Essen Katernberg beim „Grünen Norden Katernberg“ angestoßen werden.

Neugestaltung Weberplatz (Stadtteilprojekt Innenstadt, Ost-, Südostviertel)

Eingebettet in das Entwicklungskonzept für die Innenstadt („Zukunft.Essen.Innenstadt“) wird als vorgezogene Maßnahme der Weberplatz neu gestaltet. Der Weberplatz soll u.a. als Scharnier die Anbindung der Universität und der „Grünen Mitte“ zur Innenstadt verbessern. Aus dem weitgehend versiegelten Platz soll nach Durchführung des freiraumplanerischen Wettbewerbs mit umfangreichen

Beteiligungsmöglichkeiten im Jahr 2023 entsprechend dem Siegerentwurf nun das „Blau-grüne Wohnzimmer“ mit Neubepflanzung und Angeboten zum Wasserspielen entstehen.

Das Projekt „WEBER1“ wird nebenan in Kooperation mit der Allbau GmbH zur Schaffung neuen Wohn- und Arbeitsraums mit der Errichtung von voraussichtlich 51 öffentlich geförderten Wohnungen und Büro-, Gewerbe- und Gastronomieflächen sowie dem Standesamt gebaut. Bereits einige Jahre zuvor wurde der Umbau der angrenzenden Kreuzeskirche in Kooperation mit der Ev. Kirchengemeinde Essen-Altstadt, dem Forum Kreuzeskirche Essen e. V. und weiteren Partner*innen realisiert: Das denkmalgeschützte Kirchengebäude wurde privatisiert aber mit einer Nutzungserweiterung als „Kultur- und Gemeindekirche“, wo heute zahlreiche Veranstaltungen stattfinden.



Abb. 6: „Das blaugrüne Wohnzimmer am Weberplatz“ Siegerentwurf GREENBOX LANDSCHAFTSARCHITEKTEN, Köln. Nachweis: Stadt Essen.



Abb. 7: Weberplatz mit Kreuzeskirche. Nachweis: Stadt Essen.

Weitere integrierte Projekte in Essen im Programm Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt:

- Quartier am Niederfeldsee in Essen-Alten-
dorf: Radwegebau auf alten Bahntrassen,
Neuanlage eines Sees, Neubau von So-
zialwohnungen im Mix mit freifinanzierten
Wohnungen, Soziale Einrichtungen wie
Fahrradstation, Senior*innen-Angebote;
Veranstaltungen und Reinigungsaktionen
organisiert von der Bürgerschaft,
- Parkgestaltungen: Kaiser Wilhelm Park in
Altenessen-Nord, Waldthausenpark in Es-
sen City, Elisenpark im Ostviertel, Krupp-
Park in Altendorf,
- Umbau von Stadtplätzen: Mehrgeneratio-
nenplatz an der Christuskirche in Alten-
dorf, u.a. Erschließung von Sportanlagen
Verkehrsintegrierender Umbau von Haupt-
verkehrsstraßen in Altendorf,

- Schulbauprojekte als Stadtteilschulen mit
sozialen und infrastrukturellen Angeboten
für die Nachbarschaft: Gustav-Heinemann
Gesamtschule in Schonnebeck, Gesamt-
schule Bockmühle (in Planung),
- Musische Projekte, Gesundheitsprojekte
u.v.m.

Städtenetz Soziale Stadt NRW

Wichtig zu erwähnen ist mir auch der kontinuierliche Austausch im Netzwerk Soziale Stadt NRW auf Basis einer Kooperationsvereinbarung mit rund 35 Städten in NRW, angesiedelt bei der Stadt Essen, wofür ich 30 Jahre lang die Geschäftsführung wahrgenommen habe. (Anm.2)

Damit wurden Sachverstand und Erfahrung in diesem Neuland zwischen den beteiligten Kommunen ausgetauscht und neue Standards der Bearbeitung gesetzt - von gemeinsamer Evaluation des Programms bis hin

zu Zielbestimmungen, Veranstaltungen, und Positionspapieren. Es half bei der Justierung der eigenen Aktivitäten und bei der Stärkung des gesamten Themas in der Öffentlichkeit sowie der Interessenwahrnehmung in der Sache für gute nachhaltige Projekte. Eine enge Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landesministerium sicherte zusätzlich die Aktualität von Informationen.

Anmerkung 1

Das Programm startete 1993 als NRW-Förderprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und wurde 1999 Teil des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Heute firmiert das Programm unter dem Titel „Sozialer Zusammenhalt“, spezifisch „Sozialer Zusammenhalt in NRW – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“.

Anmerkung 2

Aufgrund der inzwischen abgeschlossenen Kooperation mit weiteren Landesnetzwerken firmiert es seit 2024 unter der Federführung der Stadt Münster als Netzwerk Stadtentwicklung, Arbeitsgruppe Soziale Stadt. Die kommunale Koordinierung der AG ist weiterhin in Essen angesiedelt.

Literaturverzeichnis

Soziale Stadt NRW. (o. J.). Publikationen des ehemaligen Städternetzes Soziale Stadt NRW (bis 2023). Abgerufen am [Datum des Zugriffs], von <https://www.soziale-stadt-nrw.de>

Empirica AG, Heyn, T., Heckenroth, M., & Fischer, C. (2018). Begleitforschung der Städtebauförderung, Bundestransferstelle Soziale Stadt: Statusbericht Soziale Stadt 2017/2018. Im Auftrag von Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.



AKTEUR*INNEN, ALLIANZEN UND PROZESSE

STEFAN SPÖRL | VANESSA ZIEGLER

46

Laut den Zielsetzungen der Bundesregierung und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes soll Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral werden und bereits bis 2030 mindestens 80 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen beziehen. Um diese Ziele zu erreichen sind bedeutsame Anstrengungen mit Blick auf Klimaschutzmaßnahmen notwendig (vgl. BMWK 2024). Diese Tatsache ist überwiegend Konsens im politischen Raum und in der Bevölkerung. Handlungsspielraum besteht demgegenüber bei der konkreten Operationalisierung dieser Ziele: Wie sollen sie erreicht werden?

Photovoltaik und Solarthermie können dabei einen wichtigen Beitrag zur grünen Stromerzeugung, Wassererwärmung und Gebäudeheizung leisten. Zugleich beinhalten diese Lösungen ein großes Konfliktpotenzial, insbesondere mit Blick auf die Rolle der denkmalgeschützten Bausubstanz (vgl. Wild 2024, 21). Eine breite Vielfalt von Akteur*innen – Eigentümer*innen, Be- und Anwohner*innen, Entwickler*innen/Investor*innen, Denkmalbehörden, Tourismusstellen usw. – verfolgt unterschiedliche Interessen, die nicht immer leicht auszuhandeln sind. Eine Herausforderung besteht etwa darin, erneuerbare Energien zu fördern und somit eine zeitgemäße Nutzung von Denkmälern zu ermöglichen, ohne dabei die geschützte Bausubstanz oder das Erscheinungsbild zu beeinträchtigen. Während der Substanzschutz

etwa auf historische Dacheindeckungen und Fassaden abzielt, umfasst der Schutz vor visueller Beeinträchtigung etwa Dachlandschaften und (Stadt-)Ansichten. Letzterer muss sicherstellen, dass die Anbringung der technischen Anlagen keine negativen Auswirkungen verursacht und kann damit über den Denkmalwert der einzelnen Objekte hinaus gehen und etwa auch Bereiche betreffen, die unter Ensemble- bzw. Umgebungsschutz stehen (vgl. Wild 2023, 227).

Die Rolle des baukulturellen Erbes in der nachhaltigen Energieversorgung

Üblicherweise werden zwei grundsätzliche, einander entgegenstehende Argumente vorgebracht: Die eine Seite vertritt die Position, Denkmäler sollten aus der Diskussion um Solarenergie und -thermie grundsätzlich ausgeklammert werden, da sie ohnehin mit etwa 3 % einen nur unerheblichen Anteil an der gesamten Bausubstanz ausmachen (vgl. ebd., 225). Demnach sollten zuerst diejenigen Strukturen umgebaut werden, die keinem solchen Schutzstatus unterliegen. Auf der anderen Seite steht die Position, dass auch Denkmäler ihren Beitrag leisten können und sollten, und genau aus diesem Grund nicht ausgeklammert werden dürfen; es erfordere allerdings eines besonderen Umgangs mit ihnen. Letztere wird durch Aussagen wie die des Bayerischen Kunstministers Markus Blume, in einer Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft

und Kunst (StMWK) unterstrichen – „Denkmalschutz ist Klimaschutz!“ (StMWK 2023) – womit die Idee der Verantwortung der Kultur betont wird.

Solche pauschalen Haltungen greifen jedoch oftmals zu kurz: Weder sind alle denkmalgeschützten Gebäude gleich, noch ihr Kontext oder die Nutzungswünsche ihrer Bewohner*innen und Eigentümer*innen. Angesichts der zunehmenden Relevanz und offensichtlichen Auswirkungen des Klimawandels lässt sich jedoch ein Wandel in der Gesellschaft und Politik feststellen. So wurden bereits einige Gesetze in den letzten Jahren angepasst – beispielsweise die Novellierung der Denkmalschutzgesetze NRW in 2022 und Bayern in 2023 –, sodass die Errichtung von Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden nicht mehr länger per se dem Denkmalschutz untergeordnet ist. Wichtige Anpassungen betreffen somit etwa die Erforderlichkeit zur Abwägung zwischen den Belangen von Klimaschutz und Denkmalschutz, die nun grundsätzlich gleichgestellt sind. In Bayern darf zum Beispiel die Erlaubnis zur Errichtung von Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden nur dann versagt werden, wenn „überwiegende Gründe“ (vgl. Art. 6, Abs. 2 BayDSchG) des Denkmalschutzes entgegenstehen. Ähnlich formuliert es auch das Denkmalschutzgesetz NRW, ergänzt aber eine Erlaubnispflicht, wenn ein „überwiegendes öffentliches Interesse“ (vgl. § 9 DSchG NRW) die Maßnahme verlangt.

Um den kommunalen Entscheidungsspielraum faktenbasiert, einheitlich und transparent auszufüllen, entwickeln viele Behörden derzeit Leitlinien und Kriterienkataloge. Diese sollen meist als Handlungsgrundlage und Ent-

scheidungshilfe dienen und, unter Berücksichtigung der Komplexität von Denkmälern in der Stadtlandschaft, die Entwicklung von Solaranlagen gesamträumlich steuern.

Prozessgestaltung mit vielfältigen Akteur*innen und Interessen

Büros wie RHA REICHER HAASE ASSOZIIERTE unterstützen Kommunen bei dieser komplexen Aufgabe. Deren Bewältigung erfordert einen dialogorientierten Prozess, in den alle relevanten Akteur*innen einbezogen werden, um die unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Interessen miteinander zu verbinden und eine möglichst hohe Ergebnisqualität sowie die Akzeptanz aller zu gewährleisten. RHA versteht sich dabei als einer der Akteure innerhalb dieses Prozesses, insbesondere in der Moderations- und Mediationsrolle. Dabei hat sich gezeigt, dass es für das Gelingen dieser Art von Vorhaben vorteilhaft ist, wenn externe Expert*innen mit sowohl fachlicher als auch prozessualer Kompetenz involviert sind, die zudem eine sachliche, unvoreingenommene Haltung mitbringen. Schnittstellenwissen durch Expertise in den Bereichen Städtebau, Stadtentwicklung, städtebauliche Denkmalpflege, Architektur und Baukultur ist dabei besonders wertvoll. Planungsbüros wie RHA können damit den Prozess auf dreierlei Weise bereichern:

- **Fachlich:**
Erarbeitung inhaltlicher, z.B. städtebaulicher Analysen, Grundlagenrecherchen, Attributkartierungen, Sichtanalysen usw.
- **Prozessual:**
Konzipierung und Durchführung von Beteiligungsformaten, Abstimmung von Inhalten mit relevanten Akteur*innen

- Kommunikativ:
Erstellung von Plandokumenten und -grafiken zur Implementierung in die Praxis und zielgruppengerechten, ansprechenden Kommunikation von komplexen Inhalten

Dabei gilt es, den Prozess so zu gestalten, dass die einzelnen Bausteine bestmöglich aufeinander abgestimmt sind und ineinandergreifen: Idealerweise sollten gleich zu Beginn („Phase Null“) die konkreten Ziele des Projektes definiert werden. Darauf baut mitunter die Identifikation der einzubeziehenden Akteur*innen auf, die frühzeitig anzusprechen sind: In Form von Beteiligungsformaten mit

zentralen Akteur*innen, reflektiert, diskutiert und qualifiziert werden. Abschließend gilt es die erarbeiteten Ergebnisse für ein breites Publikum transparent und verständlich aufzubereiten und zu präsentieren. Die finale Zusammenstellung der Ergebnisse sollte dabei grafisch ansprechend und intuitiv lesbar aufbereitet sein und weitere Informationen bereithalten, wie etwa direkte Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten.

Praxisbeispiel: Rahmenplanung Solaranlagen für Denkmal-Ensembles in Bayreuth

Als Beispiel für die oben dargestellte Prozessgestaltung (vgl. Abb. 1) dient nachfolgend die im Jahr 2023/2024 durch RHA erarbeitete Rahmenplanung Solaranlagen für Denkmalensembles in Bayreuth. Die als Wagnerstadt für die jährlichen Festspiele bekannte oberfränkische Stadt weist eine äußerst vielfältige Historie auf, die sich bis heute in der Stadtstruktur widerspiegelt. Neben besonders herausragenden Stadtbausteinen wie dem Alten Schloss, dem Neuen Schloss und der UNESCO Welterbestätte des Markgräflichen Opernhauses finden sich rund sieben Denkmalensembles mit besonders wertvollen Stadtstrukturen aus unterschiedlichen Epochen.

Vor dem Hintergrund der 2023 angepassten Rechtsnormen des Bayrischen Denkmalschutzgesetzes wurde durch den Stadtrat der Entschluss zur Erstellung eines Rahmenplanes zur Steuerung des Ausbaus von Solarenergie in eben jenen Denkmalensembles gefasst.

Zieldefinition:
Wie oben dargestellt wurde auch für die Rahmenplanung für Solaranlagen in Bayreuth



Abb. 1: Beispielhafte Prozessgestaltung.
Nachweis: RHA 2024.

(unterschiedlichen) Akteur*innengruppen sollten die Ziele, das Vorgehen und die jeweiligen Erwartungen reflektiert und abgestimmt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Einigkeit über den Rahmen besteht und mögliche Konflikte früh adressiert werden.

Die inhaltliche Ausarbeitung erfolgt als iterativer Prozess, bei dem zielgerichtet bestimmte Meilensteine, in enger Abstimmung mit den

als erster Schritt die Zieldefinition herausgearbeitet. Dabei wurden mehrere Ziele benannt, die mit der Erarbeitung adressiert wurden:

- Förderung des Einsatzes von regenerativen Energien (Solarenergie)
- Schaffung einer transparenten und fachlich fundierten Entscheidungsgrundlage
- Kommunikation möglicher Hürden und Restriktionen
- Entwicklung von Leitlinien und Regelungen für die Gestaltung und Anbringung der Solaranlagen

Diese Ziele bildeten die Grundlage für die weitere Prozesskonzeption und Einbindung von Akteur*innen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Förderung von Solarenergie und der Kommunikation möglicher Hürden und Restriktionen galt es die gezielte Einbindung verschiedenster Akteur*innen zu koordinieren.

Akteur*innenidentifikation

Grundlage der Akteur*innenidentifikation war insbesondere auch die Berücksichtigung der Untersuchungsräume. Neben der Unteren Denkmalbehörde wurde aufgrund der Eintragung der Gebiete als Denkmalensembles daher auch das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) als oberste Denkmalbehörde Bayerns eingebunden. Darüber hinaus liegen im großflächigen Denkmalensemble „Stadtkern Bayreuth“ eine Vielzahl bedeutender Stadtbausteine, etwa das Alte Schloss und das Neue Schloss, für deren Eigentümervertretung die Bayerische Schlösserverwaltung (BSV) zuständig ist. Ebenso findet sich in diesem Ensemble die UNESCO-Welterbestätte des Markgräflichen Opernhauses, was auch zur Einbindung des

International Council on Monuments and Sites (ICOMOS) Deutschland geführt hat. Als relevante Akteur*innen für den Prozess wurden zusammenfassend die folgenden Gruppen und Stakeholder identifiziert und für die Einbindung in den Prozess vorgesehen:

- Eigentümer*innen
- Be- und Anwohner*innen
- Investor*innen/Entwickler*innen
- Verwaltung
 - Denkmalbehörden
 - Stadtplanung/-entwicklung
 - Städtebauförderung
 - Bauaufsicht
 - Feuerwehr
 - Klimaschutzmanagement
- Stadtheimatspfleger
- Staatliches Bauamt
- Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (BSV)
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (BLfD)
- International Council on Monuments and Sites (ICOMOS)

Basierend auf dieser Zusammensetzung wurde eine zweigleisige Partizipation durchgeführt. In Form einer öffentlichen Veranstaltung zu Beginn des Projektes wurden Eigentümer*innen, Be- und Anwohner*innen sowie Investor*innen/Entwickler*innen und Vertreter*innen der lokalen Politik frühzeitig eingebunden. Nach einer Vorstellung des Anlasses und geplanten Vorgehens wurde mit den Teilnehmer*innen über die Ziele und Ergebnisse diskutiert und die Erwartungshaltung aufgenommen, um diese in den Prozess einfließen zu lassen. Darüber hinaus wurde das wertvolle lokale Wissen gezielt abgerufen um den Erarbeitungsprozess weiter zu qualifizieren.

Zum anderen wurde ein „Runder Tisch“ initiiert, der zu ausgewählten Meilensteinen der Erarbeitung eingebunden wurde, um die Erkenntnisse zu diskutieren und sachdienliche Hinweise in den Prozess einfließen zu lassen und die Nutzung als Entscheidungsgrundlage für die Verwaltung zu gewährleisten. Teilnehmer*innen dieses Runden Tisches waren die weiteren Stakeholder, insbesondere die Verwaltung und Vertreter*innen der oben genannten Institutionen.

Prozesskonzeption und Erarbeitung

Der Prozess wurde vor dem Hintergrund der Zielsetzung und der Akteur*innenzusammensetzung in zwei Phasen unterteilt. In der ersten Phase wurde eine umfassende Bestandsaufnahme und städtebaulich-denkmalpflegerische Analyse durchgeführt. Insbesondere die Identifikation und Kategorisierung von Sichtbarkeiten und Dachlandschaften bildeten einen zentralen Untersuchungsgegenstand; zudem wurden auch Zugänglichkeit und Kontext der weiteren Stadtstrukturen näher untersucht.

In der zweiten Phase wurde, basierend auf den Ergebnissen der Untersuchung, der Rahmenplan entwickelt, der die Dachflächen aller Gebäude in den Ensembles im Hinblick auf die Anbringung von Solaranlagen in vier Kategorien einteilt:

- Solaranlagen ohne besondere Gestaltungsanforderungen
- Nach Einzelfallprüfung (bedingte oder besondere Gestaltungsanforderungen)
- Nach Einzelfallprüfung (besondere oder höchste Gestaltungsanforderungen)
- Keine Solaranlagen

Ergänzt wurde der Rahmenplan dabei um Leitlinien, die exemplarisch die genannten Gestaltungsanforderungen an Solaranlagen und im Hinblick auf die Anbringung (insb. Lage und Ausmaße) erläutern und grafisch darstellen.

Abschluss und Präsentation

Alle Ergebnisse, also der Prozess, die Methodik, die Analyse, der Rahmenplan und die Leitlinien wurden grafisch anschaulich und leicht verständlich aufbereitet und in einem Abschlussbericht zusammengestellt und textlich erläutert. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf einer einfachen Lesbarkeit für ein breites Publikum, sodass zum Beispiel Eigentümer*innen intuitiv erkennen können, welche Herausforderungen oder Restriktionen bei der Anbringung von Solaranlagen, an ihrer Immobilie bestehen könnten. Die konkrete Gestaltung und Abstimmung erfolgt dann im Einvernehmen mit der Unteren Denkmalbehörde - der Rahmenplan besitzt als informelles Planungsinstrument keine unmittelbare rechtliche Bindung. Eine entsprechende Kommunikation und konkrete Ansprechpartner*innen finden sich entsprechend auch bei den relevanten Bereichen des Rahmenplanes und bilden somit eine weitere Unterstützung für die angestrebte Förderung der Nutzung von Solarenergie in Bayreuth.

Reflexion und Fazit

Das Beispiel der Rahmenplanung Solaranlagen in Denkmalensembles in Bayreuth weist drei zentrale Bausteine auf, die für den erfolgreichen Ablauf des Prozesses und ein breit akzeptiertes Ergebnis entscheidend waren:

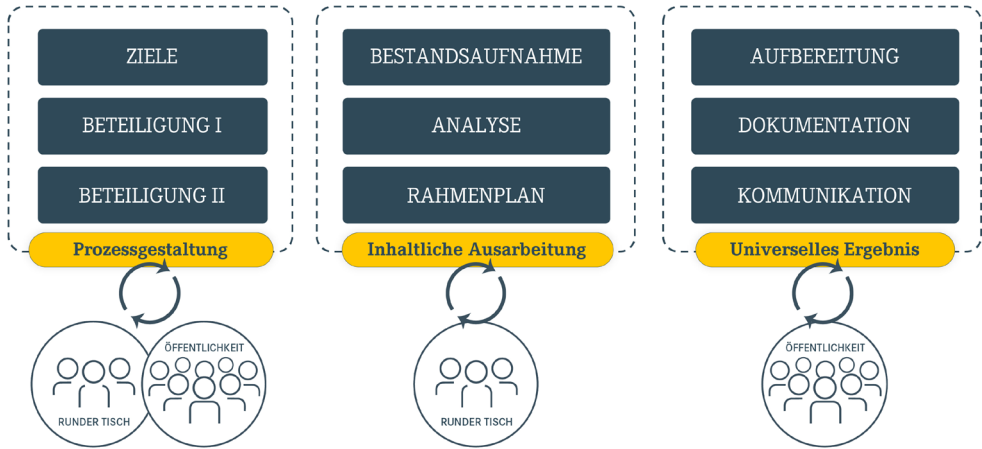


Abb. 2: Zentrale Bausteine im Rahmenplanungsprozess in Bayreuth. Nachweis: RHA 2024.

1. Prozessgestaltung

Wie vorab dargestellt werden in „Phase Null“ die Ziele definiert, die relevanten Akteur*innen identifiziert und alle Akteur*innengruppen frühzeitig eingebunden. Abgestimmtes Vorgehen und Erwartungshaltungen bilden die Grundlage des Prozesses und Basis einer hohen Akzeptanz.

2. Inhaltliche Ausarbeitung

Die kontinuierliche Abstimmung und ein Ansatz der iterativen Erarbeitung sichert eine hohe Qualität und Nutzbarkeit der Ergebnisse. Die Zusammensetzung der eingebundenen Akteur*innen basiert auf der vorherigen Zieldefinition, die auch die breite Öffentlichkeit umfassen.

3. Universelles Ergebnis

Die Aufbereitung der Ergebnisse für ein breites Publikum ist entscheidend für die Wahrnehmung als universell akzeptiertes und allgemein nutzbares Ergebnis. Die transparente und verständliche Darstellung ist zentral für die Anwendung in der Praxis, erleichtert die Kommunikation

der Ergebnisse und bildet die Grundlage für die weitere Kommunikation unter den Akteur*innen.

Zusammenfassend zeigt das Beispiel der Rahmenplanung Solaranlagen für Denkmalensembles in Bayreuth, dass eine sorgfältige und gemeinsam abgestimmte Prozessgestaltung einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung oder Auflösung von potenziellen Konflikten zwischen Denkmalschutz und Solarenergie leisten und somit ein breiter Konsens vor Ort erreicht werden kann. Dies gilt umso mehr, wenn der Prozess in eine (kommunale) Gesamtstrategie eingebunden wird und die Wende zu erneuerbaren Energien und Treibhausgasneutralität gesamtheitlich gedacht wird.

Der Rahmenplan Solaranlagen für Denkmal-Ensembles in Bayreuth kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

https://www.bayreuth.de/wp-content/uploads/2024/04/240423_Endbericht_ck_KURZFASSUNG_final_gesch-1.pdf

Literaturverzeichnis

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 2024: Erneuerbare Energien. Abgerufen von <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html> (Zugriff: 26.02.2025)

StMWK – Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, 2023: Innovatives neues Denkmalschutzgesetz – Kunstminister Blume: „Wir bringen Tradition und Innovation zusammen: Denkmalschutz ist Klimaschutz“. Pressemitteilung Nr. 51 vom 15.06.2023

Wild, Moritz 2024: Denkmalschutz. Grundwissen für Denkmaleigentümer, Wiesbaden 2024. essentials, Springer Vieweg

Wild, Moritz 2023: Denkmalschutz-Kompendium. Handreichung für die behördliche Praxis., Wiesbaden 2023. Springer Vieweg





EINBLICKE & AUSBLICKE



ROBUSTE PRINZIPIEN

JUTTA ALBUS

Klimasensibler Umgang mit dem Baubestand

Um zukunftsfähige Planungsansätze für den umbauten Raum vor dem Hintergrund von Klimawandel und Ressourcenschonung zu erreichen, bedarf es ganzheitlicher Maßnahmen und Prinzipien, die sich für Bestands- und Neubaumaßnahmen gleichermaßen eignen.

56 | Mit dem heutigen Verständnis einer klimaneutralen Bautätigkeit müssen wir Herangehensweisen stärken, die durch Um- und Weiternutzungsszenarien von Gebäuden eine zentrale Rolle im Planungsgeschehen spielen und damit zu einer Reduzierung von Umweltwirkungen führen. Auf der anderen Seite ist die Berücksichtigung von Bedürfnissen von Nutzer*innen elementar, um lange Lebenszyklen des Gebauten zu gewährleisten. Neben funktionalen, ökologischen und ökonomischen Eigenschaften sind daher architektonisch-qualitative Aspekte ein essenzielles Kriterium in der nachhaltigen Lösungsfindung. Architektur muss es sich zur Aufgabe machen, mittels ganzheitlicher Planungsansätze auf die vielschichtigen Anforderungen heutiger Bedarfe zu reagieren.

Dabei spielen robuste Bauweisen eine wichtige Rolle, um Lebensdauern von Gebäuden zu verlängern und gleichzeitig Emissionen und Verbräuche durch kluge bauliche Maßnahmen bereits in frühen Planungsphasen zu reduzieren. Konkrete integrale Eingriffe führen so zu einer Optimierung des Bauprozesses und der späteren Nutzung.

Das Anforderungsgeflecht heutiger Bauaufgaben ist komplex und die in diesem Zusammenhang abzuwägenden Aspekte für den Erhalt oder Abriss eines Gebäudes sollten mit Bedacht und im Hinblick auf einen gesamtheitlichen Ansatz und größtmöglichen Nutzen für die Bauaufgabe respektive ihre Nutzer*innen abgewogen werden. Der Rückbau, verbunden mit einer möglichen Neubaumaßnahme, stellt häufig eine schnelle und oftmals wirtschaftliche Lösung dar. Bevor es aber zu einer Entscheidungsfindung kommt, sollten geeignete Nach- und Umnutzungsszenarien eruiert werden, um die Lebensdauer des Gebauten sinnhaft zu verlängern und damit den erneuten Einsatz von grauer Energie zu vermeiden. Nicht mehr neu bauen, sondern ergänzen oder ertüchtigen und mit dem Bestehenden eine Beziehung eingehen bedeutet eine der Hauptaufgaben des heutigen Planungs- und Baugeschehens.

Der aktuelle Diskurs widmet sich daher dem Einsparen von Ressourcen und der Reduktion von Emissionen, der Wiederverwendung von Bauteilen und Baustoffen und der Vermeidung von Abfällen. Ein Umdenken bisheriger Herangehensweisen, die sich allzu sorglos oder wenig Bedacht mit Rückbau und Neubau beschäftigt haben, ist dringend erforderlich. Eine Auseinandersetzung mit dem Kontext und auch den Anforderungen über die funktionalen, wirtschaftlichen oder technischen Belange hinaus, erscheint in diesem Zusammenhang sinnfälliger. Es geht um den lokalen Bezug dessen, was wir errichten. Wie können wir mit einfachen,

Abb. 1: Adaption eines Wohngebäudes in Daimiel (ES) Bloque de Viviendas al Parterre von M. Fisac Sarna im Original. Nachweis: Marati/Nuss/Riedel: Sanierungsentwurf für die Adaption eines Wohngebäudes in Daimiel (ES) Bloque de Viviendas al Parterre. Originalzustand von M. Fisac Sarna.

minimalinvasiven Maßnahmen von vornherein an eine Aufgabe herangehen, sodass sie sich wie selbstverständlich aus dem Kontext ergibt?

Dabei sind das gebäudenaher Umfeld und der größere räumliche Bezug als auch die Ebene des Gebäudes selbst von Bedeutung. Unter Berücksichtigung dieser unterschiedlichen Maßstabsebenen ist es möglich, sozial-gesellschaftliche Interessen genauso mitzudenken, wie funktionale oder raumtechnische Anforderungen. Wie können lebenswerte Quartiere entstehen, und wodurch lassen sich Synergien für das Gebäude und dessen Umgebung erzeugen? Studierende der Juniorprofessur REB haben dies im Sommersemester 2023 beispielhaft für die Erhöhung des von Miguel Fisac geplanten Wohngebäudes in Daimiel geprüft (Abb. 1-3).

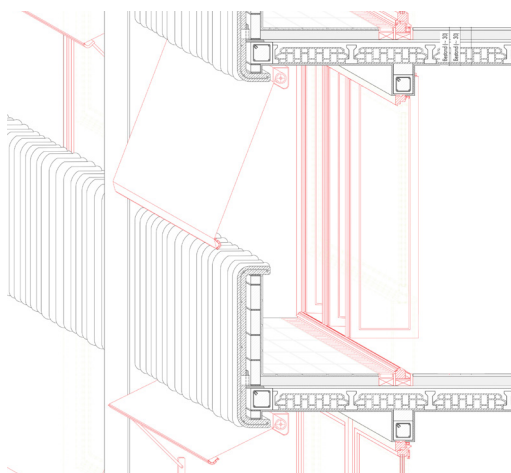


Abb. 2 & 3: Adaption eines Wohngebäudes in Daimiel (ES) Bloque de Viviendas al Parterre von M. Fisac Sarna nach Sanierungskonzept. Nachweis: Juniorprofessur REB Baureif SS 2023, TU Dortmund

Eingriffe

Wie eine planerische Umsetzung erfolgen kann, sodass Sie den hohen Anforderungen an eine nachhaltige Architektur, die sich sinnhaft dem vielschichtigen Anforderungskatalog heutiger Bauaufgaben stellt, entspricht, ist Teil unserer Arbeit. Dabei ist immer der baulich-architektonische Entwurf eines Gebäudes von hohem Stellenwert und - soweit mit den Standards und Richtlinien vereinbar – das, was da ist, zu erhalten und möglichst wenig zu verändern oder anzupassen. Minimalinvasive Eingriffe, die als konkrete Maßnahmen dazu beitragen, die vorhandene Substanz zu verbessern.

Im Rahmen der Praxis- und Lehrtätigkeit haben wir dabei unterschiedliche Maßstabsebenen betrachtet und Lösungsansätze für potenzielle Umbaukonzepte wie z.B. die Transformation eines Wohn- und Geschäftshauses in Mühlheim an der Ruhr oder eine Nachverdichtung durch die Überbauung von Garagenhöfen mit Tiny Wohneinheiten in Dortmund erarbeitet. Mögliche Szenarien für den Umgang mit Großwohnsiedlungen der 60-er Jahre, deren typologische Betrachtung für Bauten in Ost- und Westdeutschland erfolgt ist, verdeutlichen Ansätze auch für große Gebäudestrukturen und zeigen Qualitäten der einzelnen Funktions- und Gestaltungsbereiche auf. Vor diesem Hintergrund hat sich Victoria Pake im Rahmen ihrer Masterthesis mit Potenzialen zur Zukunftsfähigkeit von Großtafelbauten auseinandergesetzt (vgl. Pake 2023). Im Vorfeld wurde diese Gebäudetypologie bereits in Lehrveranstaltungen mit ähnlichem Themenschwerpunkt und auf konstruktive Besonderheiten des damit verbundenen Bauprozesses analysiert. Daran anknüpfend wurden im Rahmen der Thesis Nachnutzungspotenziale die-

ser signifikanten Gebäudetypen aufgezeigt, wobei vorrangig typologische und funktionale Aspekte sowie architektonische Qualitäten herausgearbeitet wurden. Dafür wurde zum einen das Erscheinungsbild im städtischen Raum als auch die Wohnungen in den Gebäuden selbst näher betrachtet.

Mittels eines Katalogs wurden die drei Maßstabsebenen S, M und L definiert, um die Wohnungsebene (S), die Gebäudeebene (M) und das gebäudenahes Umfeld (L) einordnen zu können (Abb. 4 & 5). Die Bauten, die grundsätzlich für eine hohe Dichte und wenig Potenzial für individuellen Gestaltungsspielraum



Abb. 4: Wohnhochhaus Berlin. Nachweis: Jutta Albus

stehen, scheinen trotz der geringen Wohnfläche architektonische Potenziale zu bieten, die nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Um eine Grundlage für die Bewertung der unterschiedlichen Typologien zu schaffen, wurden die Großtafelbauten in Zeile, Block, Scheibe und Punkt eingeteilt, und jeweils exemplarisch in West- und Ostdeutschland verortet. Eines der Beispiele aus Westdeutschland sind z.B. die Zeilenbauten der Frankfurter Nordstadt. Hier sind in den 1960-er Jahren ca. 7.600 Wohnungen für ca. 16.000 Menschen entstanden. Auf der Wohnebene, also der kleinsten der untersuchten Maßstabsebenen, wird eine hohe Qualität konstatiert. Vorteilhaft

erweist sich hier die Grundrisszonierung nach dem Prinzip des "Durchwohnens". Neben der beidseitigen Belichtung der Wohnräume wird durch die Art der Zonierung gleichzeitig eine natürliche Querlüftung unterstützt.

Die Erschließung der Gebäude wurde jedoch als nachteilig eingestuft. Auf Maßstabsebene M wird deutlich, dass aufgrund fehlender Aufzüge keine barrierefreie Zugänglichkeit möglich ist und fehlende Öffnungen in der Fassade nur eine geringe Aufenthaltsqualität in diesen Bereichen erlauben, die zudem keinen Raum für Begegnung bieten. Auch der Eingang der Gebäude in Frankfurt wirkt

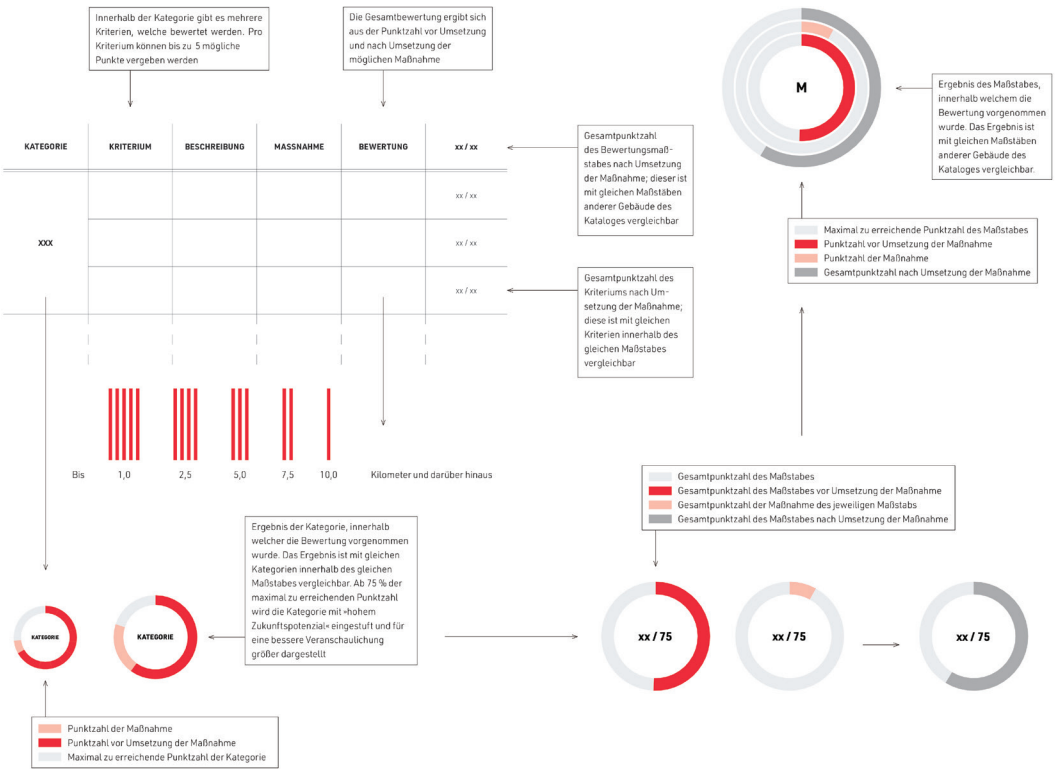


Abb. 5: Bewertungsmatrix für die einzelnen Maßstabsebenen. Nachweis: Pake, Victoria: Zukunft einer Typologie als Ressource, Masterthesis Sommersemester 2023, Juniorprofessur Ressourceneffizientes Bauen, TU Dortmund

wenig einladend, was im Zusammenhang mit dem unattraktiven gebäudenahen Umfeld zu einer minderen Einstufung führt. Für die Bewohner*innen steht die hohe Wohnqualität außer Frage, die jedoch durch das monotone Erscheinungsbild und die kaum zu nutzenden Freiflächen in der näheren Umgebung entscheidend beeinträchtigt wird.

Im Vergleich dazu hat die ostdeutsche Großwohnsiedlung Grünau, die zwischen 1976 und 1989 am westlichen Stadtrand Leipzigs entstand, ab 2010 durch großangelegte Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen einen größeren Attraktivitätsgewinn zu verzeichnen. Mit seinen acht Wohnkomplexen ist der Stadtteil das größte Plattenbaugebiet Leipzigs und heute die Heimat von rund 45.000 Menschen. Um das Quartier, das nach der Wiedervereinigung einen hohen Leerstand zu verzeichnen hatte, wieder attraktiv zu machen, hat man das Augenmerk vor allem auf raumplanerische und soziale Aspekte gelegt und neben den Sanierungsarbeiten an den Gebäuden auch den Ausbau von Schul- und Kindertageseinrichtungen voran gebracht. Weiterhin wird in einer Langzeitstudie das Befinden der Bewohner*innen untersucht, indem Wahrnehmungen und Ängste geprüft und rückgekoppelt werden. Seit 2010 erlebt die Siedlung einen Aufschwung mit Zuzug, der bis heute anhält. (Vgl. db 2021)

Als Ergebnis der Arbeit, in der die einzelnen Typologien der Großwohnsiedlungen in einer Gesamtauswertung nebeneinander gestellt und kategorisiert wurden, stellt sich heraus, dass Punkt- und Blockstrukturen aufgrund ihrer Gliederung und Zonierung die größten Potenziale für eine Anpassung an zukünftige Wohnformen bieten. Mittels geringfügiger

Maßnahmen sind bei diesen Typen bereits große Verbesserungen zu erreichen. Eine Ertüchtigung von Zeilenbauten bedarf hingegen eines größeren Aufwands. Insbesondere die geringe Nutzungsflexibilität und Anpassbarkeit von Raumgrößen innerhalb der Wohnungen stellen ein Hindernis für zukünftiges Wohnen in diesen Gebäuden dar. Weiterhin sind die Freiflächen des gebäudenahen Umfelds häufig zu klein im Verhältnis zur Wohnfläche.

Im Vergleich von Ost- und Westdeutschland zeigt sich, dass im Hinblick auf eine Veränderbarkeit der Gebäude und ihrer Wohnungen größere Potenziale im Westen Deutschlands vorhanden sind. Jedoch ist eine projektspezifische Abwägung immer nötig, um die vorhandenen Gegebenheiten einzuordnen und Maßnahmen entsprechend ihres Aufwands und Ziels zu definieren. (Vgl. db 2021)

Ein elementarer Ausgangspunkt der vorgestellten These war der Erhalt der Bestandsgebäude aufgrund der Einsparung von grauer Energie sowie die verbesserten Betriebskosten nach Sanierung. Aus einem ähnlichen Anlass haben Stefan Forster Architekten einen Umbau mit Ertüchtigung in Halle an der Saale aus dem Jahr 2010 vorgenommen. Durch gezielte planerische Eingriffe konnte für den Bestand ein hoher Mehrwert erreicht werden, der sich insbesondere in der hohen Zufriedenheit der Bewohner*innen widerspiegelt. Die in Abbildung 6 und 7 dargestellten zeilenartigen Gebäude mit ihren ursprünglich 125 Wohnungen wurden teilweise rückgebaut, um eine qualitative Aufwertung zu erreichen. Zugunsten einer höheren Wohnqualität wurde die Differenzierung und Neufassung der Außenbereiche und auch die Ausbildung von Balkon- und Gartenbereichen

umgesetzt. Aufzüge zur barrierefreien Erschließung tragen erheblich zur Verbesserung der Zugänglichkeit bei und schaffen so eine höhere Akzeptanz von Nutzer*innen. (Forster, 2024)

Der Aspekt der Nutzer*innenbedarfe bedeutete ein wesentliches Kriterium für ein Forschungsvorhaben, welches in Zusammenarbeit mit der TU München und einem Praxispartner aus dem Wohnungsbau entwickelt wurde. Für das Projekt „Einfach Umbauen“ stellte sich die Frage, welche Maßnahmen für die zukunftsfähige Sanierung von Gebäuden von Bedeutung sind und wie minimalinvasive Eingriffe weiterhelfen können, um sowohl einen nachhaltigen Bauprozess als auch einen energieeffizienten Gebäudebetrieb zu schaffen. Aus dem Anlass, dass aktuell im Bereich der Bestandssanierung nur ein sehr geringer Fortschritt zu verzeichnen ist (vgl. BuVEG 2023), sollten einfache Maßnahmen für die Verbesserung von Bestandsgebäuden erarbeitet werden, um Ertüchtigungsvorhaben schneller und weitreichender umsetzen zu können. Hierfür wurden einzelne Sanierungsmaßnahmen geprüft und im Vergleich mit einem EH-55-Standard im Hinblick auf Investitionskosten und spätere Betriebskosten bewertet. Neben der Absicht, durch minimalinvasive Eingriffe einen schonenden Umgang mit Materialien und Ressourcen zu stärken, stehen die Bedarfe von Bewohner*innen im Fokus der Untersuchungen, um Rückschlüsse für die Wahrnehmung von Wohnqualität zu definieren. Das Nutzer*innenverhalten spielt bei der Kalkulation des Energiebedarfs eine große Rolle, denn insbesondere durch die Berücksichtigung von Reboundeffekten bedarf es in der Bewertung einer differenzierten Einordnung. Rebound-Effekt bedeutet in diesem



Abb. 6: Haus 08 in Halle an der Saale vor der Sanierung von Stefan Forster GmbH. Nachweis: Valentin, Jean Luc: Haus 08, Sanierung in Halle an der Saale, Stefan Forster GmbH, 2010



Abb. 7: Haus 08 in Halle an der Saale nach der Sanierung von Stefan Forster GmbH. Nachweis: Valentin, Jean Luc: Haus 08, Sanierung in Halle an der Saale, Stefan Forster GmbH, 2010

Zusammenhang, dass aufgrund von baulichen oder gebäudetechnischen Verbesserungen eine Anpassung des Nutzer*innenverhaltens entsteht, der trotz energieeffizienter Maßnahmen nicht unbedingt die entsprechende Reduzierung des Verbrauchs mit sich bringt (vgl. Umweltbundesamt 2019). Beispielsweise wird in schlecht gedämmten Häusern eine kontrollierte Heizung einzelner Räume vorgenommen, wodurch ein insgesamt geringerer Heizbedarf zu verzeichnen ist als

bspw. in einem Passivhaus. Neben der Untersuchung von Bestandsprojekten wurde auch der Planungsprozess betrachtet und eine Herangehensweise entwickelt, die den Umgang mit der Bestandsdatenlage prüft und Aufwand und Nutzen der Datenerfassung abwägt. Je Projekt ist der Grad der Informationstiefe, die am Ende abgerufen werden soll, von Bedeutung. Eine Einschätzung der individuell spezifischen Datenlage ist daher unumgänglich. Wie komplex die Erfassung der Bestandsdaten aussieht, hängt immer von dem anvisierten Ziel der Baumaßnahme und der damit im Zusammenhang stehenden Informationstiefe ab. Je Methode sollte daher die Eignung der Datenaufnahme bzw. des Erfassungswerkzeugs im Hinblick auf Aufwand und Nutzen geprüft werden, um die erforderlichen Entscheidungsschritte effizient und niederschwellig zu klären und einen möglichst einfachen Sanierungsprozess zu definieren.

Im Projekt wurden schließlich die Daten von 1.096 Bestandsgebäuden des Praxispartners gesichtet und auf den Informationsgehalt untersucht. Mittels einer Kategorisierung durch die Professur für Entwerfen, Umbau und Denkmalpflege der TU München hat eine Priorisierung der Gebäude anhand von speziellen Charakteristika stattgefunden, um für die jeweiligen Baualtersklassen Repräsentanten zu definieren. Auf der Grundlage von 12 Repräsentanten verteilt über vier Baualtersklassen konnte so der große Gebäudebestand in Anbetracht der angestrebten Ziele eingeordnet werden. Bei der Begehung der Bestandsgebäude sind im Abgleich mit der vorhandenen Datenlage zum Teil große Abweichungen erkenntlich geworden. Durch die Erstellung neuer Plandaten konnte eine Be-

urteilung der Bauteilqualitäten erfolgen, um so im Sinne der energetischen Anforderungen baukonstruktive Ertüchtigungsmaßnahmen zu kategorisieren und eine Simulation zukünftiger Heizwärme- und Energiebedarfe zu unternehmen.

Erkenntnis und Ausblick

Anhand der vorgestellten Projekte wird deutlich, dass an heutigen Bauaufgaben eine große Bandbreite unterschiedlichster Akteur*innen beteiligt sind. Eine in diesem Zusammenhang stehende hohe Transparenz der Abläufe und Prozessstrukturen ist in jedem Fall notwendig, um folgerichtige Entscheidungen fällen zu können und maximale Potenziale in der Umsetzung von Bestands- und Neubauten zu erreichen.

Mein Verständnis von Architektur und der Umgang mit dem umbauten Raum wurde im Laufe der letzten Jahre vielseitig und durch unterschiedlichste Erfahrungen und Einflüsse geprägt. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass im Zusammenhang mit jeder architektonischen Tätigkeit Nachhaltigkeitsprinzipien im Vordergrund stehen, die ressourcenschonende und klimasensible Maßnahmen, eine auf sozial-gesellschaftlichen Prinzipien basierende Planung und die weitestgehende Reduzierung von Umweltwirkungen sowohl beim Neu- als auch beim Umbau von Gebäuden als oberste Prämisse etablieren. Dies bedeutet insbesondere, dass neben der Berücksichtigung von ökologischen und sozial-gesellschaftlichen Aspekten gleichwohl gestalterische, funktionale und technische Qualitäten betrachtet werden müssen, um eine hohe Qualität und damit Akzeptanz des Gebauten zu erreichen. Nur durch gute Architektur können wir in lan-

gen Nutzungszyklen denken und die bereits verbaute graue Energie dauerhaft im Kreislauf behalten. Elementar für aktuelle und zukünftige Bauaufgaben ist dabei sicherlich das Thema robuster Planungsprinzipien auf Quartiers- und Gebäudeebene, die sich durch ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auszeichnen.

Literaturverzeichnis

BuVEG (Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle e.V.) (2023): Sanierungsquote 2023 unter einem Prozent, Marktdatenstudie der B+L Marktdaten Bonn im Auftrag des Bundesverbands energieeffiziente Gebäudehülle (BuVEG) 2023, Abgerufen am 12.10.2024, <https://buveg.de/pressemeldungen/sanierungsquote-2023-unter-1-prozent-tendenz-absteigend/>

deutsche bauzeitschrift (2021): Vielfalt in der Großwohnsiedlung, Soziologische Langzeitstudie, in: db Deutsche Bauzeitschrift, 27.09.2021, Abgerufen am 14.07.2025, <https://www.db-bauzeitung.de/news/grosswohnsiedlung-leipzig-gruenau-langzeitstudie/>

Forster, Stefan (o.J.): Haus 08 Halle an der Saale, Abgerufen am 11.06.2024, <https://www.sfa.de/de/projekte/haus-08/>

Pake, Victoria (2023): Zukunft einer Typologie als Ressource – Qualitäten und Potenziale von industriell gefertigten Wohngebäuden der 1960-er und 1970-er Jahre, Masterthesis an der TU Dortmund, Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen, Juniorprofessur Ressourceneffizientes Bauen

UBA (Umweltbundesamt) (2019): Rebound-Effekte, Abgerufen am 14.07.2024, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/oekonomische-rechtliche-aspekte-der/rebound-effekte>

KLIMARESILIENTE FREIRAUMGESTALTUNG

RAINER SACHSE

Stiftsplatz in Bonn

Die Neugestaltung des Stiftplatzes in Bonn steht beispielhaft für die Transformation einer gesichtslosen Verkehrsfläche zu einem multifunktionalen, nachhaltigen und klimasensiblen Stadtraum.

Der ehemalige Parkplatz wird in einen grünen Stadtplatz umgewandelt, der ökologische, soziale und ästhetische Funktionen erfüllt. Durch Entsiegelung, Förderung der Biodiversität und Wasserrückhaltung wird der Platz ökologisch aufgewertet.

Staus Quo

Der Stiftsplatz wurde Ende des 19. Jahrhunderts vor der Bonner Stiftskirche, auf dem Gelände der ehemaligen Welschnonnenkaserne, errichtet, um der Kirche ein würdiges Vorfeld zu geben. Der Platz wurde mit einer Gründerzeitbebauung gerahmt, es entstand ein lebendiger, innerstädtischer Stadtraum. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Platz mit der Neuordnung des innerstädtischen Verkehrs in einen Parkplatz umgewandelt.

Der Stiftsplatz wird beidseitig von wichtigen Einfallstraßen in das Stadtzentrum flankiert, er zeichnet die Verbindung von der Innenstadt zum Rhein nach. Durch die Nutzung als Parkplatz ist die städtebauliche Bedeutung des Platzes jedoch vollständig verloren gegangen.

Im Zuge der Masterplanung Innenstadt wurde der Platz als wichtiger Baustein zur Aufwertung des Bonner Zentrums identifiziert. Zusammen mit den Bürger*innen wurden verschiedene Szenarien zur Zukunft des Platzes durchgespielt – mit dem Ergebnis, dass die Parkplatznutzung aufgegeben und der öffentliche Platz wiederhergestellt werden soll. Es wurde ein Architekturwettbewerb zur Neugestaltung des Platzes und der angrenzenden Straßenräume ausgeschrieben, den scape Landschaftsarchitekten (Düsseldorf) in Zusammenarbeit mit Fischer Teamplan Ingenieure (Erfstadt) für sich entscheiden konnten.

Entwurfsidee

Das Konzept schafft mit einfachen Mitteln eine neue, grüne Insel mit vielfältigen Aufenthaltsqualitäten und ökologischen Funktionen in zentraler Lage der Innenstadt von Bonn.

Die angrenzenden Straßen werden in ihrer Bedeutung gestärkt, zusätzliche Angebote erweitern das Mobilitätsspektrum. Der neu gestaltete Stiftsplatz wird zum Brückenschlag zwischen Stiftskirche und Beethovenhalle bis zum Rhein.

Mit Respekt vor dem Bestand greift der Entwurf die vorhandenen, prägenden Bäume und geschichtlichen Spuren auf und setzt auf ein Upcycling der Materialien und eine intensive Integration von blaugrüner Infrastruktur.

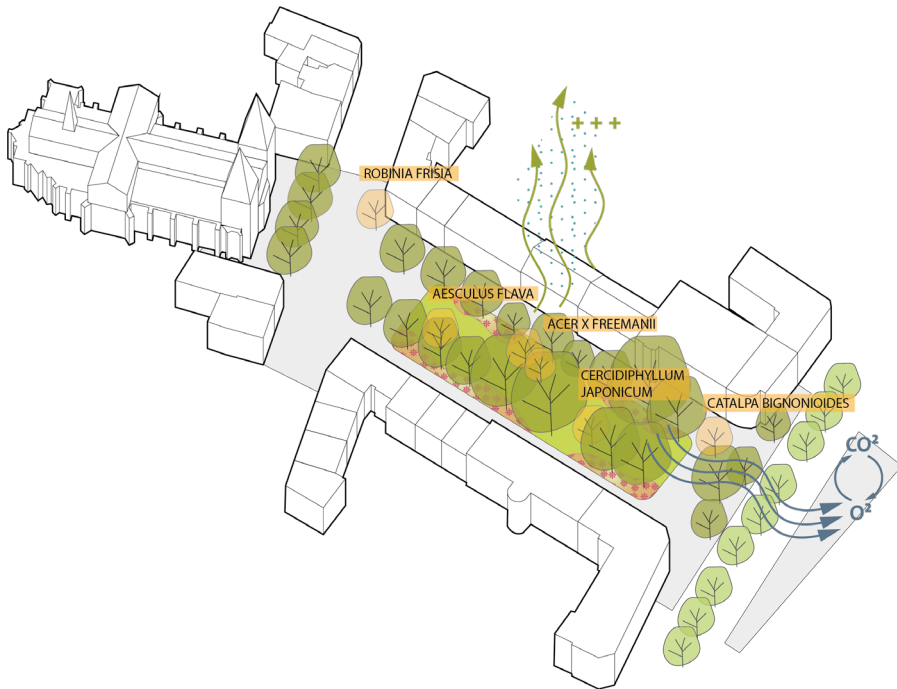


Abb. 1: Klimakonzept Stiftsplatz. Nachweis: scape Landschaftsarchitekten.

Die zentrale grüne Insel schafft ein großzügiges neues Freiraumangebot mitten in der Stadt. Ihre Ausrichtung folgt den Proportionen des vorhandenen Stadtraumes und inszeniert konsequent den Blick auf die Stiftskirche. An den beiden Kopfseiten des Stiftsplatzes entstehen zwei kleine, multifunktionale Entreeplätze.

Plätze und Straßen

Die Gestaltung des Vorplatzes an der Stiftskirche respektiert und ergänzt behutsam den Bestand. Die Funktion der flankierenden Straßen bleibt erhalten und wird optimiert. Die Kölnstraße im Westen erhält zusätzliche Radfahrstreifen, über die Platzränder wird der Fahrradverkehr in einem attraktiven Ambiente in Richtung Rhein geleitet. Der Christusbrunnen als Auftakt und Mittelpunkt

des westlichen Platzentrees wird freigestellt und neu inszeniert. So erhält der Platz eine Adresse zur Kölnstraße. Sitzhocker, Bänke und eine durchgängige Pflasterung schaffen Aufenthaltsqualität und zusammen mit dem skulpturalen Brunnen einen markanten Punkt im Stadtgefüge. Perspektivisch soll der Brunnenplatz über die Kölnstraße bis zur Stiftskirche fortgesetzt werden, damit Platz und Kirche eine Einheit bilden. Die Ampel wird verschoben, sodass eine direkte Wegeverbindung zwischen Kirche und Platz entsteht. Um den Fahrverkehr nicht unnötig zu verzögern, den Fußgänger*innen minimale Wartezeiten anzubieten und Blinden sowie mobilitätseingeschränkten Menschen eine sichere Querung zu ermöglichen, soll der Übergang als „Dunkelampel“ ausgeführt werden.

Im Osten fungiert der Platz an der Welschonnenstraße als Entree aus Richtung Rhein, von dem sich der Blick auf die Kirche eröffnet. Der Platz wird mit einem neuen, vollautomatischen Fahrradparkhaus, einer E-Ladestation, einer Bushaltestelle und weiteren Fahrradständern zum Mobility Hub.

Die nördliche Erschließungsstraße wird vom Durchgangsverkehr befreit und als Promenade neugestaltet. Die Promenade schafft einen hochwertigen Vorplatz vor den Geschäften und bietet genügend Raum für Auslagen und Außengastronomie. Gleichzeitig entsteht eine attraktive Fuß- und Radwegeverbindung entlang des Platzes.

Park: Aufenthalt und Biodiversität

Im Umfeld des Platzes befinden sich mehrere Parkhäuser, die nicht ausgelastet sind. Dies ermöglicht es, den Parkplatz aufzulösen und die Mitte des Platzes als großzügige Grün-

fläche, als einen Pocketpark, zu gestalten. Um eine maximale Entsiegelung und Durchgrünung zu erzielen und die Baumstandorte zu optimieren, werden die seitlichen Straßen auf das nach RAST vorgeschriebene Maß reduziert und die Grünfläche bis auf die neue Straßenkante ausgedehnt. So entsteht ein grüner, urbaner Freiraum mit unaufdringlichen Verweil- und Aktivitätsangeboten wie z.B. einer Fitnessinsel, Kletterstangen und Hängematten.

Die zentrale, multifunktionale Rasenfläche wird von artenreichen Staudenbändern lebendig gerahmt. So wird ein Trittsteinbiotop geschaffen und die Biodiversität in der Stadt gefördert. Neue Blütenbäume setzen zusätzliche Akzente und dienen als Insektenweide.

Materialkonzept, Recycling

Bei der Neugestaltung von Straßenräumen wird der Bestand meist vollständig abgebaut.



Abb. 2: Lageplan Stiftsplatz. Nachweis: scape Landschaftsarchitekten.

Abb. 3: Recyclingstrategie. Nachweis: scape Landschaftsarchitekten.

Licht

Das Lichtkonzept setzt im Sinne des Dark Sky Konzeptes auf eine sparsame Beleuchtung. Neben einer Grundbeleuchtung der Hauptwegebeziehungen mit „Bonner Stelen“ soll der Christusbrunnen nachts hervorgehoben werden. Die ökologisch wertvollen Bereiche der grünen Mitte sollen unbeleuchtet bleiben.

Barrierefreiheit

Der Platz wird durchgängig barrierefrei gestaltet. Durch das Anheben des Pflasterbelages ist es zukünftig möglich, die Gebäude ohne Schwelle zu betreten. Die Wegebeziehung entlang der Kölnstraße und die Achse Stiftskirche – Rheinpromenade werden mit Leitstreifen nachgezeichnet. Unebene Pflastersteine werden aussortiert, um die Befahrbarkeit für Rollstuhlfahrer*innen zu optimieren.

Beteiligung

Das Projekt ist in einen intensiven Beteiligungsprozess eingebettet. Ursprünglich bestanden – trotz der vielen unterausgelasteten Parkhäuser im Umfeld – Bedenken gegen die Auflösung des Parkplatzes. Um den Bürger*innen den Mehrwert des Platzes zu demonstrieren wurde der Parkplatz für ein Wochenende gesperrt und den Anwohner*innen zur Verfügung gestellt. Es wurde Rollrasen ausgelegt, Kinderspielangebote imitiert, Getränkewagen aufgestellt und Sitzkissen ausgelegt. Der Mehrwert eines nutzbaren Platzes hat die Bürger*innen so überzeugt, dass die Umgestaltung des Raumes von da an unterstützt wurde. Die Bürger*innenbeteiligung wurde im weiteren Verlauf der Planung – auch begleitend zum Architekturwettbewerb – fortgesetzt. So konnten viele Anregungen der Bürger*innen Eingang in den Entwurf finden.

Nachhaltige, klimagerechte Planung

Der Entwurf erfüllt auf vielfältige Art und innovative Weise die Ziele einer nachhaltigen, klimagerechten Straßenraumgestaltung:

Ökologie: Durch die Sicherung der Bestandsbäume, die Entsiegelung des Platzes und die Erhöhung der Biodiversität wird ein neues Stadtbiotop geschaffen. Der innovative Umgang mit Regenwasser stärkt die Pflanzengesundheit und generiert eine kühle Insel in der sich zunehmend aufheizenden Stadt.

Ökonomie: Die bestehenden Straßen werden in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt, durch das automatische Fahrradparkhaus, die Stärkung des Fuß- und Radverkehrs, die Einrichtung einer Mobilitätsstation und die Anbindung an den ÖPNV werden alternative Mobilitätsformen zusätzlich gefördert. Die Neugestaltung des Platzes führt zu einer deutlichen Aufwertung des Wohn- und Geschäftsstandortes. Die Auflösung des Parkplatzes bewirkt eine bessere Auslastung der bestehenden Parkhäuser.

Soziales: Die intensive Einbindung der Bevölkerung führt zu einer hohen Akzeptanz des Bauvorhabens und zu einem verstärkten Zusammenhalt der Anwohner*innen. Mit dem neuen Stiftsplatz wird ein attraktiver Begegnungsort im Stadtteil geschaffen.

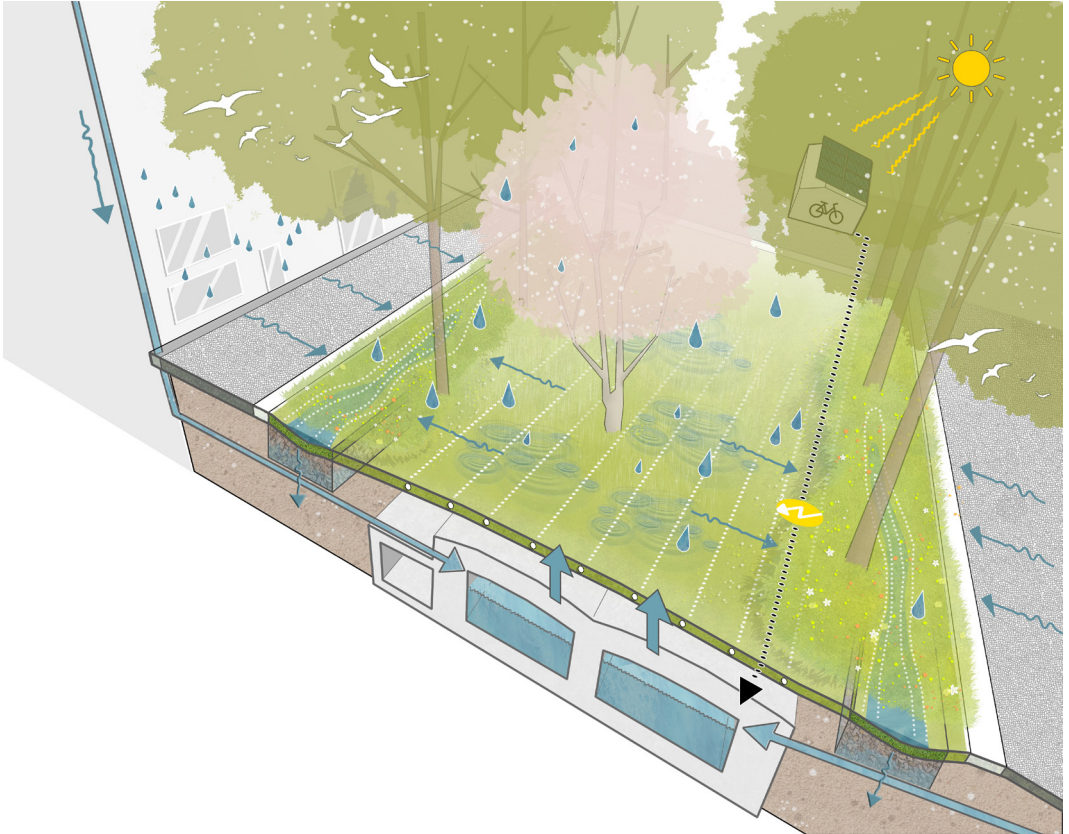


Abb. 4: Konzept Regenwassermanagement. Nachweis: scape Landschaftsarchitekten.



Abb. 5: Perspektivische Darstellung Richtung Stiftskirche. Nachweis: scape Landschaftsarchitekten.

HERAUSFORDERUNGEN AUS DER PERSPEKTIVE DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT

ISABELLE BOTHE

Der VdW Rheinland Westfalen

Der VdW Rheinland Westfalen ist der größte Regionalverband der sozial orientierten Wohnungswirtschaft in Deutschland. Sein Verbandsgebiet umfasst Nordrhein-Westfalen und das nördliche Rheinland-Pfalz. Etwa jeder fünfte zur Miete wohnende Mensch in NRW lebt in einer der rund 1,1 Millionen Wohnungen der rund 480 Mitgliedsunternehmen und -genossenschaften.

Als Interessenvertretung, Dienstleister und Berater unterstützt der VdW seine Mitglieder – darunter Wohnungsgenossenschaften sowie kommunale, kirchliche, öffentliche, industrieverbundene und private Wohnungsunternehmen. Zudem ist der VdW Mitglied im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., dem größten Dachverband der Branche mit rund 3.000 Mitgliedsunternehmen deutschlandweit.

Doppelte Herausforderung: Klimaschutz und soziale Verantwortung

Die Wohnungswirtschaft in NRW und im nördlichen Rheinland-Pfalz sieht sich mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Einerseits fordert der Klimawandel eine umfassende energetische Transformation der Gebäudebestände. Durch das Klimaschutzgesetz von 2021 ist als Ziel die Treibhaus-

gasneutralität bis 2045 festgeschrieben und wird von den VdW-Mitgliedern angegangen. Auf dem Weg dorthin sollen die Emissionen bis 2030 um 65 Prozent und bis 2040 um 88 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt werden, Investitionspfade werden entsprechend verfolgt.

Andererseits tragen die Wohnungsunternehmen und -genossenschaften die Verantwortung, weiterhin bezahlbaren und guten Wohnraum bereitzustellen. Diese Aufgabe wird angesichts angespannter Wohnungsmärkte immer schwieriger – besonders in Metropolen, Universitätsstädten und Ballungszentren. Einkommensschwächere Gruppen sind besonders betroffen. Erschwerend kommen hohe Baukosten, Fachkräftemangel, steigende Zinsen und eine unstete Förderpolitik hinzu.

In dieser Situation nimmt die sozial orientierte Wohnungswirtschaft eine Schlüsselrolle bei der Schaffung und dem Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ein.

Ein Beispiel für die wachsenden Herausforderungen der bestandshaltenden Wohnungswirtschaft ist anhand der Entwicklung der Instandhaltungskosten zu veranschaulichen. So sind die Ausgaben für Instand-

haltungsleistungen seit 2019 um rund 48,6 Prozent gestiegen, während die Nettokaltmieten im gleichen Zeitraum lediglich um 9,0 Prozent zulegen (Statistisches Bundesamt).

Über viele Jahre milderten niedrige Zinsen diese Belastungen ab. Mit der Zinswende ab Mitte 2022 und dem darauffolgenden Anstieg der Finanzierungskosten verschärfte sich die Situation deutlich: So stieg der durchschnittliche Bauzinssatz für zehnjährige Darlehen von unter ein Prozent auf ein Niveau um die 3,5 Prozent. (Dr. Klein, 2025)

Aktuell beobachten wir eine Seitwärtsbewegung – allerdings auf vergleichsweise hohem Niveau. Für die sozial orientierte Wohnungswirtschaft bedeutet das eine schwierige Ausgangslage, um bezahlbaren Wohnraum im Bestand zu sichern und neue Angebote zu schaffen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, geprägt durch steigende Baupreise und die Zinsentwicklung, wirken sich auch auf energetische, klima- und generationengerechte Modernisierungen des Wohnungsbestands aus. Infolgedessen wird die Umfangstiefe der Maßnahmen teilweise entsprechend angepasst.

Historische Quartiere als zukunftsfähige Bestände

Rund 20 Prozent des Mietwohnungsbestands in NRW werden von den Mitgliedsunternehmen des VdW verwaltet (VdW, 2023). Viele dieser Unternehmen und Genossenschaften verfügen über historische Quartiere mit gewachsenen Strukturen. Diese Quartiere sind fest mit den jeweiligen Stadtteilen und den dort lebenden Menschen verbunden. Sie stiften Identität – architektonisch wie sozial.

Trotz der bereits geleisteten Maßnahmen seitens der Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bedarf es weiterer Aktionen, um diese Bestände bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu gestalten.

Eine energetische Modernisierung, wie etwa Ertüchtigungen der Fassaden, Fenster, Dächer und Kellerdecken sowie die Erneuerung der haustechnischen Installationen ist heute vor dem Hintergrund der Klimaneutralität und den Bedürfnissen der Mieter*innen nach gutem und komfortablem Wohnraum unumgänglich.

Die Behandlung des Gebäudebestands umfasst neben den energetischen Aspekten aber auch soziale und baukulturelle Gesichtspunkte. Zu großen Teilen sind diese Bauten, als Zeugen ihrer Zeit, heute lediglich dem Wohnen vorbehalten und nicht Teil von differenziert genutzten Quartieren, leisten aber bis heute unverzichtbare Dienste. Die Ansprüche an Wohnraum und Quartiere haben sich allerdings stark gewandelt.

Die Ansätze, um Potenziale von Gebäuden und Quartieren auszuschöpfen, sind zahlreich. Sie erstrecken sich von Aufstockungen, über An- und Umbauten, Fassadensanierung unter Berücksichtigung ästhetischer Gesichtspunkte, bis hin zu Klimaanpassungen des Wohnumfelds durch Wassermanagement und Biodiversitätsförderung und letztlich Ansätze die das soziale Miteinander stärken.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung dieser Bestände gehören demnach zu den zentralen Aufgaben der Mitgliedsunternehmen und Genossenschaften. Gleichzeitig stehen diese vor großen Herausforderungen: Energetische

Sanierungen sind, vor allem bei historischen Gebäuden besonders aufwendig und teuer. Technische Hürden sowie Einschränkungen durch den Denkmalschutz erschweren die Umsetzung. Es entstehen Zielkonflikte – etwa zwischen Energieeffizienz und Denkmalschutz, Klimaschutz sowie sozialem Anspruch. Dabei werden alle Maßnahmen unter der Voraussetzung wirtschaftlicher Machbarkeit umgesetzt – sowohl für die Vermieterseite als auch durch vertretbare Mietpreise für die rund 2,37 Millionen Mieter*innen. (Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten von IT.NRW und VdW, 2023)

Beispiele aus der Praxis

Trotz der vielfältigen und teils komplexen Herausforderungen, die sich bei der Modernisierung und Umgestaltung bestehender Quartiere ergeben, zeigen sich im gesamten Verbandsgebiet zahlreiche gelungene Beispiele, in denen es durch gezielte Sanierungsmaßnahmen, soziale Initiativen und innovative Planung gelungen ist, Wohnräume nachhaltig zu verbessern und lebenswerte Nachbarschaften zu schaffen.

Straußsiedlung in Duisburg

Ein Beispiel ist die seit 2001 denkmalgeschützte Straußsiedlung in Duisburg. Die 1925 errichtete Siedlung der GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH wurde in einem Architektenwettbewerb neu gedacht. Bis 2020 konnten 20 Wohnungen im Einklang mit dem Denkmalschutz modernisiert werden. Die denkmalgeschützten zweigeschossigen Gebäude wurden behutsam saniert.

In Abstimmung mit der Denkmalpflege wurden auch Grundrisse verändert. Kleinere Wohnungen wurden zu größeren Einheiten zu-

sammengelegt, wodurch Platz gemacht wurde für andere Nutzer*innenkonstellationen.

Die Wohnungen im Erdgeschoss erhielten jeweils eigene Mietergärten, die den Wohnraum erweitern. Gleichzeitig schafften die Dachflächen der Anbauten, mit denen die Erdgeschosswohnungen vergrößert wurden, die Möglichkeit, Balkone in den oberen Etagen zu integrieren.

Auch die weitere Freiraumgestaltung wurde bedacht. Der alte Baumbestand wurde ergänzt, neue Wegeführungen, klar strukturierte Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität prägen nun das Bild der Siedlung. Die Maßnahmen zeigen, wie ein historischer Bestand umfassend gestaltet werden kann, ohne seinen Charakter zu verlieren. (GEBAG Duisburg, o. J.)

Weitergehende Maßnahmen waren geplant, konnten bislang aber nicht umgesetzt werden.

Projekt HONSWERK in Remscheid

Ein weiteres Beispiel ist das Projekt HONSWERK in Remscheid – eine Initiative der Montag Stiftung in Kooperation mit der Stadt und der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid mit der Projektgesellschaft Urbane Nachbarschaft Honsberg gGmbH. Auf dem Honsberg entsteht aus einer ehemaligen Arbeitersiedlung ein lebendiges Quartier mit sozialer und funktionaler Durchmischung. Dabei steht die Weiterentwicklung im Bestand im Mittelpunkt.

Bestehende Gebäude werden saniert, ohne ihre historische Prägung zu verlieren. Zugleich werden neue, gemeinschaftlich orien-

tierte Nutzungen in das Quartier integriert: etwa eine Stadtteilwerkstatt, Lernräume, offene Werkstätten und Flächen für kleinteiliges Gewerbe. Diese Mischung stärkt die lokale Infrastruktur und fördert nachbarschaftliches Engagement. Die Entwicklung des Quartiers erfolgt schrittweise und unter intensiver Beteiligung der Bewohnerschaft. In partizipativen Prozessen bringen sich Anwohnende aktiv ein – sei es bei Fragen der Gestaltung, der Nutzung oder der Organisation gemeinschaftlicher Räume. Diese Prozesse erfolgen teils unter Beteiligung von Universitäten und Studierenden, aber auch externer Planungsbüros wie das interdisziplinäre Studio endboss aus Hannover. Das Angebot der Aktivitäten ist vielseitig: von Textilworkshops bis Techno Picknick. Der Stadtteil Honsberg wird so behutsam, aber dennoch deutlich transformiert – und erhält neue Impulse als lebenswerter Wohn- und Arbeitsort. Die Verbindung von baulicher Sanierung, sozialer Integration und kultureller Belebung macht das Projekt zu einem modellhaften Beispiel für zukunftsorientiertes Weiterbauen im Bestand. (Honswerk, o. J.)

Köln-Chorweiler

Auch Quartiere ohne offiziellen historischen Status gilt es zukunftsfähig weiterzuentwickeln – etwa Köln-Chorweiler, ein Stadtteil mit komplexen Herausforderungen. Großsiedlungen wie diese sind längst Teil der Stadtgeschichte – und könnten künftig stärker als prägende Zeugnisse ihrer Epoche wahrgenommen werden. Köln-Chorweiler entstand in den 1970er-Jahren als Antwort auf den damals dringenden Wohnraumangel – geplant als moderne Großwohnsiedlung mit klarer Struktur, viel Grün und getrennten Verkehrswegen. Die Vision war ein funktio-

nales Stadtteilzentrum mit eigenständiger Infrastruktur. Teile von Chorweiler standen zwischenzeitlich unter Zwangsverwaltung. In Chorweiler saniert die GAG Immobilien AG aktuell mehrere Wohnblöcke. Neben der energetischen Fassadenerneuerung – mit kreativen Elementen wie farblich gestalteten Flächen und strukturellen Akzenten – werden auch Fenster, Dächer, Aufzüge und Eingangsbereiche umfassend modernisiert. (GAG Immobilien AG, 2024)

Ebenfalls wird dabei Wert auf die Aufwertung des Wohnumfelds gelegt. Neue Platzgestaltung, mit Spiel- und Bewegungsflächen, verbesserte Beleuchtung und barrierearme Zugänge sollen zur Wohnzufriedenheit und zur Aufenthaltsqualität im Quartier beitragen. Parallel zur Modernisierung bestehender Gebäude werden auch Neubauprojekte in Chorweiler realisiert. Diese finden sich sowohl in Neubauprojekten innerhalb von Erweiterungsgebieten aber auch als Ergänzung zwischen den bereits bestehenden Gebäuden. So bieten auch Großsiedlungen Potenziale für Weiterentwicklung. Die umfassenden Maßnahmen in Köln-Chorweiler zeigen, wie Großsiedlungen trotz komplexer Herausforderungen zukunftsfähig weiterentwickelt werden können. Durch die Kombination von baulicher Sanierung, sozialem Engagement und nachhaltiger Stadtentwicklung wird Chorweiler nicht nur als Teil der Stadtgeschichte bewahrt, sondern erhält auch neue Impulse für eine lebenswerte Zukunft.

Politische Rahmenbedingungen und Förderung

Trotz positiver Beispiele bleibt festzuhalten: Ohne passende politische Rahmenbedingungen und die entsprechende Förderung

sind die notwendigen Maßnahmen nicht umsetzbar. Förderprogramme wie die Bundesförderung waren in den vergangenen Jahren teilweise recht wechselhaft und für die großen Herausforderungen zu unzuverlässig.

Die Wohnraumförderung NRW hingegen diente als wichtiges Instrument der Finanzierbarkeit und damit der Umsetzbarkeit von Projekten.

Um die zahlreichen und ambitionierten Ansätze umsetzen zu können, müssen die Programme jedoch langfristig angelegt, einfach zugänglich und finanziell ausreichend ausgestattet sein.

Die energetische Transformation des Gebäudebestands ist nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale und kulturelle Aufgabe. Klimaschutz kann nur dann nachhaltig wirken, wenn soziale Komponenten mitgedacht werden. Der Schlüssel hierfür ist letztlich auch der Mietpreis, der sich auch aus den Modernisierungskosten ergibt. Die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestands ist unumgänglich und notwendig – sie darf jedoch nicht durch zusätzliche Anforderungen ohne Augenmaß erschwert werden. Dazu zählen in der Praxis leider starre Vorgaben, die weder dem Klimaschutz noch dem bezahlbaren Wohnen dienen. Auch der Denkmalschutz muss hier mit Augenmaß agieren, um tragfähige Kompromisse zu ermöglichen.

Bei allen Herausforderungen sollte nicht vergessen werden: „Weiterbauen“ darf nicht zur sozialen Spaltung führen, sondern muss Teilhabe und Lebensqualität fördern. Die Vereinbarung von Klimaschutzmaßnahmen und der Bezahlbarkeit ist mit Abstand die größte

Herausforderung für die bestandshaltende Wohnungswirtschaft. Schon seit Jahren leisten Wohnungsunternehmen kontinuierlich und auf vielen Ebenen ihren Beitrag.

Die Mitglieder des VdW Rheinland Westfalen zeigen mit ihren Projekten, dass der Spagat zwischen Klimaschutz und sozialer Verantwortung im Kontext des Denkmalschutzes gelingen kann – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Literaturverzeichnis

Dr. Klein Privatkunden AG. (2025). Zinsentwicklung Baufinanzierung 2025: Prognose, Chart. Abgerufen am 30. Mai 2025, von <https://www.drklein.de/zinsentwicklung-prognose.html>

Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten von IT.NRW und VdW. (2023). VdW-Jahresstatistik 2023. Abgerufen am [Datum des Zugriffs], von [URL]

GAG Immobilien AG. (2024). Chorweiler-Mitte: Geschäftsbericht 2021. Abgerufen am 30. Mai 2025, von <https://www.gag-koeln.de/investor-relations/geschaeftsberichte/geschaeftsbericht-2021/zeitgemaesses-wohnen>

GEBAG Duisburg. (o. J.). Modernisierung Straußsiedlung. Abgerufen am 30. Mai 2025, von <https://www.gebag.de/bauen/modernisierung/strauss-siedlung>

Honswerk. (o. J.). Projekte. Abgerufen am 30. Mai 2025, von <https://www.honswerk.de/projekte/>

Statistisches Bundesamt. VPI und Baupreisindex.

VdW. (2023). VdW-Jahresstatistik 2023.



WIE GESTALTEN WIR EINE ZUKUNFTSFESTE STADT IM BESTAND?

MARIO TVRTKOVIĆ

Mit dem Blick auf die Stadtgeschichte ist es klar: Städte wandeln sich ständig. Dabei werden häufig drei Arten von Wandel oder urbaner Transformation genannt. Als erstes sprechen wir über allmählichen Wandel – hier ist ein langsamer Prozess in kleinen Schritten, Anpassung an soziale und gesellschaftliche Entwicklung sowie topografische Gegebenheiten gemeint. In dem Sinne eine Stadtumbaukultur über mehrere Jahrzehnte. Als zweites wird Wandel durch Planung genannt – es geht hierbei um durch Planung und Stadterneuerung erfolgte Transformationen

die häufig sehr radikal waren. Ich denke hier an den Umbau von Paris durch Hausmann oder an die Auswirkungen der Autogerechten Stadt. Drittens werden Transformationen durch Katastrophen und Naturereignisse genannt, die als Ursache vielfältige Auslöser haben können. Die Erneuerung von Lissabon / Chiado, ist eine der sicherlich spannendsten der letzten 30 Jahre, auch wenn sie als ein Sonderfall kaum Potential zu Skalierung hat.

Allgemein kennen wir viele gute Beispiele der Wandlungen von Stadtstrukturen, welche



Abb. 1: Luftbild von Split im Jahr 2020. Nachweis: https://de.wikivoyage.org/wiki/Datei:Luftbild_vom_Diokletianpalast_in_Split,_Kroatien_%2848608754492%29.jpg

große Faszination unter Stadtplaner*innen und Architekt*innen auslösen. Ein Beispiel dafür ist die Stadt Split. Eine Stadt mit über 1700 Jahren Geschichte. Was die Stadt Split und die Keimzelle der Entwicklung – den Diokletianpalast – als besonders erachten lässt, ist nicht nur ihr Standort, sondern die Art, wie sie sich über Jahrhunderte verändert hat. Immer wieder wurde der Palast umgebaut, teils für lange Zeiten ungenutzt gelassen, dann wieder als urbane Miene für Bautätigkeiten im Umland genutzt, dann erneut belebt und weitergebaut. Am Ende hat der Diokletianpalast sich so stark in die bestehende Substanz integriert, dass er einerseits in der Struktur aufgegangen ist, andererseits in Teilen die Eigenständigkeit bewahrt hat. Es ist ein beeindruckendes Beispiel für Anpassungsfähigkeit und Permanenz urbaner Strukturen. Und auch wenn es nicht alle Fachleute begeistern könnte, ist der Ansatz bei der Neugestaltung der Riva, der Uferpromenade vor der Altstadt, aus dem Jahr 2007 ein gelungenes Beispiel für Weiterbauen. Die in einem Wettbewerb gefundene Lösung für die Gestaltung von Freiflächen und Stadtmobiliar und die angelegten Schattenplätze, Grünflächen und Sitzbereiche respektieren den alten Palast und gehen auf die Bedürfnisse von Bevölkerung und Besucher*innen ein. Dieses Projekt verdeutlicht, wie sich UNESCO Städte weiterentwickeln lassen, ohne ihre Identität zu verlieren.

Wenn wir über die Auswirkungen vom menschengemachten Klimawandel auf unsere Städte und Regionen sprechen, stellt sich oft die Frage: Sollen wir mehr Klimaschutz oder mehr Klimaanpassung machen? Die einzig relevante Antwort lautet: Mehr von beiden. Klimaschutz und Anpassung müssen Hand in Hand gehen. Eine Studie zu UNESCO-Welt-

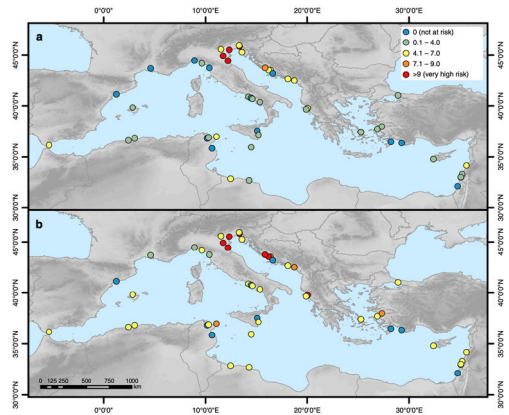


Abb. 2: Hochwasserrisikoindex für Welterbestätten unter heutigen und zukünftigen Bedingungen in Mittelmeer. a) Im Jahr 2000 und b) im Jahr 2100 unter dem High-End Szenario des Meeresspiegelanstiegs. Nachweis: Fig 5. aus dem Artikel. Reimann, L., Vafeidis, A.T., Brown, S. et al. Mediterranean UNESCO World Heritage at risk from coastal flooding and erosion due to sea-level rise. Creative Commons Attribution 4.0.

kulturerbestätten im Mittelmeerraum zeigt, dass viele Städte – von Venedig bis Trogir und Šibenik – durch den steigenden Meeresspiegel bedroht sind. Die Nutzung der Erde als Lebensraum wird dort zunehmend schwierig. Die Lösung kann nur in einem umfassenden Ansatz liegen, der Klimaschutz, Klimaanpassung und klimasensibles Bauen vereint.

Akteur*innen für Klimaschutz, -anpassung und klimasensibles Bauen

Doch mit welchen Akteur*innen, Allianzen und Prozessen erreichen wir das? Und für welche Stadt der Zukunft denken wir? Klassisch sind es drei zentrale Akteur*innengruppen, die Stadtentwicklung prägen:

1. Kommunalpolitik und Verwaltung – Sie genehmigen, kontrollieren und sind durch demokratische Wahlen legitimiert.

2. Lokale Wirtschaft – Sie bietet Dienstleistungen oder Produkte an, gestaltet die Stadt mit ihren Tätigkeiten und steht in Beziehung zu Bürger*innen und Politik.
3. Bürger*innen – Sie legitimieren die Verwaltung, beteiligen sich aktiv und treten als Fordernde oder Antragstellende auf.

In den letzten 20 Jahren ist eine vierte Gruppe hinzugekommen: die intermediären Akteur*innen, die zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft vermitteln. Dazu zählen Gewerkschaften, Kirchen, Bürger*inneninitiativen, Mietervereine, lokale Parteiverbände und gemeinnützige Organisationen. Neu sind die Gruppe der Neo-Intermediären wie soziale Bewegungen, die etwa Klimaanpassung, Mobilität oder mehr Teilhabe fordern. Weitere Beispiele sind Begrünungsinitiativen, Wohnprojekte, Sharing-Economy-Initiativen oder Allianzen welche z.B. Proteste gegen Gentrifizierung organisieren. Daneben gibt es Para-Intermediäre, die stärker ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen, etwa Bauunternehmen, Forschungsinstitute oder kommerzielle Akteur*innen. Dieses Netzwerk aus klassischen und neuen Akteur*innen ist komplex und oft hierarchielos. Es wirkt auf vielen Ebenen und entwickelt die Stadt gemeinsam weiter.

Die zentrale Frage lautet: Was treibt alle diese Akteur*innen an? Welche Allianzen und Konstellationen fördern ein klimasensibles, klimaneutrales oder gar regeneratives Weiterbauen im Bestand? Dabei geht es um eine frühe Klärung der gemeinsamen Ziele und Werte und entwickeln geeigneter Dialogformate. Bei diesen neuen Allianzen spielen Anwohner*inneninitiativen, Baugruppen, sozialwirtschaftliche Akteur*innen, Kreative und

Hochschulen eine Schlüsselrolle. Die Prozesse, die sie gemeinsam eingehen, müssen Unsicherheiten und Widersprüche künftiger Entwicklungen berücksichtigen. Dies bedarf neuer Kompetenzen bei allen Beteiligten und auch eine gewisse Abgabe der Macht. Um die Potenziale dieser Akteur*innen zu nutzen, sollten wir auf flexible Lösungen setzen, die Mehrfachnutzung und Mehrwertstrategien fördern – etwa bei der Frage wie wir die Klimaanpassung, Ernährungssicherheit, Energieversorgung und Siedlungsentwicklung auf gemeinsamem Boden zum Vorteil aller organisieren und umsetzen können. So können z.B. einige der Maßnahmen befristet und reversibel sein, um Anpassungen in Sinne einer „Lernenden Planung“ zu ermöglichen. Experimente müssen dabei zur Routine werden. Schließlich bleibt die Frage: Für welche Stadt denken wir das?

Normativer Kompass für eine Zukunftsfeste Stadt mit und im Bestand

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat bereits 2016 in seinem Gutachten „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“ einen normativen Kompass für eine klimasensible und nachhaltige urbane Transformation skizziert. Dieser Kompass ruht auf drei Leitplanken: Erstens sollen Städte ihre natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Das bedeutet, urbane Strukturen und Prozesse müssen mit lokalen, regionalen und globalen ökologischen Grenzen im Einklang stehen. Zweitens gilt es, die Eigenart von Städten und Regionen zu fördern – dies bedeutet stärker auf die lokalen und regionalen Logiken sowie kulturelle und physische Identität einzugehen. Drittens steht die gesellschaftliche Teilhabe im Mittelpunkt: politische, ökonomische und

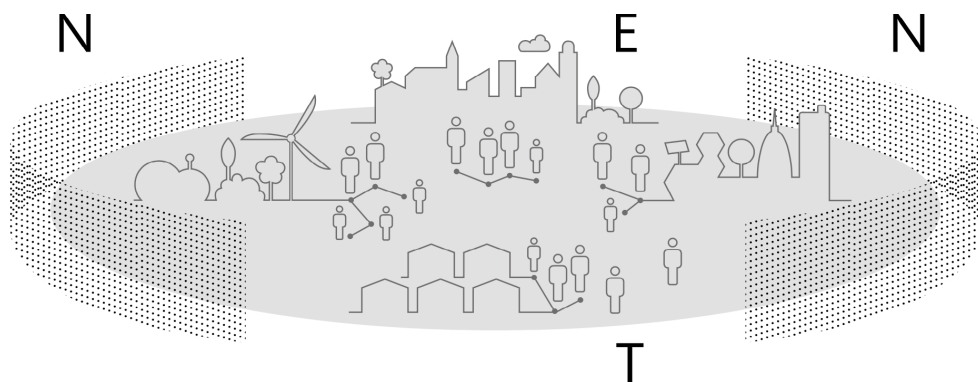


Abb. 3: Normativer Kompass für die Transformation zur Nachhaltigkeit. „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ (N); „Teilhabung“ (T); „Eigenart“ (E). Nachweis: WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016). Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Zusammenfassung. Berlin: WBGU.

soziale Mitwirkung aller Bürger*innen. Nur so können Städte gleichberechtigt von allen genutzt und weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus entstanden in den letzten Jahren zahlreiche weitere Papiere und Forderungen, etwa vom Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA) mit „Das Haus der Erde“, vom Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) mit „Der Garten der Erde“ oder von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zur „Großen Transformation und nachhaltigen Raumentwicklung“. So nehmen die Institutionen und Akademien hier auch die Rolle der „Wissensvermittler*innen“ ein. Auch die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) fördert in ihrer „Berliner Erklärung“ eine neue Transformative Planung und die „Basler Thesen“ identifizieren die Hochschulen als zentrale Akteur*innen dieser neuen transformativen Planungskultur und zeigen konkrete Instrumente sowie Beispiele auf. Im Kern aller dieser Schriften geht es darum, eine systemische Herangehensweise für klimasensibles und gerechtes Weiterbauen mit und im Bestand zu entwickeln. Als

EU-weite politische Zielsetzung ist die „Neue Leipzig-Charta“ aus dem Jahr 2020 hervorzuheben, die die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl in ihrem Untertitel trägt.

Zukunftsfeste Gestaltung - Heritage Design for Future

Aus meiner Sicht prägen drei zentrale Handlungsfelder diesen Ansatz: transformative Planung; eine aktive Bodenpolitik, Teilhabung und Mitwirkung als Ziel und Mittel zum Erreichen der Ziele. Hierbei müssen neue Narrative und Leitbilder entstehen sowie ein Instrumentenkoffer kooperativ entwickelt werden, der regionale, städtische und quartiersbezogene Perspektiven integriert. Multifunktionalität und Multicodierung spielen dabei eine Schlüsselrolle. Am Ende steht ein neues Raumgesetzbuch, das Landschaft als Basis der Raumstrukturentwicklung versteht. Dieser neue Ansatz betrifft sowohl Verdichtungsräume als auch Dörfer, Kleinstädte, Mittelstädte, Großstädte und Metropolen, die die Polyzentralität der Regionen als Raumprinzip weiterentwickeln und mit einer starken Regional- und Landesplanung unterstützt werden. Zweitens braucht es vor Ort, im Quartier und



Abb. 4: Anforderungen an eine Transformative Stadt- und Freiraumgestaltung - mit und im Bestand - als systemischer Ansatz. Nachweis: Prof. Mario Tvrković.

in Siedlungen, städtebauliche Schwerpunktthemen, die eine urbane Wende einleiten. Gewachsene Quartiere und Siedlungen, insbesondere die über 16 Millionen Einfamilienhäuser, müssen im Sinne einer Bauwende und Stadtbaukultur weiterentwickelt werden. Öffentliche Räume, grün-blaue Infrastrukturen und Naturräume gilt es, stets mit Blick auf das Gemeinwohl, zu qualifizieren. Themen wie klimagerechte Mobilität, nachhaltiges Bauen, interkommunale Allianzen, räumliche Gerechtigkeit und digitale Transformation im Dienste der Teilhabe müssen vorangetrieben werden. Drittens rückt die Bodenpolitik in den Fokus. Klimasensibles Bauen erfordert eine Gemeinwohlausrichtung der Bodenpolitik und eine Landwende.

Der WBGU betont in seinem Gutachten „Landwende im Anthropozän – Von der Konkurrenz zu Integration“, dass Land ein globales Gemeingut ist. Die Verantwortung für Landgestaltung umfasst Klimaschutz, Biodiversität, Ernährungssicherung und nachhaltige Siedlungsentwicklung. Die Zerstörung von Ökosystemen muss enden; stattdessen sind Erhalt und Renaturierung essenziell, um pla-

netare Grenzen einzuhalten und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei Hochschulen. In den „Basler Thesen“ werden sie als Ressourcen für eine transformative Planungskultur hervorgehoben. Hochschulen sollten Allianzen mit verschiedenen Akteur*innen schmieden und transformative Lehre, Forschung und Wissenstransfer in den Mittelpunkt stellen. Nur so kann die urbane Transformation gelingen.

Von Projekten zu neuer Alltagspraxis

Wo finden wir bereits solche Projekte? Das Projekt „Creapolis und Design“, gefördert im Rahmen der „Innovativen Hochschule“ weist einige dieser Merkmale auf. Seit 2013 entwickelt die Stadt Coburg das Gelände des ehemaligen Schlachthofs und Güterbahnhofs. Nachdem der Schlachthofbetrieb eingestellt wurde, erwarb die Stadt das Grundstück, das zuvor teils der Deutschen Bahn (Aurelis) gehörte. Ziel war eine nachhaltige Quartiersentwicklung in Rahmen des bereits gültigen ISEK. Von Beginn an begleitete die Hochschule Coburg das Vorhaben. Der Ansatz lautete: Das Areal durch kreative Nach- und Zwischen-

nutzungen sowie im Dialog mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung kooperativ weiterzuentwickeln. Bereits früh, ab 2018, adressierten wir im Rahmen von „Creapolis“ die Rolle von Intermediären in der Stadtentwicklung. Dabei vernetzten wir die Hochschule mit Zivilgesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Verwaltung. Ziel war es, die Attraktivität der Transferregion Coburg zu steigern, die Zivilgesellschaft aktiv einzubinden und eine kooperative, prozessorientierte Stadtentwicklung voranzutreiben. Ein zentraler Schritt war die Einrichtung eines Beirats, der Politik, Verwaltung, Wirtschaftsförderung, IHK, Hochschule, Designforum und Anwohner*innen zusammenbrachte. Eine kuratorisch-strategische Arbeitsgruppe übernahm die inhaltliche Steuerung und Profilierung der Nutzungen. Parallel installierte die Verwaltung eine technische Projektgruppe,

um operative Abläufe zu koordinieren. Die Politik entschied und legitimierte die Maßnahmen. Diese enge Zusammenarbeit ermöglichte es, ab Juli 2018 erste Zwischenutzungen auf dem brachliegenden Gelände zu realisieren. Auch wenn der Beirat ihre Arbeit im Jahr 2019 eingestellt hat und sich die Organisationsstruktur heute anders darstellt, wurden damals Grundsteine für gemeinsame Entwicklung zwischen Hochschule und Stadt gelegt. Die Hochschule Coburg und „Zukunft Coburg Digital“ zogen ab 2020 in sanierte alte Kühlhallen ein. Zudem entstand auf dem Gelände eine Interimslösung für das sanierungsbedürftige Staatstheater Coburg. Studierende der Hochschule lieferten mit Entwürfen und Konzepten wichtige Impulse, die in die Umsetzung einfließen, auch wenn die Entwicklung teilweise den Vorschlägen aus der Hochschule widersprach. Seit 2023



Abb. 5: initiative.umbau bei Au Repair Festivals im Köln 2024. Nachweis: Jana Ritterbach.

läuft die zweite Förderphase unter dem Titel „Creapolis plus Design“. Drei Teilprojekte – „Creapolis Campus“, „Creapolis Create“ und „Creapolis Innovate“ – setzen teilweise neue Schwerpunkte. Mit dem Creapolis Campus besteht aber ein Reallabor als Mitmachcampus fort, das einerseits die Hochschulentwicklung vor Ort fördert und andererseits durch den Charakter einer offenen Werkstatt Impulse für Stadt und Region gibt.

Ein weiteres Beispiel für fruchtbare Allianzen ist die initiative.umbau aus Köln, welche 2022 gegründet wurde. Sie vereint Akteur*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Praxis, mit dem Ziel den klimagerechten Umbau der Stadt Köln voranzutreiben. Im Fokus steht die Weiterentwicklung des Bestands, insbesondere der Nachkriegsbauten. Die Initiative organisiert Veranstaltungen, beteiligt sich an Diskursen und initiiert Projekte. Sie agiert als loses Netzwerk und ist Teil eines größeren EU und Deutschlandweiten Verbunds, der sich mit Abriss und Nachnutzung ungenutzter Gebäude beschäftigt.

Als drittes Beispiel für eine besondere Allianz kann die Initiative „Ein besseres Landesentwicklungsprogramm für Bayern“ genannt werden. Hier arbeiten Zivilgesellschaft, Verbände, Akademien und Einzelpersonen zusammen, um bei der Entstehung des neuen Landesentwicklungsplans für Bayern Impulse für eine zukunftsfeste und Transformative Entwicklung zu setzen. Die Plattform vernetzt Akteur*innen und erarbeitet Vorschläge, die sowohl in den politischen Raum als auch in den Fachdiskurs einfließen. Ziel ist ein lernendes System, das Leitziele und Handlungswerte integriert.

Allianzen, Umbaukultur und transformative Planung

Allianzen sind essenziell, um Ziele im Denkmal- und Klimaschutz zu erreichen. Sie erfordern Offenheit und den Blick auf den gesamten Bestand – von Gebäuden über Infrastrukturen bis hin zu Freiräumen. Entscheidend ist, in bestehenden Akteur*innennetzwerken Partner*innen zu finden, Ziele zu definieren und gemeinsam zu wirken. Dazu können und sollen bestehende Initiativen und Dachformate, wie beispielsweise die im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (NSP), weitergenutzt und erweitert werden. Besonders wichtig erscheint mir der Austausch mit Wissenschaft und fachlichem Nachwuchs. So gibt es zahlreiche studentische Initiativen und Netzwerke, die den Bestand als Basis einer klimagerechten Stadtentwicklung sehen. Mir persönlich ist der Hochschultag der NSP – als Austauschort an dem die Politik, Wissenschaft, Praxis und Verwaltung ins Gespräch kommen kann und Austausch ermöglicht, besonders wichtig. Insbesondere, da ich als eine der zentralen Aufgaben ansehe, den fachlichen Nachwuchs nicht nur für diese Themen zu sensibilisieren – das ist längst geschehen –, sondern ihn aktiv einzubinden und gemeinsam die Lehre neu auszurichten. Ziel ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis zu übertragen und gleichzeitig bei diesem Austausch zu weiteren Erkenntnissen zu gelangen. Dafür gibt es bewährte Formate, wie den genannten Hochschultag, das Programm „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“, oder die Aktivitäten der Urbanen Liga, welche ebenfalls Teil der nationalen Stadtentwicklungspolitik ist. Auch die genannten Basler Thesen sind ein Impuls: Sie fordern, Hochschulen stärker als Ressource für eine transformative Planungskultur anzusehen und

die Zusammenarbeit mit ihnen auszubauen. Dabei stehen für mich, wenn wir über Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung sprechen, zwei zentrale, sich gegenseitig bedingende Fragen im Fokus:

- Wie beeinflussen Architektur, Städtebau, Denkmalpflege und Mobilität heute und in der Zukunft die Nachhaltigkeitskrise?
- Wie wirkt die Nachhaltigkeitskrise auf Architektur, Städtebau, Denkmalpflege und Mobilität heute und in der Zukunft? Hierbei sind sowohl das materielle Erbe, als auch die Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen vor Ort gemeint.

Beide Perspektiven müssen wir gleichzeitig denken, um langfristig wirksame und gerechte Lösungen zu finden.

Dies erfordert ein erweitertes Verständnis von Planung. Daher plädiere ich dafür, einen Weg von integraler Planung zu transformativer und lernender Planung zu beschreiten, die den globalen Herausforderungen mit lokaler Verankerung gerecht wird. Lernende Prozesse und eine gewisse Unschärfe sind dabei unverzichtbar. Klimaschutz und Klimaanpassung müssen wir zusammen betrachten – beides mit voller Aufmerksamkeit. Zugleich gilt es, die Zukunft der Stadt im Bestand zu suchen. Das gelingt nur, wenn wir neue Strategien entwickeln, mutig vielfältige Allianzen schmieden, auf bewährte Beispiele zurückgreifen und daraus eine neue Praxis, ein neues Normal im Alltag implementieren.

Unser bauliches Erbe hat zahlreiche Talente und beste Voraussetzungen, um eine transformative Planungskultur entstehen zu lassen. Klimasensibel und Zukunftsfest geht nur mit und im Bestand.

Literaturverzeichnis

Spiro Kostof: *The City Shaped: Urban Patterns and Meanings Through History*. 1991

SIZA. (Álvaro) et al.: *A RECONSTRUÇÃO DO CHIADO, LISBOA*, 1997

Reimann, L., Vafeidis, A.T., Brown, S. et al. Mediterranean UNESCO World Heritage at risk from coastal flooding and erosion due to sea-level rise. *Nat Commun* 9, 4161 (2018). <https://doi.org/10.1038/s41467-018-06645-9>

Sebastian Beck; Olaf Schnur: *Mittler Macher Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung*. Jovis-Verlag Berlin 2015

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*. Berlin: WBGU.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2020): *Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration*. Berlin: WBGU

FAZIT



KLIMASENSIBLES WEITER- UND UMBAUEN: WIE LÄSST SICH DAS ANLIEGEN UMSETZEN?

CHRISTA REICHER

Ein Fazit aus der Jahrestagung der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege

86

Deutschland muss bis spätestens 2045 klimaneutral werden. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, müssen die Weichen in allen Sektoren in die richtige Richtung gestellt und enorme Anstrengungen im Hinblick auf Klimaschutzmaßnahmen unternommen werden. Der Bau- und Gebäudesektor spielt vor dem Hintergrund des Ressourcenverbrauches, des Ausstoßes von Treibhausgasen und der Abfallerzeugung eine zentrale Rolle für das Erreichen dieses Ziels. Damit rücken die Forderungen nach Bestandserhaltung und nach dem klimasensiblen Weiter- und Umbauen der Stadt verstärkt in den Fokus der Debatte.

Was noch vor wenigen Jahren als allgemeine Forderung für eine unbestimmte Zukunft diskutiert wurde, ist drängende, konkrete Aufgabe geworden: Angesichts der spürbaren Folgen des Klimawandels müssen Strategien der Stadtentwicklung neu justiert werden, auch dort, wo historisch wertvolle Bausubstanz und denkmalwerte Quartiere betroffen sind. Alle am fortdauernden Prozess der Stadtentwicklung Beteiligten sehen sich vor neue Aufgaben gestellt, für die die Erfahrungen oft noch fehlen und für deren Lösung die Meinungen auseinander gehen.

Die Vielschichtigkeit von Bestandserhaltung und deren Weiterentwicklung in ihren jeweiligen Kontexten birgt jede Menge Herausforderungen und Potenziale, die im Schulterchluss zwischen Stadtentwicklung und Denkmalpflege im Rahmen der Jahrestagung Städtebauliche Denkmalpflege diskutiert worden sind. In der Zusammenschau und mit dem Blick auf mögliche Planungs- und Handlungsstrategien lassen sich die nachfolgenden Schlussfolgerungen ziehen:

- *Den Wertediskurs im Bereich von Kulturerbe und Klimawandel weiterentwickeln*

Die Leitgedanken „Bauen im Bestand“ oder „Zukunft braucht Herkunft“ (Motto der Jahrestagung 2010 der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege) sind nicht neu, sondern längst Konsens, wenn es um die Ausrichtung einer nachhaltigen Stadtentwicklung geht. Dennoch stehen notwendige Anpassungsbedarfe an den Klimawandel vielfach im Widerspruch zu denkmalpflegerischen Prinzipien. Der Ausbau der grün-blauen Infrastruktur, die Umsetzung von Maßnahmen zur Energieerzeugung oder zur Bodenentsiegelung werden von der Denkmalpflege vielfach kritisch betrachtet. Statt sich auf die Suche nach einer Übereinkunft der unterschiedlichen Interessen zu begeben, verhärten sich die Positionen und es folgt ein Stillstand. Matthias Ripp

und Sebastian Daniel schließen sich in ihrem Beitrag „Wertebasiertes Konfliktmanagement im Spannungsfeld von Denkmalpflege und Klimaschutz“ (Ripp, Daniel, S. 12 ff.) der Forderung nach „einer Erweiterung des traditionellen Wertekanons“ (Avrami et al. 2019) und einer Anpassung der Praxis der Kultur- und Denkmalpflege an die neuen Gegebenheiten an. Der Wert des Kulturerbes konkretisiert sich im Gebrauchswert und dieser schließt viele Faktoren ein, nicht nur technische, sondern auch soziale, politische und historische. Denkmale machen Sinn, jenseits des reinen Schutzgedankens. Letztlich muss es darum gehen, sich auf kreative Lösungsansätze auf der Basis gemeinsamer Wertevorstellungen zu einigen, unabhängig davon, ob sie in der Öffentlichkeit als zu konservativ oder zu progressiv angesehen werden.

- *Den Fokus auf Infrastruktur und vorbeugende Maßnahmen verstärken*

Historische Städte werden zunehmend durch zu viel und zu wenig Wasser bedroht. Die Flutkatastrophen seit dem Sommer 2021 haben uns das Ausmaß der Schäden und der anfallenden Sanierungskosten vor Augen geführt. Zugleich haben sie untermauert, wie notwendig der Anpassungsbedarf zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit von Städten gegenüber Risiken ist. Susanne Linnebach hat mit dem Blick auf die Herausforderungen für die Wasserwirtschaft (Linnebach, S. 20 ff.) hervorgehoben, wie wichtig eine moderne Wasserstruktur im Hinblick auf die zunehmenden Folgen des Klimawandels ist. Technischer Hochwasserschutz muss im Schulterschluss mit den Prinzipien der wassersensiblen Stadtentwicklung gedacht und geplant werden. Das Projekt Klima.Werk im

Ruhrgebiet, begleitet von Emschergenossenschaft und Lippeverband, zeigt eindrücklich, wie eine sektorenübergreifende wassersensible Stadtentwicklung mit multifunktionaler Flächennutzung umgesetzt werden kann. Statt Millionenbeträge in Schadenssanierung zu investieren, sei es sinnvoller, vorbeugend auch mit kleinen Maßnahmen Wasser wieder an die Oberfläche zu holen und Versickerungsflächen zu schaffen, ggf. auf nicht vermarktbaran Industriebrachen. Die Bewältigung der Klimafolgen ist demnach eine Daueraufgabe, die institutionenübergreifend über Fachressorts hinweg angepackt werden muss.

- *Den Denkmalschutz mit den Transformationsaufgaben konfrontieren*

Denkmäler und der bauhistorisch wertvolle Baubestand sind äußerst wichtige Komponenten im Hinblick auf die Stadtidentität und die Identifizierung der Bewohner*innen mit der Stadt, in der sie leben. Aber auch sie sind aufgefordert, „einen Beitrag zur klimagerechten Neuausrichtung der Baubestände zu leisten“ (Köddermann, S. 32), wie dies Peter Köddermann in seinem Beitrag zum Ausdruck bringt. Und er fordert an anderer Stelle: „Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Befassung umfasst nicht nur den Schutz, sondern auch den Umgang und die Neuausrichtung des denkmalwerten Baubestandes.“ Was bedeutet diese Aufforderung für die Rolle der Denkmalpflege als Hüterin des Denkmalwertes? Eine große Chance kann in einem offenen und konstruktiven Dialog über die wichtigen Konstanten einerseits und der notwendigen Offenheit für Anpassungen andererseits liegen.

- *Die Prozessgestaltung als Instrument der Konfliktbewältigung nutzen*

Eine Verständigung auf die zu erreichenden Ziele ist vielfach vorhanden, aber es bleibt die zentrale Frage: Wie und mit welchen Maßnahmen soll die konkrete Operationalisierung der Ziele erfolgen? Gerade wenn es um den Einsatz von Photovoltaik und Solarthermie zur regenerativen Stromerzeugung, Wassererwärmung und Gebäudeheizung geht, zeigt sich vielfach ein großes Konfliktpotenzial mit dem Blick auf die denkmalgeschützte Bausubstanz. Stefan Spörl und Vanessa Ziegler haben die unterschiedlichen Sichtweisen in ihrem Beitrag „Akteur*innen, Allianzen und Prozesse“ (Spörl, Ziegler, S. 46 ff.) treffend formuliert: „Die eine Seite vertritt die Position, Denkmäler sollten aus der Diskussion um Solarenergie und -thermie ausgeklammert werden... Auf der anderen Seite steht die Position, dass auch Denkmäler ihren Beitrag leisten können und sollten... es erfordere allerdings einen besonderen Umgang mit ihnen.“ Diese unterschiedlichen Positionen, die meist unmittelbar aufeinandertreffen, untermauern die Notwendigkeit einer gemeinsam abgestimmten Prozessgestaltung, die mit einer „Phase Null“ im Sinne der Verständigung auf die einzubindenden Akteur*innen und auf das Ziel, an den Start geht und möglichst in eine kommunale Gesamtstrategie eingebettet ist.

Mario Tvrtkovic hebt in seinem Beitrag „Wie gestalten wir eine zukunftsfeste Stadt im Bestand?“ (Tvrtkovic, S. 76 ff.) hervor, dass es neben den drei zentralen Akteur*innengruppen – Kommunalpolitik und Verwaltung, lokale Wirtschaft und Bürger*innen – eine vierte Gruppe der intermediären Akteur*innen wie Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Initiativen u.a. gibt, deren Motivation in Verbindung

mit einer schlagkräftigen Konstellation wirken kann, vorausgesetzt die Prozessgestaltung ermöglicht dieses.

- *Die Bedeutung von Anpassungsfähigkeit und Flexibilität in den Fokus rücken*

Die Relevanz einer guten Prozessgestaltung gilt gleichermaßen für (Um)Bauprozesse, wie Jutta Albus dieses in ihrem Beitrag zu „Robuste Prinzipien“ ausführt (Albus, S. 56 ff.) und in diesem Kontext auf die Anpassungsfähigkeit und die Flexibilität von Strukturen und Prozessen verweist.

Rainer Sachse ruft in seinen Ausführungen zu „Klimaresiliente Freiraumgestaltung“ (Sachse, S. 64 ff.), die insbesondere auf seinen Erfahrungen beim Umbau des Bonner Stiftsplatzes beruhen, zu einer Rückbesinnung auf die historische Stadt und deren klimaresiliente Strukturen über und unter der Erde auf. Den größten ökologischen und klimatischen Effekt erziele die Pflege alter Bestandsbäume, aber Baumpflege sei ein eher „leises Thema“, dem wesentlich mehr Beachtung geschenkt werden müsse.

- *Die Zukunftsfähigkeit von historischem Bestand stärker in den Blick nehmen*

Die Möglichkeiten, die Potenziale von Bestandsgebäuden und -quartieren zukunfts-fähig weiterzuentwickeln, sind vielfältig und werden zum Teil unterschätzt. Dabei können der Denkmalschutz und technische Hürden die Optionen von energetischer Sanierung, Aufstockung und Umbauen einschränken, wie dies Isabelle Bothe in ihrem Beitrag „Soziale vs. ökonomische Herausforderungen“ (Bothe, S. 70 ff.) darstellt. Sie verweist darauf, dass die energetische Transformation des Gebäudebestands nicht nur eine techni-

sche, sondern auch eine soziale und kulturelle Aufgabe ist. Ähnlich sieht dies Margarete Meyer in ihren Ausführungen zu „Soziale und ökonomische Herausforderungen in benachteiligten Quartieren“ (Meyer, S. 36 ff.). Wenn sie von Zukunftsfähigkeit der Bestandsentwicklung spricht, dann nimmt sie auch Aspekte der Umweltgerechtigkeit und Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Rassismus in den Blick.

In der Zusammenschau machen die Beiträge zum klimasensiblen Weiterbauen aus den unterschiedlichen Perspektiven im Rahmen der Jahrestagung Städtebauliche Denkmalpflege deutlich, dass eine prozesshaft verstandene städtebauliche Denkmalpflege zur Konsensfindung und zur Krisenbewältigung beitragen kann, vorausgesetzt es werden Verwaltungsstrukturen reformiert und ein integrales Planen ermöglicht. Neue Formen und Wege des disziplinen- und ressortübergreifenden Planens bedingen auch, dass in der Ausbildung und in der Lehre das notwendige (Prozess)Wissen vermittelt wird.

Das „Weiterbauen“ muss Teilhabe und Lebensqualität fördern, ohne dabei Abstriche in ästhetischer und baukultureller Sicht machen und ohne Aspekte der Nachhaltigkeit hinten anstellen zu müssen.

Literaturverzeichnis

Albus, Jutta (2025): Robuste Prinzipien. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 56-63

Avrami, Erica/MacDonald, Susan/Mason, Randall/ Myers, David: Introduction. In: dies. (Hrsg.): *Values in Heritage Management: Emerging Approaches and Research Directions*. Los Angeles 2019, S. 1-8

Bothe, Isabelle (2025): Soziale vs. ökonomische Herausforderungen aus der Perspektive der Wohnungswirtschaft. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 70-74

Köddermann, Peter (2025): Lebendige Dialoge für lebendige Denkmäler. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 32-35

Linnebach, Susanne (2025): Die Herausforderungen für die Wasserwirtschaft. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 20-30

Meyer, Margarete (2025): Soziale vs. ökonomische Herausforderungen in benachteiligten Quartieren. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 36-45

Ripp, Matthias; Daniel Sebastian (2025): Wertebasiertes Konfliktmanagement im Spannungsfeld von Denkmalpflege und Klimaschutz. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S.12-19

Sachse, Rainer (2025): Klimaresiliente Freiraumgestaltung. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 64-69

Spörl, Stefan; Ziegler, Vanessa (2025): Akteur*innen, Allianzen und Prozesse. In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 46-52

Tvrkovic, Mario (2025): Wie gestalten wir eine zukunfts-feste Stadt im Bestand? In: *Klimasensibel Weiterbauen. Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen*, Aachen, S. 76-83

ANHANG



Prof. Dr.-Ing. Jutta Albus

Jutta Albus ist Architektin und hat sich auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung in der Architektur und im Bauen spezialisiert. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit ist die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten, die insbesondere durch die Verbesserung der architektonischen Qualität zur längeren Nutzung eines Gebäudes beitragen. Jutta Albus praktiziert in Leverkusen und Köln und unterrichtet als Professorin das Fachgebiet „Entwerfen und Konstruieren/Nachhaltiges Bauen“ an der Hochschule Bochum.

Vor ihrer Tätigkeit an der Hochschule Bochum war sie als Juniorprofessorin an der Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen der TU Dortmund tätig. Vor ihrer akademischen Laufbahn arbeitete Jutta für Goshow Architects, New York (U.S.A.), Hamilton Associates, London (UK) und San-tiago Calatrava LLC, Zürich (CH)/New York (U.S.A.)

Ihre aktuelle Arbeit konzentriert sich auf den Lebenszyklus und die Kreislauffähigkeit von Gebäuden und Bauteilen, minimalinvasiven Nachnutzungskonzepten für den Bestand sowie die Einbindung von digitalen Werkzeugen und automatisierten Herstellungsmethoden im Planungs- und Bauprozess.

Isabelle Bothe

Isabelle Bothe, geboren am 11. Januar 1994 in Unna, studierte Architektur an der RWTH Aachen (Bachelor und Master) mit dem Schwerpunkt Wohnungsbau. Während dieser Zeit arbeitete sie am Lehrstuhl für Wohnungsbau und Grundlagen des Entwerfens.

Ihr beruflicher Werdegang wurde maßgeblich durch ihre Tätigkeit bei schultearchitekten in Köln geprägt, wo sie in den Bereichen Architektur und Generalplanung mit Schwerpunkt Wohnungsbau tätig war. Weitere Stationen

waren kadawittfeldarchitektur, Aachen und Gatermann+Schossig, Köln in den Bereichen Architektur und Kommunikation.

Seit Juni 2024 ist Isabelle Bothe als Referentin für Bauen-, Umwelttechnik und Normung beim Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW Rheinland Westfalen) tätig.

Sebastian Franz-Josef Daniel

Sebastian Franz-Josef Daniel ist Persönlicher Referent des Intendanten am Theater Regensburg und nebenberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter der Welterbekoordination der Stadt Regensburg. Er studierte Public History und Kulturvermittlung im Master. Seine Abschlussarbeit schrieb er über implizite Werte im Bereich von Kulturerbe und Klimawandel.

Peter Köddermann

Peter Köddermann studierte Geschichte und Sozialwissenschaften an der RUB. Von 1995 bis 2000 war er als Mitarbeiter der IBA Emscher Park in verschiedenen Funktionen tätig. Von 2005 bis 2019 war er Programmleiter, Kurator sowie stellvertretender Geschäftsführer des M:AI NRW. Seit 2019 ist er Geschäftsführer Programm von Baukultur NRW sowie leitender Kurator des Museums der Baukultur. Er hat seit 1990 zahlreiche baukulturelle Kampagnen, Ausstellungsprojekte sowie Publikationen verantwortet und ist Mitglied verschiedener Fachgremien. Zudem ist er Mitglied des Landesbeirats Kunst und Bau NRW, des Kulturrats NRW, des Fachbeirats Architektur, der FH Aachen und der DASL.

Susanne Linnebach

Susanne Linnebach. Dipl.-Ing. Raumplanung und Stadtplanerin AKNW, hat ihr Studium der Raumplanung an der TU Dortmund im Jahr

2001 abgeschlossen. Nach einem kurzen Intermezzo an derselben Universität wechselte sie zur Stadt Dortmund, wo sie über einen Zeitraum von 22 Jahren in unterschiedlichen Positionen tätig war; zuletzt als Gründerin und Leiterin des Amtes für Stadterneuerung. Seit April 2024 arbeitet sie bei der Emscher-Genossenschaft/Lippeverband als Abteilungsleiterin für Mitglieder, Fördermanagement und Infrastruktur mit dem Fokus auf einer regionalen Zukunftsstrategie zur Verbindung von Wasserwirtschaft und Stadtplanung.

Margarete Meyer

Margarete Meyer, Dipl.-Ing. Raumplanung, arbeitet seit 1986 bei der Stadt Essen. Nach ersten Jahren in der Stadtplanung und städtebaulichen Gestaltung (1986–1988) war sie bis 2013 in der Stadtentwicklung tätig, unter anderem im Rahmen der IBA Emscher Park und bei der Erarbeitung Integrierter Quartierskonzepte. Seit 2014 leitet sie die Abteilung Stadterneuerung mit den Schwerpunkten Stadterneuerung, Stadtteilentwicklung, Bodenmanagement und Städtebauförderung. Ihr fachlicher Fokus liegt auf der sozialräumlichen Planung, der Umsetzung von Quartierskonzepten, dem Umgang mit Problemimmobilien sowie auf Förderprogrammen für Zehensiedlungen, Hof- und Fassadenmodernisierung und Denkmalschutz. Von 1995 bis 2024 war sie Geschäftsführerin des Städtenetzes Soziale Stadt NRW, seit 2016 ist sie Mitglied im Aufsichtsrat des Gründerzentrums Triple Z AG.

Prof. Christa Reicher

Prof. Christa Reicher absolvierte von 1979 bis 1987 ein Architekturstudium an der RWTH Aachen und der ETH Zürich. Anschließend war sie ab 1987 in verschiedenen inter-

nationalen Planungsbüros tätig. Von 1990 bis 1996 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung an der RWTH Aachen und war an verschiedenen Studien- und Forschungsprojekten beteiligt. Im Jahr 1993 gründete sie das Planungsbüro RHA reicher haase architekten + stadtplaner in Aachen.

Von 1996 bis 1998 hatte sie verschiedene Lehraufträge für Stadterneuerung und städtebauliches Entwerfen an der RWTH Aachen, FH Frankfurt sowie FH Trier inne. In der Zeit von 1998 bis 2002 war sie Professorin für „Entwerfen + Städtebau“ an der Fachhochschule Bochum im Fachbereich Architektur. Von 2002 bis 2018 hatte sie eine Professur für „Städtebau + Bauleitplanung“ an der Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, inne. Seit 2018 ist sie Professorin am „Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Entwerfen“ an der RWTH Aachen, Fakultät für Architektur. Prof. Reicher ist Mitglied in verschiedenen Gremien und Beiräten, hat zahlreiche Vorträge gehalten sowie Veröffentlichungen verfasst. Seit 2023 ist sie Inhaberin des UNESCO-Lehrstuhls für Kulturerbe und Städtebau.

Dr. Matthias Ripp

Dr. Matthias Ripp ist Site-Manager der Welt-erbestätte „Altstadt von Regensburg mit Stadtamhof“ sowie Berater u. a. für die EU-Kommission und verschiedene Städtenetzwerke. Er studierte historische Geografie, Denkmalpflege und Urbanistik und promovierte in Heritage Studies zur nachhaltigen Kulturerbe-basierten Stadtentwicklung.

Prof. Rainer Sachse

Prof. Rainer Sachse, geboren 1968 in Münster (Westf.), studierte nach einer Gärtnerausbildung Landschafts- und Freiraumplanung

an der Universität Hannover. Ein DAAD-Stipendium führte ihn 1992/93 an die University of Massachusetts, Amherst (USA). Nach dem Abschluss 1996 arbeitete er bei renommierten Büros wie Lohaus Carl, DTP Essen und Kontor Freiraumplanung, u. a. als Projektleiter für die Expo 2000, die IBA Emscher Park und den Masterplan HafenCity Hamburg.

2001 gründete er das Büro scape Landschaftsarchitekten in Düsseldorf. Lehraufträge und Professuren begleiteten seine Praxis: zunächst an der Jade Hochschule Oldenburg (2001–2013), seit 2013 als Professor für Entwerfen und Planen an der HfWU Nürtingen-Geislingen. Er ist Mitglied in Fachgremien der FGSV, FLL und DWA zur Gestaltung von Straßenräumen und blaugrüner Infrastruktur. Seine Arbeiten wurden vielfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Deutschen Verkehrsplanungspreis, dem Peter-Joseph-Lenné-Preis, dem Deutschen Landschaftsarchitekturpreis und rund 80 ersten Preisen in Wettbewerben.

Stefan Spörl

Stefan Spörl ist Stadtplaner AKNW und studierte Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund. Seit 2019 ist er im Planungsbüro RHA REICHER HAASE ASSOZIIERTE GmbH am Standort Dortmund tätig und seit 2023 Teamleiter des Bereiches Baukultur und Welterbe. Thematischer Schwerpunkt ist dabei die Erarbeitung von Gestaltungsvorschriften, kommunalen Denkmalkonzepten (KDK), Heritage Impact Assessments (HIA) sowie städtebaulicher Rahmen- und Entwurfsplanungen.

Prof. Mario Tvrtković

Prof. Mario Tvrtković ist Architekt und Stadtplaner. Er beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren sowohl in der Praxis, in dem von ihm

mitbegründeten Büro urbanorbit, als auch in der Lehre mit der nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Land und transformativen Prozessen. Seit 2013 ist er Professor für Städtebau und Entwerfen an der Hochschule Coburg und seit 2023 wissenschaftlicher Sekretär und Präsidiumsmitglied der DASL.

Vanessa Ziegler

Vanessa Ziegler studierte Raumplanung M. Sc. an der Technischen Universität Dortmund und ist eingetragene Stadtplanerin AKNW. Seit 2019 ist sie im Planungsbüro RHA REICHER HAASE ASSOZIIERTE GmbH am Standort Aachen angestellt und seit 2023 Teamleiterin des Bereiches Baukultur und Welterbe. Sie ist an der Schnittstelle von Stadtentwicklung und Baukulturerbeschutz tätig, leitet und bearbeitet insbesondere Forschungsprojekte, städtebauliche Studien und Heritage Impact Assessments. Seit Anfang 2024 promoviert sie an der RWTH Aachen und der Université de Liège zu Fragestellungen der visuellen Integrität von Kulturerbestätten im Kontext von Hochhausentwicklungen.





**Beiträge zur städtebaulichen
Denkmalpflege - Band 14
Klimasensibel weiterbauen -
Historische Städte und Quartiere
an den Klimawandel anpassen**

Herausgeber*innen

Hannah Keuser
Marcus Lumma
Walter Ollenik
Christa Reicher

für die Fachgruppe
Städtebauliche Denkmalpflege
www.staedtebau-denkmalpflege.de

 FACHGRUPPE
STÄDTEBAULICHE DENKMALPFLEGE

96

Redaktion

Hannah Keuser, Walter Ollenik

Layout, Satz- und Gestaltung

Tabea Rückle

Umschlagabbildung

Innenhof Kathedrale von Sevilla
Foto: Tabea Rückle

Verfügbar über das Institutionelle
Repositorium der RWTH Aachen University
DOI: 10.18154/RWTH-2025-10536

1. Auflage 2025

Alle Rechte vorbehalten
© RWTH University, Aachen

städtebau | 

Akteur*innen aus Wissenschaft und Praxis haben sich 2010 zur Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege mit Sitz an der TU Dortmund und der RWTH Aachen University zusammengeschlossen. Die Fachgruppe beschäftigt sich mit dem „Gedächtnis“ der Stadt, dem Stellenwert der historischen Bausubstanz für die Identität der Stadt und der Rolle der historischen Bausubstanz im Rahmen einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Gründungsmitglieder

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Christa Reicher

Fakultät Architektur - RWTH Aachen University

Dr. Gudrun Escher

Kunsthistorikerin + Journalistin

Dipl.-Ing. Magdalena Leyser-Droste

ILS - Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung gGmbH

Dipl.-Ing. Bauassessor Walter Ollenik

Architekt + Denkmalpfleger

Prof. Dipl.-Ing. Yasemin Utku

TH Köln

Weitere Mitglieder der Fachgruppe

Dr. Alexandra Apfelbaum

Kunst- und Architekturhistorikerin

Dr. Jascha Philipp Braun

Landschaftsverband Rheinland (LVR),
Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Dr. Martin Bredenbeck

LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland

Jana Breßler M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
Lehrstuhl Stadtplanung, RPTU

Prof. Dipl.-Ing. Marcus Lumma M.A.

IU Internationale Hochschule, FB Architektur

Prof. Dr.-Ing. Ilka Mecklenbrauck

Lehrgebiet Städtebau und Entwerfen,
HfWU Nürtingen-Geislingen

Dr. Carola Neugebauer

BBSR, Kompetenzzentrum
Regionalentwicklung Cottbus

Dr. Nina Overhageböck

LWL - Denkmalpflege

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Tim Rieniets

Institut für Entwerfen und Städtebau, Leibniz
Universität Hannover

Dipl.-Ing. Rainer Rossmann +

Diplom-Ökonom + Denkmalpfleger

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Renée Tribble

Fakultät Raumplanung - TU Dortmund

Koordination

Hannah Keuser M.Sc. | RWTH Aachen

Laura Vonhoeven M.Sc.. | RWTH Aachen

Informationen

www.staedtebau-denkmalpflege.de

Bibliografische Informationen**der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.de> abrufbar.

**Bisherige Veröffentlichungen der
Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege****Band 1**

Krause: Lexikon Denkmalschutz
und Denkmalpflege. Essen 2010.

Band 2

Reicher, Bäumer, Tawil, Jacob, Shaheen
(Hrsg.): Planning spaces through intercultural
dialogue. 2011.

Band 3

Dietrich, Leyser-Droste, Ollenik, Reicher, Utku
(Hrsg.): Zukunft braucht Herkunft. Essen 2012.

Band 4

Escher, Leyser-Droste, Ollenik, Reicher,
Utku (Hrsg.): Stadtsanierung in der Stadtent-
wicklungspolitik. Essen 2013.

Band 5

Escher, Leyser-Droste, Ollenik, Reicher, Utku
(Hrsg.): Kulissenzauber - Stadtquartiere zu-
kunftsfähig gestalten. Essen 2014.

Band 6

Escher, Leyser-Droste, Ollenik, Reicher, Utku
(Hrsg.): König Kunde - Handel in der Stadt.
Essen 2015.

Band 7

Utku, Reicher, Apfelbaum, Bredenbeck, Overhageböck, Leyser-Droste (Hrsg.): Im großen Maßstab: Riesen in der Stadt. Essen 2017.

Band 8

Leyser-Droste, Ollenik, Reicher, Rossmann, Utku (Hrsg.): Jenseits des Gebauten. Öffentliche Räume in der Stadt. Essen 2018.

Band 9

Apfelbaum, Utku, Reicher, Escher, Leyser-Droste (Hrsg.): Weiter Bauen - Werkzeuge für die Zeitschichten in der Stadt. Essen 2019.

Band 10

Leyser-Droste, Neugebauer, Ollenik, Reicher (Hrsg.): Stadt unter Druck! - Klimawandel und kulturelles Erbe. Dortmund 2021.

Band 11

Escher, Ollenik, Reicher, Utku (Hrsg.): Bewegung in der Stadt - Mobilität und Denkmal. Dortmund 2021.

Band 12

Enders, Lumma, Ollenik, Reicher (Hrsg.): Patient Innenstadt - Therapie Denkmalpflege. Dortmund 2023.

Band 13

Ollenik, Reicher, Vonhoegen (Hrsg.): Landschaften im Fokus - kulturelles Erbe als Chance. Dortmund 2024.

Band 14

Keuser, Lumma, Ollenik, Reicher (Hrsg.): Klimasensibel weiterbauen - Historische Städte und Quartiere an den Klimawandel anpassen. Aachen 2025.



Die Folgen des Klimawandels stellen die historischen Städte und Quartiere vor besondere Herausforderungen. Der Diskurs um den richtigen Weg – zwischen einer behutsamen Anpassung, der Integration neuer Technologien und einer offensiven Risikovorsorge – beschäftigt die Stadt- und Umweltplanung genauso wie die Denkmalpflege.

Klimasensibel Weiterbauen meint, Bau- und Sanierungsmaßnahmen so zu gestalten, dass sie die Anpassung an den Klimawandel fördern und gleichzeitig den ökologischen Fußabdruck minimieren. Allein schon mit Blick auf die Graue Energie ist dabei unstrittig, dass die Modernisierung des Bestands Vorrang vor Abbruch und Neubau haben muss.

Eine konsequente Modernisierung auf der einen und der bestandsorientierte Ansatz der Denkmalpflege auf der anderen Seite geben Zielsetzungen vor, die mitunter schwer vereinbar scheinen. Herausfordernd ist auch, dass klimasensible Sanierungen häufig teurer als konventionelle Ansätze sind, was zu Spannungen zwischen privaten Eigentümer*innen, Investor*innen und öffentlichen Förderprogrammen führen kann. Nicht zuletzt spielen bei dieser Thematik auch soziale Aspekte eine Rolle.

Das Klimasensible Weiterbauen in historischen Städten und Quartieren steht somit vor besonderen Herausforderungen und braucht gute Lösungen, die nachhaltige und zukunftsorientierte (Um-) Bauweisen und die Bewahrung des baukulturellen Erbes miteinander in Einklang bringen.